



universität  
wien

# MAGISTERARBEIT

Titel der Magisterarbeit

„Expansion österreichischer Banken  
am Beispiel Serbien“

Verfasserin

Slavica Veljkovic

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften  
(Mag. rer. soc. oec.)

Wien, im März 2009

Studienkennzahl lt. Studienblatt: A 066 915

Studienrichtung lt. Studienblatt: Betriebswirtschaft

Betreuer: Univ.-Prof. Dr. Jörg Finsinger

## Vorwort

Vielen Dank an alle, die mich beim Entstehen dieser Arbeit unterstützt haben. Besonderen Dank möchte ich meiner Mutter aussprechen, die mein Studium finanziell ermöglichte und deren Kraft und Ausdauer ich sehr bewundere. Meinem Ehemann möchte ich mich auf diesem Wege für seine Liebe und Motivation bedanken. Meinem besten Freund, der mir und meiner Familie in allen Lebenslagen stets zur Seite stand, möchte ich auf diesem Wege für seine Hilfe und Unterstützung in all den Jahren danken.

Zur Erinnerung an meine Schwester und meinen Vater

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS .....</b>	<b>IV</b>
<b>ABBILDUNGSVERZEICHNIS.....</b>	<b>VI</b>
<b>TABELLENVERZEICHNIS .....</b>	<b>VII</b>
<b>1 EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
<b>2 DIE BANK.....</b>	<b>3</b>
2.1 Rechtliche Begriffsbestimmung „Kreditinstitut“: .....	3
2.2 Funktionen der Kreditinstitute.....	6
2.3 Risiken der Kreditinstitute .....	8
2.4 Gesetzliche Rahmenbedingungen.....	11
2.4.1 Wesentliche Bestimmungen des BWG: .....	12
2.4.1.1 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit .....	12
2.4.1.2 Konzessionserteilung.....	13
2.4.1.3 Eigenmittelbestimmung (Basel II). ....	14
2.4.1.4 Bankgeheimnis .....	19
2.4.1.5 Einlagensicherung .....	19
2.4.1.6 Geldwäsche .....	20
2.4.2 Rechtliche Grundlagen der Europäischen Union .....	21
<b>3 DER BANKENSEKTOR IN ÖSTERREICH.....</b>	<b>23</b>
3.1 Historische Entwicklung .....	23
3.2 Aufteilung der Sektoren .....	23
3.2.1 Der einstufige Bankensektor .....	25
3.2.1.1 Aktienbanken und Bankiers .....	25
3.2.1.2 Landes-Hypothekenbanken .....	25
3.2.1.3 Bausparkassen .....	25
3.2.1.4 Sonderbanken .....	26
3.2.1.5 § 9 BWG-Zweigstellen.....	26
3.2.2 Der mehrstufige Bankensektor.....	26

3.2.2.1	Sparkassensektor .....	26
3.2.2.2	Volksbankensektor .....	27
3.2.2.3	Raiffeisenbankensektor .....	27
<b>3.3</b>	<b>Anzahl der Kreditinstitute in Österreich.....</b>	<b>28</b>
<b>4</b>	<b>BANKEN ÖSTERREICH.....</b>	<b>32</b>
<b>4.1</b>	<b>Die Geschichte der Bank Austria Creditanstalt AG.....</b>	<b>32</b>
<b>4.2</b>	<b>Die Geschichte der Erste Bank.....</b>	<b>34</b>
<b>4.3</b>	<b>Die Geschichte der Raiffeisenbank.....</b>	<b>36</b>
<b>5</b>	<b>EXPANSION IM BANKENBEREICH.....</b>	<b>38</b>
<b>5.1</b>	<b>Ziele der Internationalisierung.....</b>	<b>38</b>
5.1.1	Offensive Zielausrichtung.....	38
5.1.2	Defensive Zielausrichtung .....	39
5.1.3	Erweiterung der Einlagengeschäfte.....	39
5.1.4	Ertragsausgleich.....	39
5.1.5	Bonitätsrisikoverringerung.....	40
5.1.6	Steuerliche Aspekte .....	40
5.1.7	Image-Aspekte .....	40
<b>5.2</b>	<b>Strategieentscheidungen zum Markteintritt .....</b>	<b>41</b>
<b>5.3</b>	<b>Standortentscheidungen.....</b>	<b>42</b>
<b>5.4</b>	<b>Organisationsformen bei Expansion .....</b>	<b>42</b>
5.4.1	Kooperationsstrategie .....	43
5.4.1.1	Korrespondenzbankverbindungen:.....	43
5.4.1.2	Minibeteiligung .....	44
5.4.1.3	Konsortiumbanken .....	44
5.4.1.4	Gemeinschaftsinstitute .....	45
5.4.1.5	Joint Ventures.....	45
5.4.2	Going-alone-Strategie .....	45
5.4.2.1	Repräsentanzen.....	45
5.4.2.2	Auslandstochtergesellschaften (Mehrheitsbeteiligungen) .....	46
5.4.2.3	Auslandsfilialen.....	47
5.4.2.4	Internationalisierung mittels Mergers & Acquisitions (M&A) .....	47

<b>6 SERBIEN .....</b>	<b>48</b>
<b>6.1 Politische Situation .....</b>	<b>48</b>
6.1.1 Die serbische Regierung 2008 .....	51
<b>6.2 Wirtschaftliche Situation .....</b>	<b>52</b>
6.2.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP).....	52
6.2.2 Die Inflation und die Staatsverschuldung .....	56
6.2.3 Die Arbeitslosenrate.....	57
<b>7 DER BANKENSEKTOR IN SERBIEN .....</b>	<b>58</b>
<b>7.1 Veränderungen im Bankenwesen.....</b>	<b>62</b>
7.1.1 Der Pariser und Londoner Club .....	63
7.1.2 Novellierung des Bankengesetzes.....	64
<b>7.2 Expansion österreichischer Banken .....</b>	<b>65</b>
7.2.1 Raiffeisen banka a.d. Beograd .....	65
7.2.1.1 Markteintritt Juli 2001 .....	65
7.2.1.2 Expansionsziele .....	67
7.2.1.3 Entwicklung bis 2009 .....	68
7.2.2 Unicredit Bank Srbija a.d. Beograd .....	69
7.2.2.1 Markteintritt März 2001 .....	70
7.2.2.2 Expansionsziele .....	71
7.2.2.3 Entwicklung bis 2009 .....	71
7.2.3 Erste Bank a.d. Novi Sad .....	73
7.2.3.1 Markteintritt August 2005: .....	73
7.2.3.2 Expansionsziele .....	75
7.2.3.3 Entwicklung bis 2009 .....	75
<b>8 SCHLUSSWORT .....</b>	<b>77</b>
<b>9 LITERATURVERZEICHNIS.....</b>	<b>80</b>

## ABSTRACT

## LEBENSLAUF

## Abkürzungsverzeichnis

a.d.	akcionarstvo drustvo (Aktiengesellschaft)
Beg.	Begriff
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BRJ	Bundesrepublik Jugoslawien
BWG	Bankwesengesetz
CEE	Zentral- und Osteuropa
Cesid	centar za slobodne izbore i demokratiju (Zentrum für freie Wahlen und Demokratie)
d.h.	das heißt
EBRD	Europäische Bank für Wirtschaft und Entwicklung
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
EU	Europäische Union
EU-Pass	Europäischer Pass
ehem.	ehemalig
EZB	Europäische Zentralbank
FMA	Finanzmarktaufsicht
FMAG	Finanzmarktaufsichtsgesetz
GewO	Gewerbeordnung
IAS	International Accounting Standards
IMF	Internationaler Währungsfond
IPO	Initial Public Offering
It.	laut
KMU	Klein- und Mittelunternehmen
M&A	Mergers and Acquisitions
NBS	Nacionalna Banka Srbija (Nationalbank Republik Serbien)
OeNB	Österreichische Nationalbank
RLB	Raiffeisenlandesbank
RS	Republik Serbien
RSD	Serbischer Dinar
RZB	Raiffeisen Zentralbank
SAA	Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen
SFRJ	Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien

SIK	savezna izborna komisija (Bundeswahlamt)
SOE	Süd- und Osteuropa
SREP	bankaufsichtlicher Überprüfungs- und Evaluierungsprozess
UN	Vereinte Nationen
vgl.	vergleiche
WIIW	Wiener Institute für Internationale Wirtschaftsvergleiche
YUM	Jugoslawischer Dinar
z.B.	zum Beispiel

**Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Geschäftsrisiken einer Bank .....	10
Abbildung 2: Eigenmittelforderung nach Basel I .....	15
Abbildung 3: 3-Säulen System .....	16
Abbildung 4: Eigenmittelforderung nach Basel II .....	17
Abbildung 5: Bankenentwicklungsstufen in Transformationsländern .....	22
Abbildung 6: Bankensektoren in Österreich .....	24
Abbildung 7: Regionale Veränderung der Bankstellen 2007 .....	30
Abbildung 8: Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute .....	31
Abbildung 9: Historische Entwicklung der Erste Bank .....	36
Abbildung 10: Struktur der Raiffeisen Bankengruppe .....	37
Abbildung 11: Länderkarte Serbien .....	48
Abbildung 12: Wirtschaftswachstum in % in Serbien 2002-2007 .....	53
Abbildung 13: Entwicklung BIP in Serbien 1989-2008 (1989 = 100) .....	54
Abbildung 14: BIP-Wachstum der SOE, 2006-2010 .....	55
Abbildung 15: Transformationsindikatoren Serbiens 2008 .....	55
Abbildung 16: Beschäftigung in Serbien 1999-2006 .....	57
Abbildung 17: Bankenanzahl in Serbien 1997-2004 .....	59
Abbildung 18: Overview of Serbia's Banking Sector (1997 – 2004) <sup>1</sup> .....	60
Abbildung 19: Marktpositionen der RZB-Netzwerkbanken in CEE .....	67
Abbildung 20: Wirtschaftlicher Entwicklungsgrad der CEE-Länder .....	68
Abbildung 21: Marktanteil der Bank Austria im CEE-Raum zum 31.12.2005 .....	72
Abbildung 22: Kundenkredite/Kopf in CEE (2005) in EUR Tds. .....	75

**Tabellenverzeichnis**

Tabelle 1: Konzessionsvoraussetzungen gemäß § 5 BWG.....	14
Tabelle 2: Risikogewichte des Standardansatzes nach Basel II.....	17
Tabelle 3: Anzahl der Kreditinstitute nach Sektoren .....	29
Tabelle 4: Top Ten der österreichischen Banken Stand Juni 2008 .....	32
Tabelle 5: Erscheinungsformen der Republik Serbien 1882-2006.....	49
Tabelle 6: Resultate der Präsidentschaftswahlen September 2000 in Serbien .....	50
Tabelle 7: Makroökonomische Daten und Prognosen zu Serbien.....	56
Tabelle 8: Bankenaufteilung in Serbien .....	61
Tabelle 9: Die zehn führenden Banken in Serbien (Stand 30.09.2008).....	62
Tabelle 10: HVB Bank Yugoslavia a.d. im Gründungsjahr .....	70

## 1 Einleitung

Im Hinblick auf die rechtlichen und politischen Ungleichheiten europäischer Länder und der unterschiedlichen wirtschaftlichen Entwicklungen dieser, lässt sich kein eindeutiges Zeichen erkennen, warum man den Einzug in südliche Regionen als heimisches Bankeninstitut, wagen sollte. Obwohl der EU-Raum immer größer wird und in den Beitrittsländern ein Nachholbedarf an Produkten und Dienstleistungen auch im Bankensektor gegeben ist, suchen sich Kreditinstitute Länder aus, die noch keine Beitrittskandidaten der Europäischen Union sind. Gemeint sind unter anderem die Zerfallstaaten des ehemaligen Jugoslawiens: Bosnien und Herzegowina, Kroatien, Montenegro, Mazedonien und auch Serbien. Diese Länder sind alle in unterschiedlichen Transformationsprozessen und haben sich unterschiedlich schnell, nach den Kriegen in der Region, wieder stabilisiert und entwickelt. Im Fall Serbien hieß es immer wieder: ein Schritt nach vorne und zwei zurück. Damit sind die positiven Veränderungen gemeint, die durch das Ende der Milosevic-Ära einen Aufschwung in Sachen Annäherung zur EU brachten. Dies hielt jedoch nicht lange, es folgten erneute innerpolitische Unruhen und herbe Rückschläge durch das Attentat auf den Premierminister Zoran Djindjic im Jahre 2003. Schließlich ging der Zerfall vom Rest-Jugoslawien noch weiter, es folgten erneute Abspaltungen. Bis zum heutigen Tage sind die Auswirkungen der letzten Abspaltung der Provinz Kosovo von Serbien immer noch Thema des Europäischen Sicherheitsrates. Nichts desto trotz ist Serbien ein gefragter Standort. Betrachtet man die Entwicklungen Serbiens als attraktiver Wirtschaftsstandort, erkennt man, dass er trotz seiner politischen und rechtlichen Instabilität zu einem gefragten Expansionsmarkt für österreichische Kreditinstitute avancierte. Das Eingehen von verschiedenen Risiken und die verschiedenen Markteintrittsstrategien, um auch im Domiziland die Oberziele von Kreditinstituten zu erreichen, sollen hier dargestellt werden. Das Streben nach mehr Gewinn, mehr Marktanteil, Prestige aber auch der steigende Konkurrenz am heimischen Finanzmarkt, verleiten auch die heimischen Finanzinstitutionen zur Expansion. Denn wer zu lange wartet, kann übrig bleiben und hat schon verloren. Aber warum wird ein politisch noch unstabiles Land wie Serbien doch zu Expansionszwecke genutzt? Die Chancen eines Nachkriegslandes, werden hier ebenso verdeutlicht,

wie auch die Veränderung der drei größten Banken Österreichs – der Bank Austria, der Erste Bank und der Raiffeisen Zentralbank – die sich diese zu Nutzen gemacht haben.

Der Aufbau der Arbeit ist in acht Kapitel gegliedert und setzt sich wie folgt zusammen. Nach der Einleitung folgt im zweiten Kapitel eine Begriffsdefinition der Bank. Dabei erfolgt die Veranschaulichung der Funktionen und der Risiken von Banken. Schließlich werden die nationalen als auch die europäisch rechtlichen Rahmenbedingungen, die auf die Funktionalität der österreichischen Banken wirken, betrachtet.

Das dritte Kapitel beschreibt den Bankensektor Österreich und beinhaltet den aktuellen Stand (Stand Dez. 2008) der heimischen Kreditinstitute, stets unter Berücksichtigung der drei größten Banken Österreichs. Schließlich wird deren Historie dann im vierten Kapitel dargestellt.

Das fünfte Kapitel beschäftigt sich mit den Expansionsgründen und den Markteintrittsmöglichkeiten der Banken. Im Anschluss werden die Vorteile des Expansionsmarktes Serbien theoretisch erörtert. Dies geschieht im Hinblick auf die Einflussfaktoren: Recht, Politik, Wirtschaft, EU und die gegenwärtige Situation des Landes. Der Bankensektor Serbien und dessen Veränderung, seit dem Jahre 2000, werden schließlich im siebten Kapitel betrachtet. In diesem Kapitel werden die drei führenden österreichischen Kreditinstitute, welche sich in Serbien etablierten, hinsichtlich der wichtigsten Entwicklungen beschrieben.

## 2 Die Bank

### 2.1 Rechtliche Begriffsbestimmung „Kreditinstitut“:

Die gesetzliche Begriffsbestimmung für Bank ist ein **Kreditinstitut**, welches im Bankwesengesetz §1 Abs. 1 als folgend definiert wird:

*ein Kreditinstitut, welches gewerbemäßig aufgrund der konzessionsrechtlichen Bestimmungen des BWG berechtigt ist, Bankgeschäfte zu betreiben.<sup>1</sup>*

Folgende Bankgeschäfte werden im Bankwesengesetz §1 taxativ aufgezählt:<sup>2</sup>

1. Einlagengeschäft  
Hierbei sind handelt es sich um die Entgegennahme von Fremdgeldern zur Verwaltung oder als Einlage.
2. Girogeschäft  
Dies sind Geschäfte des bargeldlosen Zahlungsverkehrs z.B.: Überweisungen, Scheck- und Wechselinkasso, Abbuchungsverfahren Lastenschriftverfahren.
3. Kreditgeschäft  
Dient dem Abschluss von Geldkreditverträgen und die Gewährung von Gelddarlehen.
4. Diskontgeschäft  
Betrifft den Kauf und die Diskontierung von Schecks und Wechseln.
5. Depotgeschäft  
Gilt für die Verwahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
6. Geschäft mit Kreditkarten und Reiseschecks  
Dies bestimmt Tätigkeiten im Bezug auf die Ausgabe und Verwaltung von Kreditkarten und Reiseschecks.
7. Wertpapierhandel
  - a. Devisen- und Valutengeschäft

---

<sup>1</sup> Vgl. Kodex: Banken- und Börserecht, 2008, BWG § 1

<sup>2</sup> Vgl. ebenda § 1

- b. Geldmarktinstrumenten
  - c. Termin- und Optionsgeschäft
  - d. Equity Swaps
  - e. Effektengeschäft
8. Garantiegeschäft
- Hierbei übernehmen Kreditinstitute Bürgschaften, Garantien und sonstigen Haftungen für andere, bei Verpflichtung, die auf Geldleistungen lautet.
9. Wertpapieremissionsgeschäft
- Dies betrifft die Ausgabe und Veranlagung von Pfandbriefen, Kommunal- und Bankschuldverschreibungen und anderer festverzinslicher Wertpapiere.
10. Loroemissionsgeschäfte
- Dies betrifft die Dienstleistungen bei Wertpapieremissionen Dritter.
11. Bauspargeschäfte
- Betrifft die Entgegennahme und Vergabe von Bauspareinlagen und Bauspardarlehen nach dem Bausparkassengesetz.
12. Investmentgeschäft
- Dies bestimmt die Verwaltung von Kapitalanlagefonds nach dem Investmentfondsgesetz.
13. Immobilienfondsgeschäft
- Dies bestimmt die Verwaltung von Immobilienfonds nach dem Immobilienfondsgesetz.
14. Beteiligungsfondsgeschäft
- Dies bestimmt das Verwalten und Errichten von Beteiligungsfonds nach dem Beteiligungsfondsgesetz.
15. Kapitalfinanzierungsgeschäft
- Dies sind Finanzierungsgeschäft betreffend den Erwerb und die Weiterveräußerung von Anteilsrechten.
16. Factoringgeschäft
- Geschäfte, die sich auf die Übernahme des Risikos von einbringlichen Forderungen aus Warenlieferungen und Dienstleistungen beziehen, nennt man Factoringgeschäfte.<sup>3</sup> Beim echten Factoring hat das Kreditinstitut allenfalls bei der Uneinbringlichkeit der Forderung kein Rückgriffsrecht auf den Kunden, die Bank übernimmt die Haftung. Beim unechten Factoring

---

<sup>3</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 50

besteht hingegen nach Außen hin die Sicherstellung der Bank für die Warenlieferung oder Dienstleistung, jedoch hat diese im Innenverhältnis bei Uneinbringlichkeit Regressanspruch gegenüber ihren Kunden.<sup>4</sup>

**17. Betrieb von Geldmaklergeschäfte im Internetbankenmarkt**

**18. Vermittlungsgeschäft**

Dies betrifft vor allem die Vermittlung von Einlagengeschäften, Kreditgeschäften, Devisengeschäften und Garantiegeschäften.

**19. Finanzdienstleistungsgeschäft**

Hier handelt es sich um Beratung über die Veranlagung von Kundenvermögen und die Verwaltung von Kundenportefeuilles mit Verfügungsvollmacht im Auftrag des Kunden.

**20. E-Geldgeschäft**

Dies sind Tätigkeiten in Bezug auf die Ausgabe von elektronischem Geld und ermöglicht so den bargeldlose Zahlungstransfer.

**21. Mitarbeitervorsorgekassengeschäft**

Betrifft die Einnahme und Veranlagung von Abfertigungsbeiträgen.

**22. Wechselstubengeschäft**

Dies sind Geschäfte, die den An- und Verkauf von ausländischen Zahlungsmitteln sowie Reiseschecks ermöglichen

**23. Finanztransfertgeschäft**

Das Überweisen von Geldern durch die Nutzung von Zahlung- und Abrechnungssystemen.<sup>5</sup>

**24. Leasinggeschäft**

Bei Leasinggeschäft handelt es sich um die Bereitstellung von Finanzierungsmitteln für verschiedene Unternehmensprojekte bzw. für Mobilien und Immobilien.<sup>6</sup> Wobei sich hier die Unterteilung in operatives Leasing und Financial Leasing ergibt. Der Unterschied liegt beim Träger des wirtschaftlichen Risikos bei Untergang des Wirtschaftsgutes. Bleibt das Risiko, und die damit verbunden Eigentumsrechte, immer bei dem Kreditinstitut so spricht man von einem operativen Leasing. Beim Financial Leasing hat der Leasingnehmer hingegen die Möglichkeit am Ende der

---

<sup>4</sup> Vgl. Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Begriff.: Factoring, Formen, S. 495f f

<sup>5</sup> Vgl. Kodex: Banken- und Börserecht, 2008, BWG § 1Abs. 1

<sup>6</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 52

Laufzeit das Wirtschaftsgut zu erwerben, somit wird er Träger des Risikos und Eigentümer am Leasingobjekt.<sup>7</sup>

Das Leasinggeschäft ist einer der Haupttätigkeiten, welches ein Finanzinstitut dazu berechtigt, diese gewerbsmäßig durchzuführen lt. BWG § 1 Abs. 2.

Bei der Abgrenzung zu dem oftmals gleichgesetzten Begriff des Finanzinstitutes sei zu erwähnen, dass Finanzinstitute ohne Bankkonzessionen dafür jedoch mit einer Gewerbeberechtigung laut der Gewerbeordnung bestimmte Geschäfte ausüben dürfen. Dazu zählen folgende Tätigkeiten, wenn solche als Hauptgeschäfte ausgeübt werden:<sup>8</sup>

1. Leasinggeschäft
2. Beratungsdienstleistung für Unternehmen im Bezug auf die Kapitalstruktur industrieller Strategien sowie der Übernahme und der Zusammenschlüsse von Unternehmen.
3. Erteilung von Handlungsauskünften
4. Schließfachverwaltungsdienste

## 2.2 Funktionen der Kreditinstitute

Als Grundfunktion eines Kreditinstitutes stehe in erster Line die Vermittlung, Sammlung und Verwahrung von Geldern, Wertpapieren und anderen Wertgegenständen. Es stellt eine Schnittstelle zwischen den Geldgebern und den Geldnehmern da.<sup>9</sup> Diese Intermediärfunktion beinhaltet vor allem die:

- Angebot und Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten:

Damit ist nicht nur die Rede von reiner Vermittlung von Krediten und anderen Anlagemöglichkeiten der Kreditinstitute. Viel mehr können die Kreditinstitute Buchgeld (Giralgeld) schöpfen und damit Kredite auch über dem zur Verfügung gestellten Finanzmitteln ermöglichen. Weiters haben Kreditinstitute die Möglichkeit die angesammelten Gelder in terminierte Kredite zu transformieren.

<sup>7</sup> Vgl. Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Beg.: Leasing, S. 868 f

<sup>8</sup> Vgl. Kodex: Banken- und Börsenrecht, 2008, BWG § 1 Abs. 2

<sup>9</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, 2007, S. 7

- Angebot und Durchführung von Geldanlagemöglichkeiten:

Kreditinstitute verwahren die Geldeinlagen von Kunden. Dies ist mit einer Kreditaufnahme beim Kunden vergleichbar, wobei das Volumen dieser Kreditaufnahme weit über dem der Eigenmittel (EK) der Kreditinstitute liegt. In anderen Branchen könnte man nie wirtschaften mit einem so geringen Anteil an Eigenkapital. Dies impliziert wiederum die Dringlichkeit einer staatlichen Aufsicht, um Schäden des gesamtwirtschaftlichen Interesses zu vermeiden.

- Angebot und Durchführung des Zahlungsverkehrs:

Diese Funktion wird durch Plastikgeld und den damit verbundenen bargeldlosen Zahlungsverkehr unserer Volkswirtschaft immer wichtiger. Mobil Banking, Online Banking, Bankomat- und Kreditkartenfunktionen, QuickLoad und viele andere heute so gängigen Arten des Zahlens und des Geldtransfers weit ab von jeglichen Landesgrenzen oder zeitlichen Rahmenbedingungen, machen Kreditinstitute unverzichtbar für den Absatz von Gütern aller Art.<sup>10</sup>

Ein wichtiger Punkt um die Funktionalität von Kreditinstituten zu gewährleisten, ist das Vertrauen in das bestehende Finanzsystem und in die Wertbeständigkeit des Geldes. Mit dessen Sicherstellung und Gewährleistung ist in Österreich, die OeNB, als Zentralbank zuständig, bzw. im Eurowährungsraum die Europäische Zentralbank.<sup>11</sup> Die Sicherheit und das Vertrauen sind sowohl zwischen den Kreditinstituten untereinander, im Bezug auf ihre Refinanzierung als auch zwischen den Kreditinstituten und den Kunden von größter Bedeutung. Relativiert man die Bedeutung von Geld in unserer Gesellschaft, so ergibt sich seine Wichtigkeit nur durch den Glauben an die Wertbeständigkeit des Geldes. Wird dieser Glaube erschüttert, folgt daraus der Vertrauensverlust der Anleger seitens der Kreditinstitute, welche mit der Sicherstellung der Einlagen beauftragt wurden. Egal welche Anlagenart - ob Sparbuch, Fonds oder Aktien - der Ansporn eines jeden Anlegers, jemanden sein hart verdientes Geld zu überlassen und darauf zu vertrauen er bekommt es zu den ausgemachten Bedingungen (z.B.: Zinssatz,

---

<sup>10</sup> Vgl. Eilenberger 1996, S. 27 f

<sup>11</sup> Vgl. Das Geld, 2007, S. 4

Laufzeit, Prämien) wieder zurück, ist die Wertsteigerung des eingesetzten Kapitals.

Da sich sowohl die Kundenbedürfnisse im Bereich Finanzen, die staatlichen Regulativen und damit auch Tätigkeiten der Kreditinstitute im Laufe der letzten Jahrzehnte von den klassischen Bankgeschäften vielmehr zu Dienstleistungsgeschäfte hinbewegten, wurde die Beratungs- und Servicefunktion zunehmender wichtiger für Kunden, besonders in den Bereichen der Anlagen- und Vermögensberatung.<sup>12</sup>

Nimmt man die Bedeutung von Kreditinstituten in der Volkswirtschaft und der Verwaltung jedes Landes heran, so resultieren daraus gesamtwirtschaftliche Funktionen wie die Stabilität des Bankenwesens und die kapitalmarktpolitische und sozialpolitische Effizienz. Kreditinstitute haben eine Sonderstellung, denn sie agieren am Finanzmarkt sowohl als Kreditnehmer und als Kreditgeber. Im Gegensatz zu anderen Finanzdienstleistern sind Kreditinstitute die einzigen, die ihre Refinanzierung bei der Zentralbank tätigen können und Einlagengelder in Kredite umwandelt dürfen. Die Veränderung der Geschäftstätigkeiten und Märkte, die Gefahren der Informationsübermittelung und der Technologien, der sozialen und wirtschaftlichen Risiken der Investoren, der politisch und rechtlichen Veränderungen der Länder und aufkommende Wirtschaftskriminalität, decken neue Risikopotentiale auf, die neu definiert und abgedeckt werden müssen.<sup>13</sup>

Aus dieser Position heraus resultieren zahlreiche Bankrisiken, die es erforderlich machen Prozesse eines effizienten Risikomanagements zu implementieren.

## 2.3 Risiken der Kreditinstitute

Als Risiko wird der mögliche Eintritt eines unsicheren Ereignis bezeichnet, welches die Gefahr eines Verlustes birgt.<sup>14</sup> Die unterschiedlichsten Risiken erfordern ein zuverlässiges Risikomanagement, welches die Prozesse der Risikobestimmung und der Risikobewertung umschließt. Bei der Risikobestimmung wird das Risikoausmaß objektiv identifiziert und eingeschätzt. Hingegen obliegt der

---

<sup>12</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2007, S. 40 f

<sup>13</sup> Vgl. Leitfaden Management des operationellen Risikos S. 8

<sup>14</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 28

Risikobewertung die rein subjektive Evaluierung der Gefahr seitens des Entscheidungsträgers, in Abhängigkeit von dessen Risikobereitschaft oder -aversion.<sup>15</sup>

Aus den vorher erörterten Funktionen, ergibt sich eine Reihe von Geschäftsrisiken, denen Kreditinstitute unterlegen sind und diesbezüglich Absicherungsmaßnahmen einrichten bzw. seitens gesetzlicher Vorschriften zur Einhaltung gezwungen sind. Abhängig von den Bankgeschäften, müssen Kreditinstitute gegen folgende Risiken abgesichert sein:<sup>16</sup>

- Bonitätsrisiko d.h. das Risiko des Verlustes durch eine Fehleinschätzung der Zahlungsfähigkeit und der Zahlungswilligkeit des Schuldners. Dies stellt das Kreditrisiko im weitesten Sinn da.
- Liquiditätsrisiko d.h. die Gefahr der nicht Einhaltung von Termingeschäften.
- Zinsrisiko d.h. ergebende Zinsverluste durch Veränderungen der Zinsbedingungen.
- Sicherungsrisiko d.h. die zur Sicherung überlassenen Wertgegenstände und Güter einen Wertverlust erleiden.
- Geldwertrisiko d.h. die Gefahr des Wertverlustes des Geldes. Wird auch als Inflationsrisiko bezeichnet.
- Kapitalstrukturrisiko d.h. die Gefahr eines kreditnehmenden Unternehmens, durch zu hohen Verschuldungsgrad (Fremdkapital/Eigenkapital), nicht mehr in der Lage zu sein, dessen Schulden aus eigenen Mitteln zu begleichen.<sup>17</sup>
- Länderrisiko d.h. die politischen und wirtschaftlichen Gefahren bei grenzüberschreitenden Geschäftstätigkeiten.
- Wechselkursrisiko oder Fremdwährungsrisiko d.h. die Risiken, welche durch variable Wechselkurse und Veränderungen in der Bewertung der Forderungen und Verbindlichkeiten entstehen.<sup>18</sup>

Zur Absicherung bestimmter Gefahren, und den damit verbundenen Geschäftsausfällen der Kreditinstitute, stehen risikopolitische Maßnahmen, wie die Risikodiversifikation und die Risikobegrenzung, zur Verfügung.

---

<sup>15</sup> Vgl. Eilenberger, 1996, S. 208

<sup>16</sup> Vgl. Eilenberger, 1996, S. 209

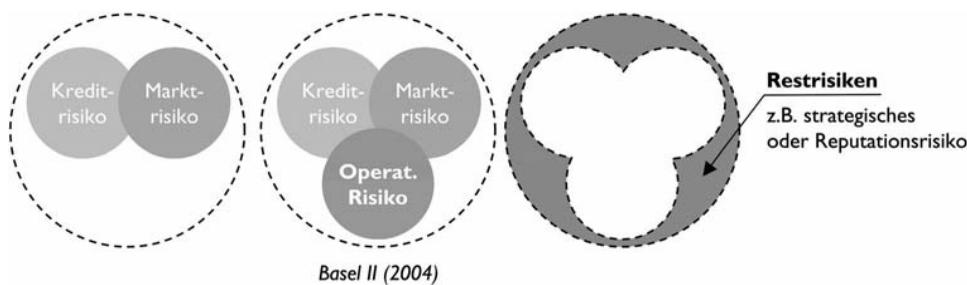
<sup>17</sup> Vgl. Eilenberger, 1996, S. 209 f

<sup>18</sup> Vgl. ebenda S. 454 f

Risikodiversifikation bedeutet, dass Kreditinstitute die Gefahr von Verlusten auf andere Kreditinstitute oder Teilnehmer des Finanzmarktes überwälzen (Risikoüberwälzung), streuen (Risikostreuung) und zerlegen (Risikozerfällung). Streut man die verschiedenen zu tragenden Risiken **mehrerer** Vertragspartner, so spricht man von der Risikostreuung. Hingegen bedeutet Risikozerfällung, die Zerlegung des gesamten Risikos **eines** Vertragspartners auf mehrere Teilrisiken, wobei jedes Teilrisiko selbst adäquat abgesichert wird.<sup>19</sup>

Nach den Bestimmungen von Basel II, laut denen Kreditinstitute ihre Bankenrisiken mit genügend Eigenmitteln abzusichern haben, ergibt sich eine weit gefasste Gruppierung der Geschäftsrisiken von Kreditinstituten. Dazu gehören das Kreditrisiko, das Marktrisiko, das Operationelle Risiko und sonstigen strategische Risiken (z.B.: das Reputationsrisiko), für die keine Eigenmittelerfordernis besteht.<sup>20</sup>

**Abbildung 1: Geschäftsrisiken einer Bank**



Quelle: OeNB<sup>21</sup>

Das **Kreditrisiko** ist, gemäß der Begriffserklärung der Österreichischen Nationalbank, die Gefahr einer Wertminderung oder eines potenziellen Ausfalls von Forderungen infolge einer Bonitätsverschlechterung des Kunden. Weil sich dieser Ausfall nicht nur auf Kreditgeschäfte beschränken muss, wird dies auch als das Bonitätsrisiko bezeichnet. Dies wird auch als das Kreditrisiko im engeren Sinn bezeichnet. Bei dem Kreditrisiko im weiteren Sinn, zieht man auch die Zahlungsunfähigkeit oder -unwilligkeit des Gläubigers im Bezug auf Termingeschäfte (das Eindeckungsrisiko) in Betracht.<sup>22</sup>

<sup>19</sup> Vgl. Eilenberger 1996, S. 211

<sup>20</sup> Vgl. Leitfaden Management des operationellen Risikos, 2008, S. 9

<sup>21</sup> Leitfaden Management des operationellen Risikos, 2008, S. 9

<sup>22</sup> Vgl. Büschgen, 1998, S. 922 f

Das **Marktrisiko**, beschreibt dabei die Gefahr von Wertverlusten aufgrund von negativen Entwicklungen am Markt beispielsweise bei Zinssätzen, Aktien-, Wechselkursen aber auch Finanzindizes, sowie Gold- und Rohstoffpreisen. Die relevantesten Marktrisiken sind das Zinsänderungsrisiko und das Wechselkursrisiko. Diese ergeben sich durch die zeitliche Verschiebung des Abschlusses und des fällig Werdens des Geschäfts.<sup>23</sup>

Das **Operationelle Risiko** wurde nach den Bestimmungen des Basler Ausschusses wie folgt definiert:

*“Das operationelle Risiko ist definiert als die Gefahr von Verlusten infolge unzulänglicher oder fehlgeschlagener interner Prozesse, Systeme oder Menschen sowie von externen Ereignissen. Diese Definition beinhaltet das Rechtsrisiko, schließt aber strategisches und Reputationsrisiko aus.“<sup>24</sup>*

Bis zur expliziten Definition dieses Risikos wurde es monetär durch die Kapitalerfordernis des Markt- und Kreditrisikos gedeckt.<sup>25</sup>

## 2.4 Gesetzliche Rahmenbedingungen

Die rechtlichen Grundlagen des Bankwesens waren bis zum Jahre 1993 im Kreditwesengesetz (KWG) geregelt, welches An betracht des Beitritts Österreichs zur Europäischen Union durch das BWG abgelöst wurde. Eine Neuordnung des österreichischen Finanzmarktes sollte nicht nur den dahingehenden Trend von Universalbanken berücksichtigen, sondern auch gleichzeitig eine EU-Konformität erzielen. Dabei sieht das BWG mit seiner Hauptzielsetzung die Erhaltung der Funktionalität der Kreditinstitute, den Schutz der Gläubiger und Konsumenten und die Einlagensicherung vor.<sup>26</sup> Im Bankwesengesetz (BWG) findet man die rechtlichen Bestimmungen und die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen für Banken, wobei diesbezüglich viele sonstige Rechte und Pflichten in anderen Gesetzesbüchern geregelt sind, wie z.B. Aufsichts- und Kontrollfunktionen im

---

<sup>23</sup> Vgl. Büschgen, 1998, S 998 f

<sup>24</sup> Leitfaden Management des operationellen Risikos S. 9

<sup>25</sup> Vgl. Leitfaden Management des operationellen Risikos , 2008, S. 9

<sup>26</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, 2007, S. 12

Börsegesetz (BörseG), dem Wertpapieraufsichtsgesetz (WAG), dem Investmentfondgesetz (InvFG) und dem Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz (FMABG).<sup>27</sup>

## 2.4.1 Wesentliche Bestimmungen des BWG:

Diese Bestimmungen folgen aus der Notwendigkeit der Umsetzung europarechtlicher Richtlinien, welche im Kapitel 1.4 Rechtliche Grundlagen der Europäischen Union erwähnt wurden. Zu den wichtigsten Regelungen, die bereits in das nationale Recht umgesetzt wurden, werden folgende gezählt:<sup>28</sup>

### 2.4.1.1 Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit

Die schon 1970 festgelegten Bestimmungen über die Niederlassungs- und Dienstleistungsfreiheit haben auch den Bankensektor, der schon immer unter strenger staatlicher Aufsicht stand, geprägt. So wurde es den Mitgliedsländern der EU ermöglicht, ihre Banktätigkeiten auch grenzüberschreitend im EWR-Raum auszuüben. Hier greift das Single-License-Prinzip (Europäischer Pass), wonach die Zulassung und Bankkonzessionierung eines Kreditinstitutes im Heimatland (einem Mitgliedstaat der EU) genügt, um in Österreich mittels eines europäischen Passes die Banktätigkeiten aufzunehmen. Die Kreditinstitute bleiben unter der Kontrolle und Aufsicht des Heimatlandes und deren Kontrollorganen.<sup>29</sup> Dabei hat die Finanzmarktaufsicht (FMA) eine Weisungsbefugnis und die Aufgabe, die zuständigen Organe im Heimatland, über etwaige nicht rechtskonforme Handlungen der Niederlassungen und erbrachten Dienstleistungen zu informieren. Weiters wird das ansässige Kreditinstitut, unter anbetracht einer drei monatigen Frist dazu aufgefordert, den rechtskonformen Zustand wieder herzustellen. Nach Kontaktierung der Heimatbehörde und der Europäischen Kommission über das Fehlverhalten erfolgt eine Untersagung der Fortführung der Geschäfte in Österreich.<sup>30</sup>

---

<sup>27</sup> Vgl. FMAG § 2

<sup>28</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, 2007, S. 12 f

<sup>29</sup> Vgl. Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Beg.: Europäischer Pass, S. 467 f

<sup>30</sup> Vgl. Kodex: Bank- und Börserecht, BWG § 15

#### 2.4.1.2 Konzessionserteilung

Eine wichtige Erleichterung im Zusammenhang mit grenzüberschreitender Ausübung und der Überprüfbarkeit der Geschäftstätigkeiten der Kreditinstitute, ist die Konzessionierung.<sup>31</sup> Als Konzessionserteilungsbehörde wurde die FMA bestimmt und übernimmt dabei folgende Aufgaben:<sup>32</sup>

- a. Erteilung der Konzession
- b. Entziehung der Konzession
- c. Veröffentlichung der Konzessionsbanken in einer eigenen Datenbank
- d. Verhängung von Verwaltungsstrafen<sup>33</sup>

Es obliegt der FMA gemäß § 6 und § 7 BWG, die Konzession zurückzunehmen, wenn der Geschäftsbetrieb nach Ausstellung der Konzession, nicht innerhalb von zwölf Monate aufgenommen wird bzw. mehr als sechs Monate dieser nicht ausgeübt worden ist. Allenfalls ist die Entziehung vorgeschrieben, wenn die Konzessionsvoraussetzungen wegfallen und dadurch die Funktionsfähigkeit der Kreditinstitute nicht mehr gegeben ist. Zu einer Konzessionserlöschung kommt es durch Zeitablauf, Zurücklegung, Konkurseröffnung, Beendigung der Geschäftstätigkeit, Wegfall von Konzessionsbedingungen, wenn es aufgrund von Verschmelzung der Spaltung bei den Instituten zu doppelten Konzessionstatbeständen kommen würde.<sup>34</sup>

---

<sup>31</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, 2007, S. 14

<sup>32</sup> Vgl. Kodex: Bank- und Börserecht, BWG § 4

<sup>33</sup> Bei konzessionslosem Betreiben von Bankgeschäften können Geldstrafen in der Höhe bis zu €50.000 gemäß § 98 (1) BWG verhängt werden.

<sup>34</sup> Vgl. Kodex: Bank- und Börserecht, BWG § 6 und § 7

Tabelle 1 zeigt noch einmal die wichtigsten Punkte betreffend den Voraussetzungen bei der Konzessionserteilung auf.

**Tabelle 1: Konzessionsvoraussetzungen gemäß § 5 BWG**

Für Gesellschafter	<ul style="list-style-type: none"> <li>Bekanntgabe der Eigentümer ab einer gewissen Beteiligungsgröße (&gt; 10% = qualifizierte Beteiligung<sup>35</sup>)</li> <li>Vorliegen transparente Konzernstruktur</li> </ul>
Für Gesellschaft	<ul style="list-style-type: none"> <li>Rechtform einer Kapitalgesellschaft, Genossenschaft oder Sparkasse</li> <li>Mindestanfangskapital von € 5 Mio.</li> <li>Sitz und Hauptniederlassung müssen in Österreich sein</li> </ul>
Für Geschäftsführer	<ul style="list-style-type: none"> <li>Zwei Geschäftsführer (Vier-Augen-Prinzip)</li> <li>Zuverlässigkeit</li> <li>Fachliche Eignung und erforderliche Erfahrungen in diesem Bereich besitzen</li> <li>Ein GL hat in Österreich seinen Lebensmittelpunkt</li> <li>Ein GL spricht Deutsch</li> <li>Kein Hauptberuf außerhalb des Finanzwesens</li> <li>Nicht vorliegen eines Ausschließungsgrundes nach § 13 GewO.</li> </ul>

Quelle: BWG § 5, eigene Darstellung<sup>36</sup>

#### 2.4.1.3 Eigenmittelbestimmung (Basel II)

Die Eigenmittelbestimmung (Basel I) ist die Antwort des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht auf die drastisch fallende Eigenmittelausstattung der international tätigen Banken der Mitgliedsstaaten der G-10 Staaten<sup>37</sup>. Dies resultierte aus dem immer stärker werdenden Konkurrenzdruck in den 80 Jahren und den zahlreichen Bankenzusammenbrüchen in den USA und in Japan. Zunächst wurden die Bestimmung zu Basel I definiert. Zur Absicherung des eigentlichen Bankrisikos, des Kreditrisikos, wurde die standardisierte Eigenmittelbestimmung, eine Quote von 8 % des begebenen Kreditvolumens (= der risikogewichteten Aktiva), geregelt. Je nach Schuldnerotyp wurde folgende Risikogewichtung eingeführt: für Kredite an Unternehmen und alle sonstigen Risikoaktiva galt die höchste Risikogewichtung

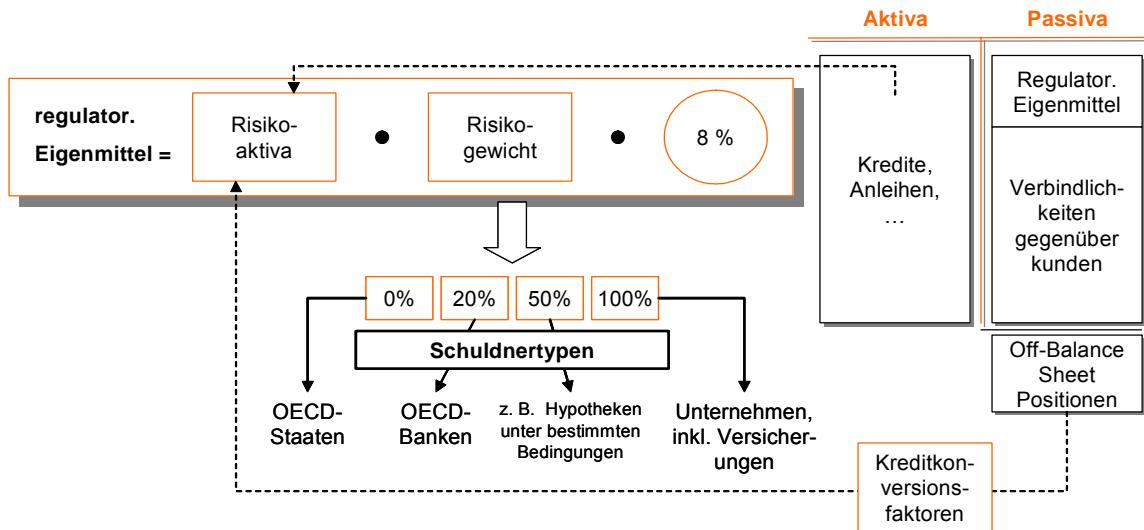
<sup>35</sup> Bekanntgabe erfolgt bei Erreichen, Über- bzw. Unterschreiten der Grenzen von 10 % (qualifizierte Beteiligung), 20 %, 33 % und 50 % der Stimmrechte oder des Kapitals eines Kreditinstitutes, sofern ein anderes Kreditinstitut diese Stimmrechte oder das Kapital direkt oder indirekt hält, erwirbt oder abgibt; ausgenommen sind Beteiligungen von Kreditinstituten an ihrem Zentralinstitut laut §21 BWG (1) Zif. 2

<sup>36</sup> Kodex: Bank- und Börserecht, BWG § 5

<sup>37</sup> Beg.: G-10: Gruppe der zehn wichtigsten westlichen Industriestaaten, die mit dem Ziel einer gegenseitigen Unterstützung bei Zahlungsbilanzschwierigkeiten im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) gegründet wurden. Siehe Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Bef.: G-10, S. 559

von 100%, bei grundpfandrechtlich gesicherten Realkrediten 50%, 20% gegenüber Kreditinstituten und 0% für staatliche Schuldner der OECD-Staaten.<sup>38</sup>

**Abbildung 2: Eigenmittelforderung nach Basel I**



Quelle: FMA<sup>39</sup>

Die laufenden Veränderungen im Bankwesen führten 1996 zu einer Überarbeitung und Neuregulierung, unter Berücksichtigung des Marktrisikos und des operativen Risikos für Banken. Mit Jänner 2008 sind die Bestimmungen Basel II in Kraft getreten. Diese sollen dem Risikogehalt des einzelnen Bankgeschäfts besser Rechnung tragen und den Einsatz moderner Systeme des Managements von Bankrisiken fördern, sowie die Zuverlässigkeit und Sicherheit der Banken. Basel II stützt sich auf das Prinzip der **3 Säulen**, die Mindestkapitalerforderung, die bankaufsichtlichen Überprüfungsprozesse und die erweiterte Offenlegung (Marktdisziplin). Die 3 Säulen sollen sich gegenseitig ergänzen und die Stabilität des Finanzsektors gewähren.<sup>40</sup>

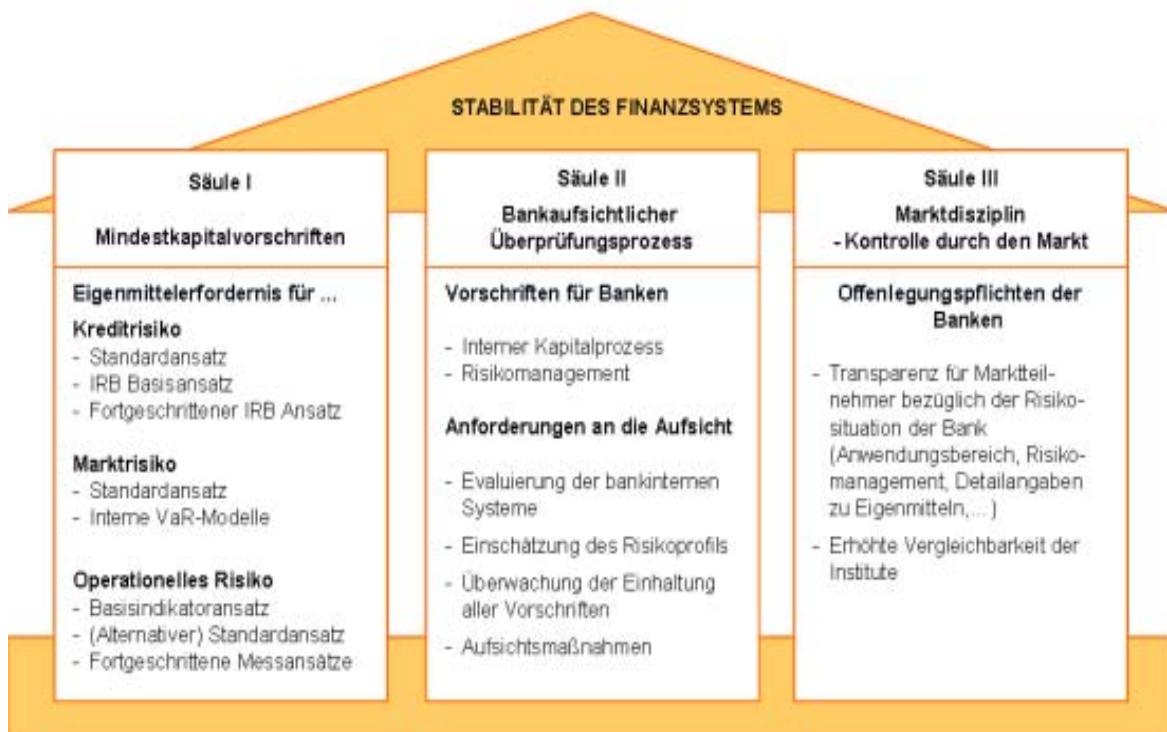
<sup>38</sup> Vgl. FMA – Basel I – Grundlagen online unter:

<http://www.fma.gv.at/cms/basei2/DE/einzel.html?channel=CH0267> [23.08.2008]

<sup>39</sup> <http://www.fma.gv.at/cms/basei2/DE/einzel.html?channel=CH0267> [23.08.2008]

<sup>40</sup> Vgl. FMA – Basel II – Grundlagen online unter:

<http://www.fma.gv.at/cms/basei2/DE/einzel.html?channel=CH0269> [23.08.2008]

**Abbildung 3: 3-Säulen System**

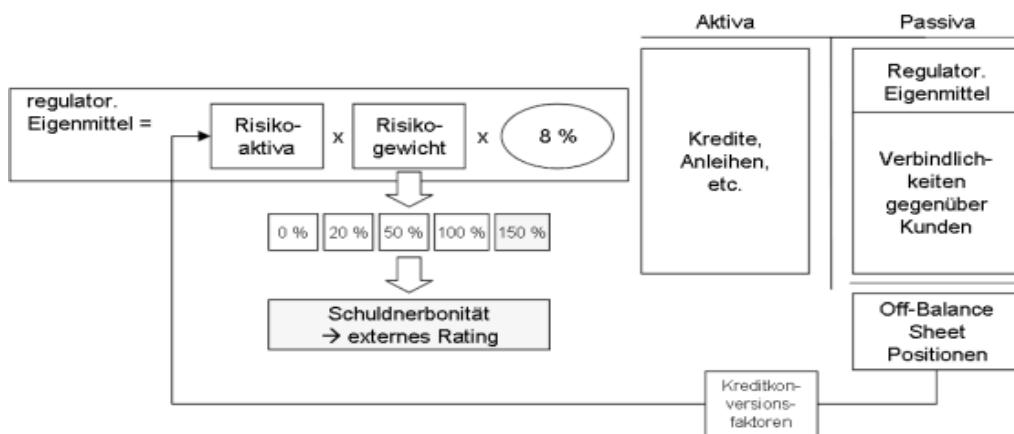
Quelle: FMA<sup>41</sup>

### Säule 1: Mindestkapitalanforderungen

In Bezug auf das **Kreditrisiko** haben Banken die Möglichkeit, in Abhängigkeit vom Schuldnerotyp und dessen Bonität, dieses individuell zu bestimmen. Dabei haben sie drei Ansätze zur Auswahl. Bei dem **Standardansatz** (Standardised Approach, SA) wird die Risikogewichtung um eine Quote ergänzt, 150 % für Schuldner mit schlechter Kreditwürdigkeit. Wobei die Bonitätsbeurteilung der Kreditnehmer durch externes Rating (d.h. Bonitätsbewertungen von Ratingagenturen) erlangt wird bzw. die Banken eine fix vorgegebene Risikoeinstufung anwenden.<sup>42</sup>

<sup>41</sup><http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0272> [25.08.2008]

<sup>42</sup> Vgl. FMA – Basel II – Säule 1 online unter <http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0273> [25.08.2008]

**Abbildung 4: Eigenmittelforderung nach Basel II**

Quelle: FMA<sup>43</sup>

Die bekanntesten Ratingagenturen sind Standard & Poor's (S&P), Moody's und Fitch Ratings. Dabei gehen die Bewertungen von Rating AAA (Tripel A), bedeutet sehr gute Bonität mit geringer Ausfallwahrscheinlichkeitsquote, bis hin zu Rating D, was für Insolvent steht.<sup>44</sup>

**Tabelle 2: Risikogewichte des Standardansatzes nach Basel II**

Forderungen		Rating / Risikogewichte							
		AAA - AA-	A+ - A-	BBB+ - BBB-	BB+ - B-	unter B-	Nicht geratet		
<b>Staaten</b>		0 %	20 %	50 %	100 %	150 %	100 %		
<b>Banken</b>	<b>Option 1<sup>1</sup></b>	20 %	50 %	100 %	100 %	150 %	100 %		
	<b>Option 2<sup>2</sup></b>	20 % (20 %) <sup>3</sup>	50 % (20 %) <sup>3</sup>	50 % (20 %) <sup>3</sup>	100 % (50 %) <sup>3</sup>	150 % (150 %) <sup>3</sup>	50 % (20 %) <sup>3</sup>		
<b>Unternehmen</b>		20 %	50 %	<b>BBB+ - BB-</b> 100 %		<b>unter BB-</b> 150 %	100 %		
<b>Retail</b>	<b>Hypothekarisch besicherte Kredite</b>								
	<b>Andere Forderungen aus d. Retailgeschäft</b>								

<sup>1</sup> Nach der ersten Option erhalten alle Banken ein um eine Stufe höheres Risikogewicht als der Sitzstaat.

<sup>2</sup> Nach der zweiten Option basiert das Risikogewicht auf dem externen Rating jeder einzelnen Bank.

<sup>3</sup> Auf Forderungen mit einer Ursprungslaufzeit von drei Monaten oder weniger kann ein begünstigtes Risikogewicht, das um eine Kategorie vorteilhafter ist, angewandt werden

Quelle: FMA; Basler Ausschuss für Bankenaufsicht, Juni 2004<sup>45</sup>

<sup>43</sup> <http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0273> [25.08.2008]

<sup>44</sup> Vgl. Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Beg.: Rating, S. 1068 f

<sup>45</sup> <http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0273> [25.08.2008]

Weiters kann der **Interne Rating Ansatz** (Foundation IRB Approach, FIRB und der Advanced IRB Approach, AIRB) als Messverfahren herangezogen werden. Hierbei beruht die Bonität des Kreditnehmers auf bankinternen Einschätzungen, was dieses Verfahren noch risikogerechter gestalten soll. Diese Ansätze sind aufgrund der Selbstbestimmung der Banken bewilligungspflichtig seitens der FMA. Diese überprüft die angewendeten Parameter zur Berechnung der IRB Ansätze, die verwendeten Risikokontroll- und Risikomessverfahren und die dafür bestehende internen Kontrollsysteme.<sup>46</sup>

### **Säule 2: Bankaufsichtlicher Überprüfungsprozess**

Jedes Kreditinstitut hat interne Verfahren bezüglich Risikomanagement sicherzustellen. Dabei sollen diese Verfahren und deren Wirksamkeit, deren Effektivität und Funktionalität überprüfbar sein. Es muss darauf geachtet werden, dass die Risiken richtig bewertet und eine effiziente Risikovorsorge gewährleistet wird. Die Methode hierbei wird den Banken frei gestellt. Alle Banken müssen sich einem Evaluierungsprozess (bankaufsichtlicher Überprüfungs- und Evaluierungsprozess = SREP) unterziehen, dabei wird das Risikoprofil der Kreditinstitute bewertet und andere Elemente (interne Prozesse, Strategien, etc.) ausgewertet. Andernfalls müssen entsprechende Aufsichtsmaßnahmen eingeleitet werden.<sup>47</sup>

### **Säule 3: Marktdisziplin**

Eine verstärkte und präzisere Offenlegungsvorschrift, soll für einen transparenten und zeitgerechteren Einblick der Marktteilnehmer über die Geschäfte und die Risikostrategien der Bank ermöglichen. Dabei war es ein Anliegen des Basler Akkords, durch die Offenlegungsvorschriften in den verschiedensten Bereichen, eine neue stärkere Marktdisziplin einzuführen. Die Offenlegungsvorschriften beziehen sich auf folgende Bereiche:<sup>48</sup>

- Eigenkapitalvorschriften (Konsolidierungsniveau);

---

<sup>46</sup> Vgl. FMA – Basel II – Säule 1 online unter  
<http://www.fma.gv.at/cms/base12/DE/einzel.html?channel=CH0273> [25.08.2008]

<sup>47</sup> Vgl. FMA – Basel II – Säule 2 online unter:  
<http://www.fma.gv.at/cms/base12/DE/einzel.html?channel=CH0262> [25.08.2008]

<sup>48</sup> Vgl. FMA – Basel II – Säule 3 online unter:  
<http://www.fma.gv.at/cms/base12/DE/einzel.html?channel=CH0263> [23.08.2008]

- Kapitalstruktur;
- Kapitaladäquanz;
- Kreditrisiko;
- Beteiligungen;
- Marktrisiko;
- Operationelles Risiko;
- Zinsrisiko im Bankbuch;
- Kreditrisiko mindernde Techniken<sup>\*49</sup>;
- Verbriefungen \*;
- auf internen Ratings basierende Ansätze (IRB)\*.

(\* soweit von den Banken angewandt)

#### 2.4.1.4 *Bankgeheimnis*

Informationen im Zusammenhang mit Kundengeschäften sowie Meldungen seitens der Österreichischen Nationalbank über die Großkreditvergabe, sind von Kreditinstituten, ihren Organen und Beschäftigten strengstens geheim zu halten. Diese Geheimhaltung gilt auch gegenüber Behörden soweit nicht Tatbestände der Einlagensicherung, Geldwäsche, Bankenaufsicht verletzt werden oder gerichtliche Strafverfahren wegen Finanzvergehen eingeleitet werden. Bei Verletzung des Bankgeheimnisses kann mit Sanktionen wie Schadenersatz, Geldstrafen bzw. Freiheitsstrafe gerechnet werden.<sup>50</sup>

#### 2.4.1.5 *Einlagensicherung*

Um die (Spar-)Einlagen von Anlegern zu schützen, müssen Kreditinstitute anderen Institutionen angehören, die im Falle der Illiquidität deren Zahlungsverpflichtung den Anlegern gegenüber begleichen. Besichert sind jedoch Einlagen bis zu einem Höchstbetrag von Euro 20.000 pro Einleger.<sup>51</sup>

Das agieren am Finanzmarkt beruht auf dessen Stabilität und auf das Vertrauen der Kunden, der Anleger und der Sparer in das System. Die globale Finanzkrise, die 2008 ihren Höhepunkt fand und das Einhergehen von Börsencrash und Bankenpleiten auf der ganzen Welt zur Folge hatte, brachte das Schwinden von Vertrauen mit sich. Um Panikreaktionen der Anleger einzudämmen, welche eine noch größere Krise hervorrufen würde, und um die Aktionen am Finanzmarkt nicht

<sup>49</sup> Bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen gem. § 22 BWG, bestehen für Kreditinstitute mehrere Techniken zur Minderung von eingegangenen Kreditrisiken und der Mindesteigenmittelerfordernis.

<sup>50</sup> Vgl. Kodex: Banken- und Börserecht, BWG § 38

<sup>51</sup> Vgl. BWG § 93. Höchstbetrag der Einlagensicherung von Euro 20.000 war gültig bis 1.10.2008, danach folgte die Einlagensicherung NEU.

weiter eskalieren zu lassen, wurde die bisherige Einlagensicherung erhöht. Die EU-Kommission hat eine Anhebung der Einlagensicherung auf Euro 100.000 gefordert. Österreich hat mit dem Gesetzesbeschluss vom 20.10.2008 eine hundertprozentige Einlagensicherung für Privatanleger beschlossen. Diese Bestimmung gilt rückwirkend ab dem 1.10.2008 und umfasst ein Sicherheitspaket der Regierung in der Höhe von 100 Mrd. Euro. Der Vollschutz der Spareinlagen gilt für Einlagen bei österreichischen Banken von natürlichen Personen, Freien Berufen, Einzelunternehmen sowohl in Euro als auch in EWR-Währungen bis Ende 2009. Ab 1.1.2010 wird die Einlagensicherung wieder mit einem Betrag in der Höhe von Euro 100.000 fixiert. Die Sicherheitsbestimmungen bezüglich der Geldanlagen von Nicht-Natürlichen Personen wird nach Größe und Gesellschaftsform unterschieden und gelten wie folgt:

1. kleine Personen- und kleine Kapitalgesellschaften<sup>52</sup> (z.B. kleine OHG, kleine KG, kleine GmbH, kleine AG) ist mit einem Höchstbetrag von Euro 50.000 begrenzt
2. andere Nicht-Natürliche Personen (z.B. mittelgroße GmbH, mittelgroße Ag, Vereine, Wohnungseigentümergemeinschaften) ist mit maximal Euro 20.000 besichert.

In beiden Fällen wird ein Selbstbehalt von 10 % der Gesamtforderung zur Bemessung des Auszahlungsbetrages berücksichtigt. Große Kapitalgesellschaften unterliegen keiner Einlagensicherung.<sup>53</sup>

#### 2.4.1.6 *Geldwäsche*

Wenn die Herkunft von Geldern nicht eindeutig ersichtlich ist, oder es einen begründeten Verdacht für terroristische Machenschaften gibt, muss die Identität des Kunden festgehalten werden und dies an die Bankaufsichtsbehörde bzw. an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet werden. Allenfalls hat ein Identitätsnachweis

---

<sup>52</sup> Die ausschlaggebende Unterscheidung bei Nicht-natürlichen Personen zwischen kleinen und mittelgroßen Personen- bzw. Kapitalgesellschaften und großen Kapitalgesellschaften sind im § 221 Abs. 1 ff UGB geregelt.

<sup>53</sup> Vgl. Kodex: Bank- und Börserecht, BWG §§ 93 - 93 c, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. I Nr. 136/2008

des Kunden zu erfolgen, wenn eine dauernde Geschäftsbeziehung angeknüpft wird und bei Geschäften, die einen Geldwert von Euro 15.000 übersteigen.<sup>54</sup>

## 2.4.2 Rechtliche Grundlagen der Europäischen Union

Das BWG war durch eine Reihe von EU-Richtlinien geprägt, die es umzusetzen galt. Österreich übernahm mit dem Beitritt zur EU 11 Richtlinien in das nationale Recht, weiters wurden damals zusätzliche 5 Empfehlungen berücksichtigt.

Einige der wichtigsten Richtlinien des Europäischen Parlamentes und Rates waren:

1. Bankenkoordinierungsrichtlinie (BKR)<sup>55</sup>
2. Eigenmittelrichtlinie<sup>56</sup>
3. Solvabilitätsrichtlinie<sup>57</sup>
4. Bankbilanzrichtlinie<sup>58</sup>
5. Kapitaladäquanzrichtlinie<sup>59</sup>
6. Wertpapierdienstleistungsrichtlinie<sup>60</sup>

Die Bankenkoordinierungsrichtlinie gibt die zentrale Aussage, dass Bankgeschäfte nur von konzessionierten Gesellschaften getätigt werden können, das Vorliegen von einem bestimmten Mindestanfangskapital zur Gründung von Kreditinstituten und die Dienstleistungs- und Niederlassungsfreiheit zwischen EU-Mitgliedsstaaten. Die mit der Durchführung und Einhaltung vieler dieser rechtlichen Bestimmungen beauftragte Behörde in Österreich ist die FMA. Ihre Aufgaben sind vor allem der Verbraucher-, Gläubiger- und Anlegerschutz.<sup>61</sup>

Die Harmonisierung der rechtlichen Voraussetzungen innerhalb des EU-Raumes, im Hinblick auf schon bestehende Finanzsysteme der Mitgliedsstaaten, hat vor allem zum Ziel, dass die Märkte einheitlicher, transparenter und leichter

---

<sup>54</sup> Vgl. Kodex: Banken- und Börsenrecht, BWG § 40 ff

<sup>55</sup> Vgl. Richtlinie 2006/48/EG vom 14. Juli 2006, ehem. RL 2000/12/EG vom 20.02.2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeiten der Kreditinstitute

<sup>56</sup> Vgl. Richtlinie 89/299/EWG vom 18.12.1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten

<sup>57</sup> Vgl. Richtlinie 89/647/EWG vom 18.12.1989 über den Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute

<sup>58</sup> Vgl. Richtlinie 2006/46/EG vom 14.06.2006 mit Änderung betreffend auch der RL 86/635/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten

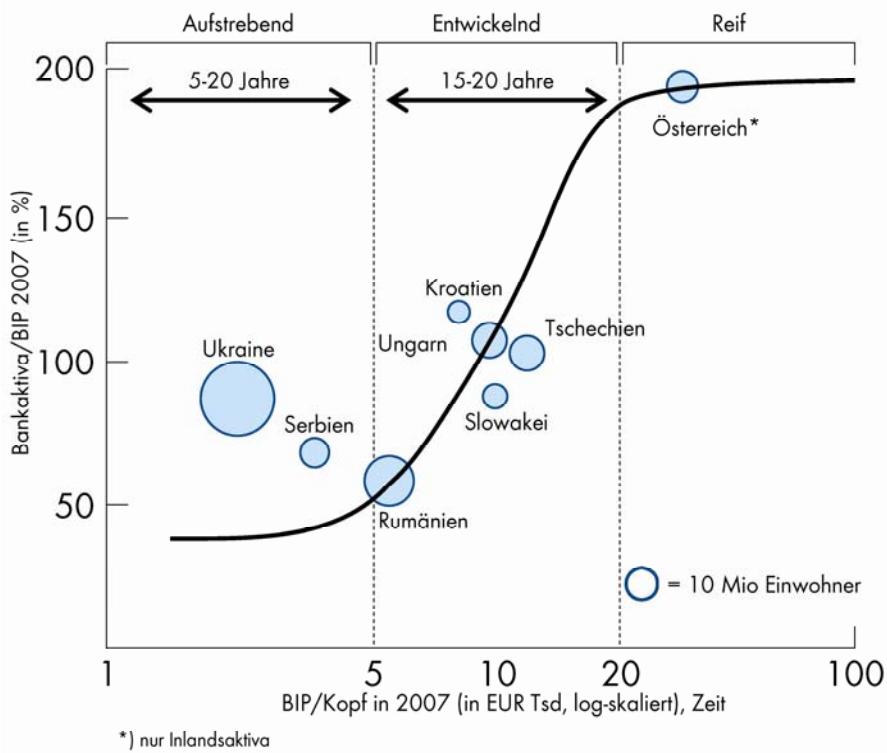
<sup>59</sup> Vgl. Richtlinie 2006/49/EG vom 14.06.2006 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten

<sup>60</sup> Vgl. Richtlinie 93/22/EWG vom 10.05.1993 über Wertpapierdienstleistungen

<sup>61</sup> Vgl. FMA online unter: <http://www.fma.gv.at/cms/site/DE/einzel.html?channel=CH0036> [13.10.2008]

vergleichbarer sind. Nimmt man die EU-Erweiterungsländer (Central and Eastern Europe = CEE) in Betracht, so soll es vor allem zu einer Verbesserung des dortigen Finanzsystems führen. So bestimmt die Angleichung und Umsetzung von Mindestanforderungen im Bereich des Finanzwesens einen wichtigen Punkt bei den Beitrittsverhandlungen der Beitrittskandidaten mit der Europäischen Union.<sup>62</sup> Seit dem Fall des ehemaligen Ostblocks ist in den Ländern Zentral- und Osteuropas an der Transformation von der Planwirtschaft in einer funktionierenden Marktwirtschaft gearbeitet worden. Dabei war es eine Herausforderung stabile und gut funktionierende Finanzsektoren nach westlichem Vorbild zu formieren. Dies hatte eine Vielzahl von Reformen zur Folge, welche die meisten Länder wie z.B.: Tschechien, Slowakei, Kroatien, Slowenien, Polen und Ungarn gut umgesetzt wurden, wie in nachfolgender Abbildung dargestellt.<sup>63</sup>

**Abbildung 5: Bankenentwicklungsstufen in Transformationsländern**



Quelle: Lokale Zentralbanken, Eurostat, Erste Bank<sup>64</sup>

<sup>62</sup> Vgl. Putlitz, S. 71

<sup>63</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 1999, S 70

<sup>64</sup> Erste Bank Geschäftsbericht 2007, S. 27

### 3 Der Bankensektor in Österreich

#### 3.1 Historische Entwicklung

Die ersten Aufzeichnungen eines Bankenwesens im heutigen Österreich gehen auf den Beginn des 18. Jahrhunderts zurück. Dieses sollte vor allem den staatlichen Interessen dienen. Den ersten Banknotendruck gab die Kaiserin Maria Theresia im Jahre 1762 in Auftrag. Später dann im 19. Jahrhundert entwickelte sich das Geld- und Kreditwesen dahingehend, dass eine Konzentration auf die individuellen finanziellen Bedürfnisse der Klienten die Bildung von Sektoren innerhalb des Bankenwesens zur Folge hatte. Unter dem Begriff Bankensektor versteht man den Zusammenschluss von Kreditinstituten gleicher Rechtsform oder einheitliche Gründungs- und Geschäftsphilosophie. In den letzten Jahrzehnten begannen sich jedoch die Unterschiede innerhalb der Sektoren zu vermischen. Dies resultierte aus den politischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Veränderungen des Landes, angefangen von der Zweiten Republik bis hin zur Europäischen Union. Die sich immer mehr vermischenden Tätigkeiten der Kreditinstitute führt zum Begriff der Universalbanken, welche ihre Angebotspalette immer breiter werden lassen.<sup>65</sup>

#### 3.2 Aufteilung der Sektoren

Man unterscheidet bei der Bank in einstufige und mehrstufige Sektoren. Wobei im einstufigen Sektor die Aktienbanken, die Landes-Hypothekenbanken, Bausparkassen, Sonderbanken und Zweigstellen nach § 9 BWG fallen. Die Sparkassen, Volksbanken und Raiffeisenkassen zählen zu dem mehrstufigen Bankensektor. Durch die regulativen Änderungen des KWG kam es zu einer Verschmelzung der Bankensektoren. Dies führte zum Aufkommen von Universalbanken, die sich durch Diversifikation ihrer Tätigkeiten auszeichnen, und

---

<sup>65</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, 2007, S. 4

Spezialbanken, welche sich auf Ausübung bestimmter Geschäfte spezialisiert haben.<sup>66</sup>

**Abbildung 6: Bankensektoren in Österreich**



Quelle: OeNB<sup>67</sup>

<sup>66</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 4

<sup>67</sup> Das österreichische Finanzwesen, S. 5

### 3.2.1 Der einstufige Bankensektor

#### 3.2.1.1 *Aktienbanken und Bankiers*

Die Haupttätigkeit der Aktienbanken liegt in der Beteiligungen und Finanzierung im Bereich Industrie und Handel, wobei Auslandsgeschäfte und die Finanzierung von Exportgeschäften der österreichischen Wirtschaft als Schwerpunkt gelten. Diese Banken zeichnen sich anhand des großen Geschäftsvolumens und dem daraus resultierenden hohen und meist führenden Marktanteil der einzelnen Institute besonders aus. Es ist zu beachten, dass Aktienbanken ein weit verbreitetes Filial- und Zweigstellennetz aufweisen, und sie durch ihre Tochtergesellschaften an den bedeutendsten Finanzplätzen vertreten sind.<sup>68</sup>

#### 3.2.1.2 *Landes-Hypothekenbanken*

Die Vergabe von Hypothekardarlehen, Kommunaldarlehen und die Ausgabe von Pfand- und Kommunalbriefen sind die grundlegenden Geschäftsbereiche dieser privatrechtlichen Kreditinstitute, die meist regional beschränkt sind.<sup>69</sup>

#### 3.2.1.3 *Bausparkassen*

Bausparkassen haben das Bauspareinlagen- und Bauspardarlehengeschäft zum Ziel. Dabei bekommen Bausparern nach einem geringen abgesparten Eigenkapitalvolumen, niedrig verzinsten Darlehen zur Wohnbausanierung bzw. Wohnbauschaffung. Hier kommt die steuerlichen Begünstigung durch eine staatliche Bausparprämie hinzu, welche auch für nicht Bauwillige als ein Anreiz gilt.<sup>70</sup>

Heute ist die Vermischung auch in diesem Sektor gegeben: die Bausparkasse Wüstenrot ist neben dem klassischen Bausparkassengeschäft auch im Versicherungsgeschäft tätig.

---

<sup>68</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 4

<sup>69</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 5

<sup>70</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 5f

### 3.2.1.4 Sonderbanken

Diese Institute sind vorwiegend Kapitalgesellschaften, die Aufgrund der erteilten Konzessionen zur Erfüllung spezieller Aufgaben bestimmt sind. Beispiele hiezu sind: <sup>71</sup>

- Die **Österreichische Kontrollbank AG (OeKB)**, die sich mit der Finanzierung von Exportgeschäften und den Kapitalmarktagenden der österreichischen Wirtschaft beschäftigt.
- Die **Investitionskredit Bank AG** richtet ihr Augenmerk in mittel- oder langfristigen Investitionskrediten und der Verwaltung von Investmentfonds.
- Die **Kommunalkredit Austria AG** ist vorwiegend im Bereich Finanzierung der Infrastrukturinvestitionen von Bund, Länder und Gemeinden tätig.
- Kreditkartengesellschaften
- Leasingbanken und Factoringbanken<sup>72</sup>

### 3.2.1.5 § 9 BWG-Zweigstellen

Damit sind die im Rahmen der Niederlassungsfreiheit gegründeten ausländischen Zweigstellen in Österreich definiert, wobei die Hauptanstalt im Mutterland die Geschäftstätigkeiten festlegen.<sup>73</sup>

## 3.2.2 Der mehrstufige Bankensektor

Hierbei bestimmt das jeweilige Spitzeninstitut die Koordinierungs- und Geldausgleichsfunktion für die Institute.

### 3.2.2.1 Sparkassensektor

Das Spitzeninstitut hierzu ist die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG und arbeitet mit Privathaushalten, Klein- und Mittelbetrieben und Gemeinden zusammen.<sup>74</sup> Dabei fokussiert sich die Erste Bank vor allem auf den Bereich Wohnbau, Investment und Retailbanking und agiert gemeinwohl- und kundenorientiert. Die Hauptaktivitäten beschränken sich nicht nur auf typische Bankgeschäfte, weshalb sie auch als Universalbank angesehen wird, sondern

---

<sup>71</sup> Vgl. ebenda S. 6

<sup>72</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 6

<sup>73</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S. 6

<sup>74</sup> Vgl. ebenda, S 6

auch auf die Erstreckung neuer Märkte wie die Positionierung in Zentral- und Osteuropa. Mit einer Bilanzsumme von 200 Mrd. Euro zählt man die österreichische Sparkassengruppe inklusive der Erste Bank und ihrer zentral- und osteuropäischen Tochterbanken zu den fünf größten Sparkassenorganisationen Europas.<sup>75</sup>

In Österreich gibt es 55 Sparkassen mit 1.067 Geschäftstellen und einem Kundenstock von knapp 3 Mio., welche den Ursprungsgedanken dieser Einrichtung, die Sammlung von Spareinlagen und Sicherstellung der Gelder, in Zeiten der globalen Finanzmarktkrise offensichtlich verstärkt praktizieren. Das beweist auch eine Umfrage des Instituts GfK Austria, aus der herausgeht, dass sich das Sparverhalten der Anleger immer mehr in Richtung sicher Anlageformen verschiebt.<sup>76</sup>

### 3.2.2.2 *Volksbankensektor*

Die Funktionen des Spitzeninstitutes werden von der Österreichischen Volksbank AG (ÖVAG) wahrgenommen. Die Volksbanken haben ihre Kernkompetenzen seit ihrem Aufkommen, Mitte des 19. Jahrhunderts, in der traditionellen Kreditversorgung des Handels und Gewerbes.<sup>77</sup>

Die Schulze-Delitzsch-Genossenschaften, welche die Grundsteine für das heutige Konzept der Volksbanken darstellt, stützt sich auf die Prinzipien des Gründers Schulze-Delitzsch: Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung.<sup>78</sup>

Es haben sich auch hier die Geschäftsbereiche weiterentwickelt und erstrecken sich heute bis hin zum Leasing, Factoring, Investmentfondsgeschäfte und Investmentbanking.

### 3.2.2.3 *Raiffeisenbankensektor*

Die nach dem Gründer Friedrich Wilhelm Raiffeisen benannten Raiffeisenbanken haben ein weit reichendes Spektrum an Finanzdienstleistungen für die Industrie, Gewerbe und die Landwirtschaft aber auch für Privatkunden.<sup>79</sup>

---

<sup>75</sup> Vgl. Sparkassengruppe Historie online unter:

[https://www.sparkasse.at/Über\\_uns/Sparkassengruppe/Sparkassengruppe\\_International/sPortal.portal?\\_nfpb=true&\\_windowLabel=LABEL\\_MENU&\\_urlType=action&LABEL\\_MENU\\_sh=1a3b47588d6296958040cecc11e07098&LABEL\\_MENU\\_zz=20241.81675998898&LABEL\\_MENU\\_pc=1&cci=09002ee2800160e7&desk=sparkasseat\\_de\\_0009&&navigationLink=TRUE&menu\\_isContentInMaster=TRUEtrue&menu\\_navigationId=021285735701452190000146&menu\\_chronicleId=09002ee28001808b&navigationId=021285735701452190000146](https://www.sparkasse.at/Über_uns/Sparkassengruppe/Sparkassengruppe_International/sPortal.portal?_nfpb=true&_windowLabel=LABEL_MENU&_urlType=action&LABEL_MENU_sh=1a3b47588d6296958040cecc11e07098&LABEL_MENU_zz=20241.81675998898&LABEL_MENU_pc=1&cci=09002ee2800160e7&desk=sparkasseat_de_0009&&navigationLink=TRUE&menu_isContentInMaster=TRUEtrue&menu_navigationId=021285735701452190000146&menu_chronicleId=09002ee28001808b&navigationId=021285735701452190000146) [10.09.2008]

<sup>76</sup> Vgl. Fact Sheet der österreichischen Sparkassengruppe

<sup>77</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S 6

<sup>78</sup> Vgl. Hofinger, 1998, S. 34

Die Organisation dieses Sektors geht von den einzelnen Raiffeisenbanken zu den jeweiligen Raiffeisenlandesbanken (RLB), die den Spitzeninstitut Raiffeisen Zentralbank Österreich AG (RZB) in Wien unterliegen. Hier richtet sich der Fokus des Spitzeninstitutes auf Kommerz- und Investmentgeschäfte im Inland als auch im zentral- und osteuropäischen Markt. Vor allem in den CEE-Ländern wird es als führender Finanzdienstleister und Spezialist in dieser Wachstumsregion bezeichnet.<sup>80</sup>

### 3.3 Anzahl der Kreditinstitute in Österreich

Vergleicht man hier die Zahlen aus dem Jahre 2000 bis 2006 lässt die Aufteilung in Hauptanstalten und Zweigstellen, ein regelrechtes Bankensterben erkennen, wie aus nachfolgender Tabelle 3 ersichtlich ist. Die sinkende Anzahl der Institute im gesamten Bankensektor lässt das Aufblühen von Fusionen und Konsolidierungen in diesem Bereich deutlich erkennen. 2007 kam es erstmalig seit 1992 zu einem Zuwachs um sechs Bankenstellen. Im Dezember 2007 waren insgesamt 5156 Geschäftsstellen, davon 870 rechtlich selbständige Kreditinstitute (Hauptanstalten) und 4.286 Zweigstellen in Österreich tätig. Diese Veränderung ergibt sich durch 53 Eröffnungen und 47 Schließungen von Bankstellen in allen Sektoren. Im Vergleich zum Vorjahr reduzierte sich die Anzahl der Hauptanstalten um eins. Diese Veränderung ergaben sich durch elf Fusionen im Raiffeisensektor, eine Konzessionsrücklegung bei den Volksbanken, eine Schließung der nach § 9-BWG-Zweigstellen und zwölf Neugründungen (je drei bei den Aktien-, Sonder- und § 9-BWG-Zweigstellen eine Abspaltung bei den Hypothekenbanken sowie eine Direktbank und eine Factoringbank im Raiffeisensektor). Bei den Zweigstellen ergab sich ein Zuwachs von sieben Inlandsfilialen im Jahre 2007.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Das österreichische Finanzwesen, S 6f

<sup>80</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2003, S. 34

<sup>81</sup> Vgl. Bankenstatistik Jahresbuch 2007; S. 11

Tabelle 3: Anzahl der Kreditinstitute nach Sektoren

Periodenstand	Aktienbanken und Bankiers <sup>3)</sup>	Sparkassen-sektor <sup>3)</sup>		Landes-Hypothekebanken		Raiffeisen-sektor		Bauspar-kassen		Volksbanken-sektor		Sonderbanken		davon Betriebl. Vorsorgekasse		davon Kapitalanlagegesellschaften		davon Immobilien-KAGs		§ 9 BWG-Zweigstellen		Insgesamt		
		H <sup>1)</sup>	Z <sup>2)</sup>	H	Z	H	Z	H	Z	H	Z	H	Z	H	Z	H	Z	F <sup>4)</sup>	Z	H	Z	H	Z	
2007	Bundländer																							
Wien	38	268	3	83	1	12	6	61	13	40	3	9	75	11	8	0	21	0	160	0	111	0	484	
Steiermark	3	87	6	167	1	19	91	246	8	55	0	5	2	1	0	0	0	0	0	1	111	1	581	
Oberösterreich	2	146	10	212	1	18	105	341	15	83	0	7	7	1	0	0	0	0	0	1	1	141	1	809
Salzburg	4	58	2	63	1	24	68	79	3	39	1	1	6	2	0	0	3	0	0	0	3	1	88	267
Tirol	2	62	8	123	1	21	84	168	4	45	0	4	2	2	0	0	1	0	0	0	1	0	102	425
Kärnten	1	66	2	48	2	19	56	121	7	34	0	4	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	68
Vorarlberg	0	33	5	49	1	22	25	76	1	23	0	4	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	33
Burgenland	1	32	0	21	1	12	41	116	1	11	0	4	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	44
Niederösterreich	0	100	20	245	2	21	82	494	17	152	0	8	1	4	1	0	0	0	0	0	1	0	123	1.024
Österreichweit																								
2000	61	751	70	1.397	9	154	625	1.741	71	472	5	34	82	7	0	0	24	0	0	0	0	0	0	923
2001	61	738	67	1.380	9	164	617	1.725	70	475	5	59	78	5	0	0	24	0	0	0	0	0	0	907
2002	59	534	64	1.509	9	165	609	1.719	70	481	5	59	81	4	9	0	22	0	0	0	0	0	0	897
2003	63	531	63	1.446	9	170	596	1.713	69	485	5	51	91	5	9	0	23	0	3	0	0	0	0	896
2004	47	907	59	1.019	10	169	581	1.712	68	488	4	52	93	8	9	0	23	0	4	0	21	4	883	
2005	44	877	57	1.006	10	166	576	1.704	68	482	4	52	96	26	9	0	23	0	4	0	25	4	880	
2006	48	864	56	1.005	10	166	567	1.695	70	479	4	46	91	23	9	0	24	0	4	0	25	1	871	
Summe 2006	912	1059	176	2264	549	50	2264	549	50	104	0	0	104	0	0	0	26	0	0	0	0	0	0	5150
2007	51	852	56	1.011	11	168	558	1.702	69	482	4	46	93	22	9	0	29	0	5	0	28	3	870	
Summe 2007	903	1067	179	2262	551	50	2262	551	50	115	0	0	115	0	0	0	26	0	31	3	870	3	4.286	
Veränderung 2006 bis 2007	-9	+6	+3	-2	-	+2	0	+2	0	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+11	+5	+6	+6	+6	+6	+6

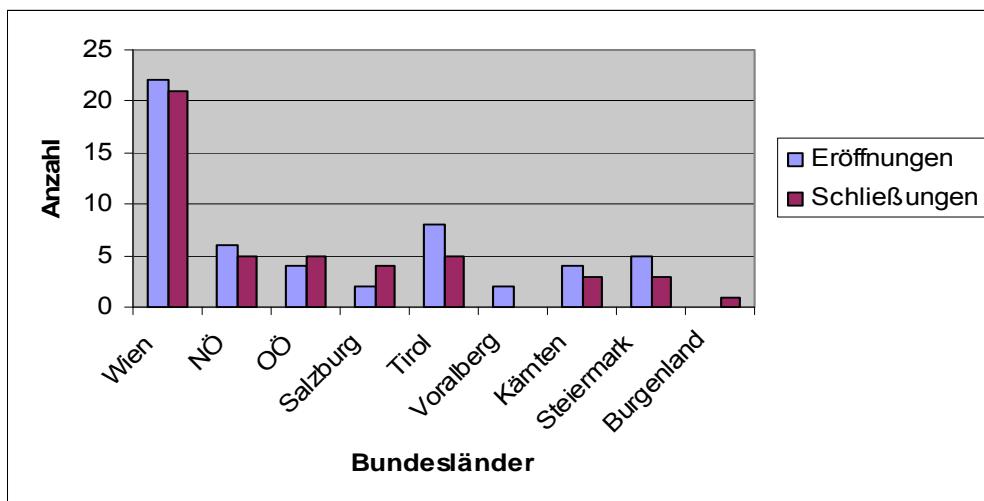
Quelle: OeNB, eigene Darstellung<sup>82</sup>

- 1) Hauptanstalten.
- 2) Zweiganstalten.
- 3) Ab Berichtstermin Dezember 2004 Umreihung der Bank Austria Creditanstalt AG vom Sektor Sparkassen zum Sektor Aktienbanken.
- 4) Filiale von § 9 BWG-Zweigstellen ausländischer Banken.

<sup>82</sup> Vgl. OeNB: Anzahl der Kreditinstitute nach Sektoren: <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?report=3.1.1> und <http://www.oenb.at/isaweb/report.do?report=3.1.2> [27.08.2008]

Regional gesehen, wie aus Abbildung 7 ersichtlich, wurden in Wien die meisten Bankstellen eröffnet, nämlich 22 wobei 21 wieder geschlossen wurden. Der größte reale Zuwachs an Bankstellen wurde in Tirol verzeichnet, wo von acht Neugründungen nur fünf wieder geschlossen wurden.<sup>83</sup>

**Abbildung 7: Regionale Veränderung der Bankstellen 2007**



Quelle: Bankenstatistisches Jahrbuch 2007, eigene Darstellung<sup>84</sup>

Der letzte Zuwachs an Bankenstellen (gesamt) wurde 1992 verzeichnet, ab diesem Zeitpunkt ist nur noch eine Reduktion der Anzahl ersichtlich. Im Jahr 1997 lag die Zahl der Hauptanstalten erstmals unter 1.000. Bei den Bilanzsummen ist in allen Sektoren seit Jahren einer konstanten Steigerung zu bemerken, wie in Abbildung 8 zu erkennen ist. Noch im Jahre 2000 meldete die Österreichische Nationalbank eine durchschnittliche Bilanzsumme der Kreditinstitute aller Bankensektoren von ca. 554 Mrd. Euro. Schon im Jahre 2003 wurde eine Bilanzsumme von 602,5 Mrd. Euro verzeichnet, wobei der Anteil von 268,89 Mrd. auf die fünf größten Banken (BA-CA, Erste Bank, BAWAG, RZB, Kontrollbank) angefallen ist.<sup>85</sup> Die erstmalige Überschreitung der 700 Mrd. Euro Grenze konnte im letzten Quartal 2005 verzeichnet werden und wies bis zum Ende des ersten Halbjahres 2008 eine Bilanzsumme der unkonsolidierten Kreditinstituten von 972,24 Mrd. Euro auf.<sup>86</sup>

<sup>83</sup> Vgl. Bankenstatistisches Jahresbuch 2007; S.11

<sup>84</sup> Bankenstatistisches Jahresbuch 2007; S.11

<sup>85</sup> Vgl. Bankenstatistisches Jahresbuch 2003; S.12

<sup>86</sup> Vgl. Schuh/Steindl, 2008, S. 19

Es konnte somit ein Wachstum von 72,7 Mrd. Euro im ersten Halbjahr 2008 verzeichnet werden, da Ende 2007 fast die 900 Mrd. Euro Grenze erreicht wurde. Dies war eindeutig die größte Halbjahreswachstumsrate von 8,1 %, die seit 1995 gemessen wurde. Die um 12,8 % gestiegene Jahreswachstumsrate 2007 erzielte den Rekordhoch der letzten zehn Jahre. Zweistellige Wachstumsraten wurden nur noch im Jahre 1998 und 2005 erzielt werden. 1998 betrug diese 10,3 Prozent und 2005 11,2 Prozent. en im zweistelligen Bereich erzielt.<sup>87</sup>

**Abbildung 8: Bilanzsumme der in Österreich meldepflichtigen Kreditinstitute**



Quelle: OeNB<sup>88</sup>

<sup>87</sup> Vgl. Bankenstatistisches Jahresbuch 2007 S.14

<sup>88</sup> Schuh/Steindl, 2008, S. 18

## 4 Banken Österreichs

Vergleicht man die Bilanzsummen der einzelnen Kreditinstitute, so ergibt sich folgende Reihung der zehn größten Banken in Österreich:

**Tabelle 4: Top Ten der österreichischen Banken Stand Juni 2008**

1	UniCredit Bank Austria AG
2	Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG
3	Raiffeisen Zentralbank Österreich Aktiengesellschaft
4	BAWAG P.S.K. Bank für Arbeit und Wirtschaft und Österreichische Postsparkasse Aktiengesellschaft
5	Österreichische Volksbanken-Aktiengesellschaft
6	Oesterreichische Kontrollbank Aktiengesellschaft
7	Hypo Alpe-Adria-Bank International AG
8	Kommunalkredit Austria AG
9	Raiffeisenlandesbank Oberösterreich Aktiengesellschaft
10	Raiffeisenlandesbank Niederösterreich-Wien AG

Quelle: OeNB<sup>89</sup>

Das Ranking hat sich in den letzten Jahren nicht sonderlich verändert. Die BA-CA ist seit der Fusionierung der Bank Austria und der Creditanstalt 2002 unbestritten auf Platz 1. der Top 10.<sup>90</sup>

In weiterer Folge werden nur noch die drei größten Banken Österreichs genauer in Betracht genommen, da diese auch die drei wichtigsten heimischen Banken im CEE-Raum sind.

### 4.1 Die Geschichte der Bank Austria Creditanstalt AG

Den Ursprung der Bank Austria findet man in der "k.k. privilegierten Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe", die 1855 gegründet wurde. Aus einem Bündnis von

<sup>89</sup> Vgl. Schuh/Steindl, 2008, S. 19

<sup>90</sup> Vgl. Bankenstatistisches Jahrbuch 2003, S. 13

Adeligen und dem Bankier Anselm Freiherr von Rothschild heraus, wurde die bestkapitalisierte Bank der Monarchie gegründet.<sup>91</sup> Ihre Hauptaufgabe war die Finanzierung der Industrialisierung in den Kronländern. Die Bank Austria Creditanstalt geht aus dem Zusammenschluss von drei Kreditinstituten hervor: der Creditanstalt, der Länderbank und der Zentralsparkasse Z. Die Creditanstalt hat ihren Tätigkeiten bis zum Jahre 2002 im In- und Ausland bestritten und wurde schließlich durch die Fusion mit der Bank Austria, unter dem neuen Namen Bank Austria Creditanstalt, zur Nummer eins der österreichischen Kreditinstitute. 2005 wurde die BA-CA schließlich zu einem Mitglied des italienischen Konzerns UniCredit Group. In Sachen Zentral- und Osteuropa stellt die Bank Austria einen wichtigen Bezugspunkt der UniCredit Group da, daher blieb dort auch der Name Bank Austria im Logo erhalten.<sup>92</sup>

Die Österreichische Länderbank wurde im Jahre 1880, vom Pariser Geldinstitut Union Générale, ins Leben gerufen, welche im Jahr 1991 durch den Zusammenschluss mit der Zentralsparkasse Z zur Bank Austria umbenannt wurde. Die Stadt Wien gab den Startschuss zur Gründung einer Kommunalsparkasse, der "Zentral-Sparkasse der Gemeinde Wien" im Jahre 1905.<sup>93</sup>

Danach folgten zahlreiche Gründungen von Auslandsniederlassungen und Zweigstellen in Österreich. Der Ausbruch des ersten Weltkriegs brachte jedoch den Verlust der ausländischen Beteiligungen und Filialen mit sich. Obwohl die Zentrale nach Paris verlegt wird, setzt sich der Schwerpunkt der Tätigkeiten in Österreich fort.<sup>94</sup>

Zahlreiche Übernahmen wurden getätigten und der erfolgreiche Kurs dieses Kreditinstituts wurde bis heute nicht unterbrochen. Sowohl die Creditanstalt als auch die Länderbank sicherten sich Marktvorteile in London, Moskau, Polen, Ungarn, Berlin etc. ab Mitte der 70er bis in die 90er Jahre. Durch die Gründung der Bank Austria, im Jahre 1991, als Vereinigung der Zentralsparkasse AG und der Kommerzialbank, positioniert sie sich an allen wichtigen Finanzplätzen. Sie rangiert sogar auch Platz 50 der größten Banken Europas. Schon damals wurde der CEE-Markt in Angriff genommen. In der Slowakei, Slowenien, Polen, Tschechien und Ungarn präferiert man vor allem das Leasinggeschäft. Die

---

<sup>91</sup> Vgl. Bank Austria Creditanstalt, S. 11

<sup>92</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2005, S 14 f

<sup>93</sup> Vgl. Michel, S 73 ff

<sup>94</sup> Vgl. Michel, S 81 ff

Repräsentanz der Bank Austria in Österreich als Mitglied der UniCredit Group hat einer Bilanzsumme von 229,8 Mrd. Euro steht nach wie vor an erster Stelle im Bereich der Privatkundenfinanzierung.<sup>95</sup>

## 4.2 Die Geschichte der Erste Bank

Die zunehmend schlechte wirtschaftliche Situation in Europa, nach den napoleonischen Kriegen, führte zum Aufblühen des Spargedankens. Ganz nach englischem und deutschem Vorbild gründete der Pfarrer Johann Baptist Weber in der Leopoldstadt in Wien im Jahre 1819 das erste Sparinstitut Österreichs – die Erste österreichische Spar-Casse. Wie schon in der damaligen Satzung beschrieben, stand die Förderung der Spargesinnung und der Vorsorge der *“Fabrikarbeiter, dem Taglöhner, dem Handwerker, dem Landmann, dem Dienstboten oder sonst einer gewerbfleißigen und sparsamen minderjährigen oder großjährigen Person”* im Vordergrund. Dies lässt sich noch heute in den Statuten der Ersten Bank erkennen. Aufgrund der gut gehenden Geschäfte und der immer steigenden Einlagemittel der Sparer, wurden Mitte des 19. Jahrhunderts 17 weitere Vereinssparkassen gegründet.<sup>96</sup>

Die im Jahre 1997 folgende Namensänderung in Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG, resultierte aus der Fusionierung mit der Giro Credit. Gegen Ende des gleichen Jahres erfolgte der Börsengang der Ersten Bank und verzeichnete mit einem IPO<sup>97</sup> von mehr als 508 Mio. Euro das größte Aktienemissionsvolumen der österreichischen Geschichte. Schließlich wurde die Aktie der Ersten Bank im Dezember 1997 in den ATX aufgenommen. Als guten und erfolgreichen Einstieg in den CEE-Raum, sah man die Übernahme der ungarischen Mezőbank im September 1997. Diese wurde im November 1998 schließlich in die Erste Bank Hungary RT umfirmiert. Danach folgte eine Reihe von Fusionen und Übernahmen von Banken im zentral- und osteuropäischen Raum. Ein wesentlicher Veränderungspunkt war die Gründung des Haftungsverbunds zwischen den Sparkassen und der Ersten Bank, im Jahre 2002. Dies sollte vor allem der

<sup>95</sup> Vgl. Bank Austria Zwischenbericht 3. Quartal 2008

<sup>96</sup> Vgl. Erste Österreichische Spar-Casse, 1949, S. 5 ff

<sup>97</sup> IPO: Initial Public Offering – Gang eines bisher nicht börsennotierten Unternehmens. Der Begriff IPO wird manchmal auch nur für die Schlussphase eines Going Public, also nur für die erstmalige Einführung von Aktien an einer Börse verwendet. Siehe dazu Krumnow/Gramlich/Lange/Dewner, 2002, Bef.: IPO, S. 704 f

Kapitalsicherung der Kunden dienen und die Unabhängigkeit der Sparkassen gewährleisten. Die schon zu Beginn des 20 Jahrhunderts gelegten Weichen, um eine gute Positionierung am Finanzmarkt der CEE-Länder zu erlangen, wurden letztendlich mit der Konzernumstrukturierung der Erste Bank gekennzeichnet. Durch die Gründung der Erste Bank Holding wurden die Bankentöchter, die Ceska sporitelna, Slovenska sporitelna, Erste Bank Hungary, Erste Bank Croatia, Erste Bank Serbia, Erste Bank Österreich, Banca Comerciala Romana und die ukrainische Bank Prestige gleichrangig in die Holding aufgenommen, um die Synergien besser zu nutzen und die Marktposition auszuweiten. Der Marktanteil der Erste Bank und Sparkasse in Österreich beträgt 19 %, gemessen an den Kundeneinlagen. Mit den circa 1000 Filialen in Österreich steht vor allem die Marktführerschaft im Bereich der Privatkunden, der Firmenkunden und der öffentlichen Hand im Vordergrund. Der Fokus auf den Bereich Wertpapiere, Bau und Wohnen und Leasinggeschäfte wird auch in den Erweiterungsländern sichtbar.<sup>98</sup>

---

<sup>98</sup> Vgl. Erste Bank – Milestones – Geschichte Erste Group online unter:  
[https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?\\_nfpb=true&\\_urlType=action&LABEL\\_MAIN\\_sh=c3839a997f0c5c69d2abe472e5fb0906&LABEL\\_MAIN\\_zz=17030.290183184923&LABEL\\_MAIN\\_pc=1&cci=09002ee2806202a9&desk=sparkasseat\\_de\\_0198&navigationId=021349718996612190000146&&popup\\_w\\_webc\\_url=Channels/Wir\\_ueber\\_uns/Geschichte/geschichte\\_milestones\\_pg.akp&popup\\_desk=sparkasseat\\_de\\_0198&otherPopup=1&\\_windowLabel=LABEL\\_POPUP\\_1](https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?_nfpb=true&_urlType=action&LABEL_MAIN_sh=c3839a997f0c5c69d2abe472e5fb0906&LABEL_MAIN_zz=17030.290183184923&LABEL_MAIN_pc=1&cci=09002ee2806202a9&desk=sparkasseat_de_0198&navigationId=021349718996612190000146&&popup_w_webc_url=Channels/Wir_ueber_uns/Geschichte/geschichte_milestones_pg.akp&popup_desk=sparkasseat_de_0198&otherPopup=1&_windowLabel=LABEL_POPUP_1) [28.10.2008]

Abbildung 9: Historische Entwicklung der Erste Bank



Quelle: Erste Group<sup>99</sup>

### 4.3 Die Geschichte der Raiffeisenbank

Friedrich Wilhelm Raiffeisen legte mit der Gründung des Darlehenskassen-Vereins im Jahre 1862, den Grundstein der heutigen Raiffeisengenossenschaften. Der Zweck war die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Bürger. Die Prinzipien der Bank wurden durch das Giebelkreuz ausgedrückt, welches das Symbol für Sicherheit darstellt. Im Sinne des Gründers verfolgen die Raiffeisenbanken folgenden Prinzipien: gegenseitigen Hilfe, Selbstverwaltung der Genossenschaft seitens der Mitglieder, Solidarhaftung und der Verfolgung gemeinsamer Ziele um eine dauerhafte wirtschaftliche Verbesserung zu erlangen. Die Genossenschaftliche Zentralbank (GZB) wurde 1927 gegründet, welche schließlich 1989 den Namen Raiffeisen Zentralbank Österreich AG erhielt. Heute

<sup>99</sup> [http://www.kestgroup.com/sPortal/ebgroup\\_de\\_0196\\_ACTIVE/Downloads/About\\_us/Erste\\_Group\\_History.pdf](http://www.kestgroup.com/sPortal/ebgroup_de_0196_ACTIVE/Downloads/About_us/Erste_Group_History.pdf) [14.08.2008]

zählt sie zu den führenden Kommerz- und Investmentbanken und betreut vor allem Großunternehmen im In- und Ausland, multinationale Unternehmen und Finanzdienstleister.<sup>100</sup>

Als drittgrößter Bankkonzern sieht sich das Institut nicht nur in Österreich heimisch, sondern hat auch im CEE-Raum und Asien Wurzeln geschlagen. In Zentral- und Osteuropa erstreckt sich das Filialnetz von 3.015 Geschäftsstellen und der Betreuung von 13,6 Mio. Kunden im Segment des Retail-Banking-Geschäft auf 17 Wachstumsmärkten, dazu gehören von Albanien, Weiß-Russland, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Kosovo, Kroatien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien, Slowakei, Slowenien, Tschechien, Ukraine und Ungarn.<sup>101</sup>

Die Raiffeisengruppe ist in drei Stufen gegliedert, wobei die RZB das Spitzeninstitut und gleichzeitig die dritte Stufe bildet. Die erste Stufe wird von den selbständigen und lokalen Raiffeisenbanken gebildet, die sich hauptsächlich in der Betreuung von Privatpersonen auszeichnen. Die einzelnen Landesbanken, welche die zweite Stufe bilden, sprechen hauptsächlich Klein- und Mittelunternehmen (KMU) und teilweise Großkunden an. Die Institute der zweiten Stufe übernehmen den Liquiditätsausgleich und weitere zentrale Dienstleistungen für die Raiffeisenbanken ihres Wirkungsbereiches und agieren darüber hinaus als selbständige Universalbanken.<sup>102</sup>

**Abbildung 10: Struktur der Raiffeisen Bankengruppe**



Quelle: RZB<sup>103</sup>

<sup>100</sup> Vgl. RZB Geschäftsbericht 2003, S. 34

<sup>101</sup> Vgl. RZB Geschäftsbericht 2007, S. 61

<sup>102</sup> Vgl. RZB Geschäftsbericht 2005, S. 34 f

<sup>103</sup> RZB Group Geschäftsbericht 2007, S. 71

## 5 Expansion im Bankenbereich

### 5.1 Ziele der Internationalisierung

Die Vergangenheit hat uns eine Vielzahl von Gründen für Expansionen gezeigt: der wirtschaftliche Wandel im Hinblick auf die Vereinheitlichung der Währung und der Fall von Grenzen; die gesteigerte Kaufkraft der Bevölkerung; der wirtschaftliche Aufschwung eines Landes nach einem Krieg; das gesteigerte und/oder veränderte Nachfrageverhalten nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen seitens der Bevölkerung usw. Nichts desto Trotz bedeutet die Expansion für Kreditinstitute die Eroberung und Platzierung in fremden Märkten und die Erstreckung der Reichweite ihrer Geschäftstätigkeiten und damit ein besseres, schnelleres und effizienteres Anbringen ihrer Produkte und Dienstleistungen. Immer unter Anbetracht der Einhaltung der Oberziele des Kreditinstitutes, steht das Gewinn- bzw. Rentabilitäts- und das Sicherheitsstreben an oberster Stelle.<sup>104</sup>

#### 5.1.1 Offensive Zielausrichtung

Durch offensive Markterweiterung will man den Marktanteil durch Gewinnung neuer Kunden im Inland als auch im ausgesuchten Domizilland ausbauen. Die dort entstehenden Auslandsfilialen und Tochtergesellschaften sollen vor allem Neukunden akquirieren und als Stammkunden gewinnen, mit denen man vom Heimatland keine Geschäfte hätte tätigen können. Der gewünschte Marktanteilvergrößerungseffekt bedeutet allerdings, dass man die Kunden eines schon bestehenden Konkurrenten im Domizilland abwirbt. Spricht man von den schon bestehenden Konkurrenten als heimische Kreditinstitute, so hat man als neuer internationaler Konkurrent auf dem heimischen Markt meist einen Vorteil im Angebot der Leistungsprogramm und Produktpalette. Bei ebengleichen Kreditinstituten, die auch in dieses Domizilland expandieren, kann man

---

<sup>104</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 506

gegebenenfalls nur durch einen Preisvorteil eine Marktanteilerweiterung erzielen.<sup>105</sup>

### 5.1.2 Defensive Zielausrichtung

Hierbei soll vor allem der bestehende Kundenstock erhalten bleiben, die Sicherung und Intensivierung der Kundenverbindung steht hier im Vordergrund. Weiters will man sich nicht die Refinanzierungsmöglichkeiten in Fremdwährungen, die ausländische Kunden mit sich bringen, nicht abhanden lassen kommen. Damit die Kunden nicht an international tätigen Kreditinstituten verloren gehen, wird es sinnvoll sein schon im Vorfeld Auslandsfilialen, und die damit verbundenen Kontaktmöglichkeiten, auszubauen.<sup>106</sup>

### 5.1.3 Erweiterung der Einlagengeschäfte

Ein weiter Grund für die Internationalisierung, ist auch die Steigerung der Transaktionen der Banken, die für eigene Rechnung getätigt werden. Weiters wird auch der Wertpapierhandel auf mehrere Märkte ausgeweitet. Dies bringt neben der Verbreitung der zeitlichen Verfügbarkeit (durch den Zeitunterschied der verschiedenen Finanzmärkte) auch einen Diversifikationseffekt des Anlageportfolios.<sup>107</sup>

### 5.1.4 Ertragsausgleich

Internationale Kreditinstitute können durch das internationale Bankgeschäft einen erheblichen Ertrag aus dem Auslandsgeschäft erzielen, wobei nationale Banken nur von den Erträgen aus dem Inland abhängig sind. So lassen sich auch Risiken besser abdecken bzw. die Erträge mit den Verlusten aus dem Aus- und Inlandsgeschäft ausgleichen.<sup>108</sup>

---

<sup>105</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 507

<sup>106</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 507 f

<sup>107</sup> Vgl. Büschgen 1998, S. 605

<sup>108</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 508

### 5.1.5 Bonitätsrisikoverringerung

Bei Auslandskrediten ist das Kreditinstitut immer großen Ausfallsrisikos ausgesetzt, die es zu minimieren gilt. Das Bonitätsrisiko und das Länderrisiko spielen hier eine wichtige Rolle. Kreditinstitute, die im Ausland eine Niederlassung haben, haben die Möglichkeit, Informationen über die Bonität der Schuldner als auch über die politische und wirtschaftliche Lage des Landes einfacher und leichter einzuholen. Damit können sie sich schneller an neue Situationen anpassen und vorbeugende Maßnahmen setzen.<sup>109</sup>

### 5.1.6 Steuerliche Aspekte

Nicht ungern wird die Standortwahl von Niederlassungen aufgrund von steuerlichen und rechtlichen Vorteilen ausgewählt. Die Erleichterung im Bezug auf rechtliche Gegebenheiten bei der Gründung oder auch durch Fehlen direkter Steuerabgaben im Domizilland (z.B.: der Einkommens- und Körperschaftssteuer oder niedrigere Steuersätze als im Heimatland) oder auch durch geringer bankenaufsichtsrechtlichen Bestimmungen, regen auch zur Expansion in gewisse Regionen an.<sup>110</sup>

### 5.1.7 Image-Aspekte

Bei der Expansion in fremde Märkte spielt auch das Ansehen einer Bank eine wichtige Rolle. Dabei stellt man die Grundlegende Frage, wie wirkt sich das Ansehen des Kreditinstitutes im Bezug auf den neuen Standort aus und wie identifizieren sich die bestehenden Kunden mit dieser Entscheidung. Es wird meist mit einer Steigerung des Ansehens beim Kunden und auch in der internationalen Bankenwelt angesehen, da dies auch ein Zeichen von Stärke und Wachstum ausstrahlt. Weiters wird oft der Prestigefaktor als Anlass genommen, um den Pionier-Effekt in einem neuen Markt auszunutzen.<sup>111</sup>

---

<sup>109</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 508

<sup>110</sup> Vgl. Büschgen, 1998, S. 606 f

<sup>111</sup> Vgl. Büschgen, 1998, S. 607

## 5.2 Strategieentscheidungen zum Markteintritt

Die strategische Positionierung von Kreditinstituten im Fall von Expansion, ist von größter Bedeutung. Einerseits wird hier nach geographischen Schwerpunkten der Tätigkeiten und andererseits nach Leistungsprogramm unterschieden.

Die Global Player (oder Mega-Banken) haben ein weit gefächertes Leistungsangebot für ihre Firmenkunden und haben im heimischen Markt oft ein gut laufendes Retail Banking Geschäft. Diese Strategie bleibt aufgrund ihrer hohen Intensität den wirklich großen vorbehalten. In Zeiten der Diversifikation und Spezialisierung bleibt hier die Überlegung in wie weit sich eine Global Player Rolle verwirklichen lässt, oder sollte sich doch der Focus auf bestimmte Geschäftsbereich herauskristallisieren, die einem Vorteile am Markt schaffen soll. Die Unternehmensphilosophie diktieren oftmals bei einer Internationalisierung, ob das reichhaltige Leistungsangebot auch im internationalen Bereich den Kunden angeboten wird, dabei setzt man allerdings auch voraus, dass die traditionellen Dienstleistungen, wie das Kreditgeschäft, der internationale Zahlungsverkehr und kommerzielle Auslandsgeschäfte, weiterhin offeriert werden. Jedoch ermöglicht der Einsatz von qualitativ, hochwertigen und nicht-traditionellen Leistungen, wie z.B. Corporate Finance, Leveraged (buy outs), Portfolio-Management usw. den Aus- und Aufbau von Kundenbeziehungen.<sup>112</sup>

Nutzt man den neuen Markt nur hinsichtlich der Vermittlungs- und Handelstätigkeiten, so kann auf diesem Sektor, vor allem mit dem Einsatz von neuen technologischen Mitteln, einen Marktvorteil ausgebaut werden. Dies ergibt sich durch Einsparungen der Präsenzen im neuen Markt. Ist der Zielmarkt in einem unterschiedlichen Währungsraum und richtet sich das Leistungs- und Angebotssektor auch danach, lassen sich Präsenzen nicht vermeiden.<sup>113</sup>

---

<sup>112</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 509

<sup>113</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 510

### 5.3 Standortentscheidungen

Die Wahl des Standortes im Ausland ist mit hohen Investitionskosten verbunden, ganz im Gegenteil zu einer Standortwahl im Inland. Bei der grundlegenden Überlegung, wird vorab geklärt, ob die Expansionsgründe rentabilitäts- oder standingorientiert sind. Bei rentabilitätsorientierten Überlegungen wird das Augenmerk auf die Aspekte des Marktpotentials, in Bezug auf die Absatzmöglichkeiten der Produkte und Dienstleistungen als auch für die Beschaffungsmöglichkeiten von nötigen Produktionsfaktoren, gerichtet. Hingegen stehen bei standingorientierten Überlegungen das zu erlangende Image und andere nicht direkt berechenbare Faktoren im Vordergrund.<sup>114</sup>

Allenfalls sind klassische Aspekte wie die politische Stabilität des Landes und die Gegebenheiten von institutionellen und rechtlichen Rahmenbedingungen immer von großer Bedeutung.

### 5.4 Organisationsformen bei Expansion

Bedeutsam bei der Expansion ist das Zusammenwirken von individuellen Stärken um die Gegebenheiten des Neueroberten bestmöglich auszuschöpfen. Durch die Erschließung neuer Märkte folgt die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit. Das Schlüsselwort in diesem Zusammenhang ist "strategische Allianzen".<sup>115</sup> Prinzipiell lassen sich diesbezüglich Kooperationen mit anderen Banken eingehen oder man wählt den Weg der Eigenständigkeit.

Bei der **Kooperationsstrategie** lassen sich die Möglichkeiten aufgrund ihrer Beteiligungsformen klassifizieren:<sup>116</sup>

- Korrespondenzbankverbindungen
- Minibeteiligung
- Konsortiumbanken

---

<sup>114</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 512

<sup>115</sup> Vgl. Büschgen, Düsseldorf 1997, S. 760

<sup>116</sup> Vgl. Diefenbach, 1990, S. 109

- Gemeinschaftsinstitute
- Joint Ventures

Verfolgt man die **Going-alone-Strategie**, also geht man eigenständig in den neuen Markt gibt es folgende Möglichkeiten:<sup>117</sup>

- Repräsentanzen
- Auslandsfilialen
- Auslandstochtergesellschaften (Mehrheitsbeteiligung)
- Internationalisierung mittels Mergers und Acquisitions (M&A)

### 5.4.1 Kooperationsstrategie

Will man einen ausländischen Markt betreten, sind jedoch die rechlichen Gegebenheiten nicht vorhanden bzw. kann der Alleingang aus Kostengründen nicht vorgenommen werden, sind Kooperationen mit heimischen Instituten einzugehen. Dies ist eine gute Eintrittsmöglichkeit auf den gewünschten Domizilmarkt, um die Erweiterung des Produktangebotes, die Steigerung von Synergieeffekten durch Partnerbanken zu erlangen und dabei den Vorteil der Risikoreduzierung auszuschöpfen. Weiter kann der nötige Informationsmangel bezüglich Zulassungsbeschränkungen und lokalen Bestimmungen durch Beteiligungen ausgeglichen werden.<sup>118</sup>

#### 5.4.1.1 Korrespondenzbankverbindungen:

Wenn zwei oder mehrere Kreditinstitute gegenseitig für einander Bankgeschäfte ausführen, spricht man von Korrespondenzbankverbindungen. Dieser Verbindung zwischen ausländischen und inländischen Kreditinstituten ergibt sich aus der Dringlichkeit eines grenzüberschreitenden Zahlungsverkehrs. Die grenzüberschreitende Waren- und Dienstleistungsgeschäfte und Kapitalflüsse setzen ein internationales Zahlungsverkehrsnetz voraus. Zu diesem Zwecke

---

<sup>117</sup> Vgl. Diefenbach, 1990, S. 109 f

<sup>118</sup> Vgl. Büschgen, 1999, S. 209

haben sich Korrespondenzbankensysteme gebildet, welche diese Transaktionen untereinander abwickeln.<sup>119</sup>

Eine wichtige Voraussetzung dafür, ist das Bestehen einer LORO-NOSTRO-Kontoverbindung in der jeweiligen Landeswährung. Hat ein ausländisches Kreditinstitut bei einer inländischen Korrespondenzbank ein Konto, so nennt man dieses LORO-Konto und das eigene Konto bei der Korrespondenzbank ist das NOSTRO-Konto.<sup>120</sup>

Eine einfache Agenturvereinbarung (agency arrangements) zwischen den Kreditinstituten ermöglicht auch ohne direkte Kontoverbindung die Abwicklung des Zahlung-, Verrechnungs- und des Dokumentenverkehrs. Diese Organisationsform hat in der heutigen Zeit an Bedeutung verloren, da durch Filialen, Niederlassungen und Tochtergesellschaften der Organisationsfluss und Zahlungsverkehr erleichtert wurde.<sup>121</sup>

#### 5.4.1.2 *Minibeteiligung*

Wie der Name schon aussagt, handelt es sich hier um eine prozentuell geringe Beteiligung an einem Kreditinstitut. Aufgrund der geringen Beteiligungsquote ergibt sich auch ein geringes bis kein Mitsprache- und Kontrollrecht, jedoch ist eine vertragliche abweichende Vereinbarung möglich. Durch eine Minibeteiligung soll vor allem die sicher Abwicklung der Außenhandelsgeschäfte und die Markterschließung gewährleistet sein.<sup>122</sup>

#### 5.4.1.3 *Konsortiumbanken*

Bei dieser Art von Gemeinschaftsgründungen von mehreren Banken handelt es sich meistens um Spezialinstitute, welche durch ihre internationalen Zusammenschlüsse unterschiedliche Stärken wie zum Beispiel Know-How, Refinanzierungspotenzial und Platzierungskraft, anstreben. Weiters soll eine optimale Unternehmensgröße erreicht werden und dabei das Risiko geteilt werden. Die Kontrolle und Mitbestimmung ist bei dieser Art der Vertretung stärker gegeben. Jedoch kann sich, bei ausreichend erlangter Leistungsfähigkeit der einzelnen Gesellschaftsbanken, die Problematik ergeben, dass die Ziele und

---

<sup>119</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 20

<sup>120</sup> Vgl. Büschgen, 2006, Beg.: Lorokonto, Loroverbindlichkeit, -verpflichtung, S 635

<sup>121</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 20 f

<sup>122</sup> Vgl. Diefenbach, 1990, S. 111

Interessen der Einzelnen differenzieren und diese eigenständig die Geschäftsabwicklungen und Risiken bewältigen wollen.<sup>123</sup>

#### 5.4.1.4 *Gemeinschaftsinstitute*

Die Gemeinschaftsinstitute sind aus einer Weiterentwicklung der Korrespondenzbankverbindungen entstanden. Die Kunden sollen vor allem die Möglichkeit haben, die gleichen Dienstleistungen und Vorteile der inländischen Hausbank von den Partnerbanken im Ausland zu nutzen. Der Wiedererkennungswert soll dazu beitragen, dass das bekannte Leistungsspektrum von den Instituten in Anspruch genommen wird.<sup>124</sup>

#### 5.4.1.5 *Joint Ventures*

Bei dieser Art der strategischen Allianz gründen die beteiligten Kreditinstitute einen neuen rechtlich unabhängige Gesellschaft. Dabei ist die Beteiligung unter den Partnerbanken gleichmäßig aufgeteilt. Auch hier sprechen die Organisationsziele - Risikoteilung, Erweiterung des Leistungsangebotes und Verschmelzung der Erfolgsfaktoren – für diese Alternative der Kooperation mit Beteiligung. Im Gegensatz zu Kooperationen ohne Beteiligung, ergibt sich hier der Vorteil des anfänglichen geringeren finanziellen Engagements, der schnelleren Markterschließung und des leichteren Markteintritts. Dem jedoch steht der hohe Koordinationsbedarf mit den dazugehörigen Kosten gegenüber.<sup>125</sup>

### 5.4.2 **Going-alone-Strategie**

Zur eigenständigen Markterschließung zählen die Gründung von Repräsentanzen, Auslandsfilialen und Auslandstochtergesellschaften sowie die Internationalisierung mittels Mergers and Acquisitions (M&A).

#### 5.4.2.1 *Repräsentanzen*

Zur eigenständigen Vertretung im Domiziland eignen sich Repräsentanzen. Diese einfachste Variante der Vertretung im Ausland im Namen der Muttergesellschaft,

---

<sup>123</sup> Vgl. Büschgen, 2003, S. 208

<sup>124</sup> Vgl. Diefenbach, 1990, S. 113, ursprünglich in Büschgen 1983a, S.196; Dicken, Ramnitz 1973, S.22-23

<sup>125</sup> Vgl. Büschgen, 1999, S. 304

dient in erster Linie der Informationsbeschaffung und Kontaktanknüpfung.<sup>126</sup> Jedoch tätigt die Repräsentanz selbst keine Bankgeschäfte, sie fungiert eher als Vermittler zwischen der ausführenden Gesellschaft und dem Kunden im Ausland. Bei geringer oder keiner Marktkenntnis oder bei gesetzlichen Einschränkungen ist dies der erste Schritt in einen Auslandsmarkt. Als wesentlicher Nachteil dieser Form der Präsenz, steht die zeitliche Verzögerung bei Geschäftsabschlüssen dem geringen Kapitaleinsatz gegenüber.<sup>127</sup>

#### 5.4.2.2 Auslandstochtergesellschaften (Mehrheitsbeteiligungen)

Diese rechtlich selbständigen Institute sind bankenaufsichtsrechtlichen aber auch sonstigen gesetzlichen Bestimmungen des Domizillandes vollkommen unterlegen. Da jedoch eine Konsolidierung der Tochter mit der Mutter vorgenommen wird, werden die heimischen Bestimmungen in Betracht genommen. Die Erfolge oder Misserfolge der Auslandstochtergesellschaft schlagen sich im Konzernabschluss nieder. Weiters ist die Muttergesellschaft meist zu 100 Prozent an der Tochter beteiligt und trägt auch die Verantwortung für die Geschäftsführung. Da die Gründung einer Tochtergesellschaft einen beträchtlichen Kapitalaufwand bedeutet, sind in diesem Zusammenhang die Steuervorteile und andere begünstige rechtlichen Rahmenbedingungen des Domizillandes, als solche zu erwähnen, die für diese Art der Expansion sprechen. Solche Offshore-Plätze, welche als Kennzeichen ihre günstigen Steuerrechte und ein liberales Bankenaufsichtsrecht oder gar fehlende notenbankpolitische Reglementierungen (Mindestreserve, Kapitalverkehrsbeschränkungen) haben, sind populäre Gründungsländer für Tochtergesellschaften von international operierenden Banken.<sup>128</sup>

Wichtig ist ein sicheres und stabiles wirtschaftliches und politisches Umfeld. Traditionelle Offshore-Plätze im europäischen Raum sind zum Beispiel Lichtenstein, Luxemburg, Gibraltar, Monaco, Andorra, die Kanalinsel Jersey und Guernsey.<sup>129</sup> Offshore banking im amerikanischen-karibischen Raum wird vor allem auf den Caymen Islands, den Bahamas, Panama, den Niederländischen Antillen und Barbados sowie Bermudas betrieben.<sup>130</sup>

---

<sup>126</sup> Vgl. Büschgen, 2003, S. 209

<sup>127</sup> Vgl. Diefenbach, 1990, S. 115f

<sup>128</sup> Vgl. Büschgen, 2001, S. 210f

<sup>129</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 256ff

<sup>130</sup> Vgl. Büschgen, 1997, S. 266

#### 5.4.2.3 Auslandsfilialen

Im Gegensatz zu den Auslandstöchtern sind die Auslandsfilialen von der Muttergesellschaft finanziell abhängig und kein rechtlich selbständiges Institut. Aufgetreten wird unter dem Namen der Muttergesellschaft und tätigen das operative Geschäft auch im Namen der Mutter, was sich im Jahresabschluss auch widerspiegelt. Durch die rechtliche Unselbständigkeit der Tochter, haftet die Muttergesellschaft unmittelbar für die eingegangen Verbindlichkeiten und übernommenen Risiken. Die Gründung von Auslandsfilialen und auch Auslandstochergesellschaften wurde im EU-Wirtschaftsraum durch die Einführung des EU-Passes erheblich vereinfacht und ermöglicht dadurch die schnellere Markterschließung für alle Geschäftsbereiche von Kreditinstituten.<sup>131</sup>

#### 5.4.2.4 Internationalisierung mittels Mergers & Acquisitions (M&A)

Die Akquisition ausländischer Gesellschaften bzw. die Fusion mit ausländischen Kreditinstituten stellt eine weitere Form der Expansion dar. Im Gegensatz zur Kooperationsstrategie verfolgt man hierbei die vollständige Übernahme des ausländischen Unternehmens, dabei wird das übernommene Kreditinstitut dem übernehmenden untergeordnet. Dabei übernimmt man die schon vorhandene Infrastruktur, die Marktanteile, die Kompetenzen und das Know-How der bisherigen Bank, was zu einer schnelleren Markterschließung führt. Ein wesentlicher Vorteil der M&A-Strategie ist der Wegfall von kostenintensiven und schwierigen Neukundengewinnungsmaßnahmen und die Entfaltung von Synergieeffekten. Als Nachteil dieser Form der Expansion ist, dass mit der Übernahme des Kreditinstitutes auch die Risiken der Bank übernommen werden, deren Ausmaße im Vorfeld nicht oder nur schwer absehbar sind. Nicht zu vergessen sind auch die benötigten finanziellen Ressourcen, die einerseits durch den Übernahmepreis und andererseits durch die Anbahnungs-, Abwicklungs-, und Beratungskosten anfallen. Dies implementiert, dass diese Strategie vorwiegend durch große international tätige und finanzstarke Unternehmen verfolgt wird.<sup>132</sup>

---

<sup>131</sup> Vgl. Diefenbach, S. 118f

<sup>132</sup> Vgl. Büschgen, 1999, S. 330 f

## 6 Serbien

### 6.1 Politische Situation

Abbildung 11: Länderkarte Serbien



Quelle: WIIW<sup>133</sup>

Die Republik Serbien entstand durch die Abspaltung von Montenegro im Jahre 2006, welches durch das Unabhängigkeitsreferendum in dem damaligen Staatenbund Serbien und Montenegro (SCG) durch eine knappe Mehrheit von 55,50 % der Bevölkerung beschlossen wurde. Es ist der größte Nachfolgestaat des ehemaligen Jugoslawiens mit einer Fläche von 88.361 km<sup>2</sup><sup>134</sup> und einer Einwohnerzahl von 7,4 Mio. (allerdings ohne die Provinz Kosovo und Metohia)<sup>135</sup>. Noch vor 20 Jahren war Serbien Teil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawiens (SFRJ), welches ein Vielvölkerstaat war. Es stellte geografisch und kulturell gesehen, eine Verbindung zwischen Süd-Osteuropa und Mitteleuropa dar.

<sup>133</sup> Wiener Institute für Internationale Wirtschaftsvergleiche online unter: <http://www.wiiw.ac.at/e/serbia.html> [07.01.2009]

<sup>134</sup> Vgl. Statistical Yearbook of Serbia 2008, S. 18

<sup>135</sup> Vgl. Statistical Yearbook of Serbia 2008, S. 69

Die SFRJ, welche nach dem zweiten Weltkrieg gegründet wurde, bestand aus sechs Teilrepubliken - Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina, Serbien, Montenegro und Mazedonien und den zwei autonomen Provinzen. Diese autonomen Provinzen, Kosovo und Metohia und Vojvodina waren ein ungeteilter Teil der Republik Serbiens.<sup>136</sup>

**Tabelle 5: Erscheinungsformen der Republik Serbien 1882-2006**

Bezeichnung	Dauer	Abkürzung
Königreich Serbien	1882 - 1918	SHS-Staat
Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen	1918 - 1929	SHS-Staat
Königreich Jugoslawien	1929 - 1945	SHS-Staat
Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien	1945– 1991/92	SFRJ
Bundesrepublik Jugoslawien	1992 – 2003	BRJ
Staatenbund Serbien und Montenegro	2003 - 2006	SCG
Republik Serbien	seit Juni 2006	RS

Quelle: Regierung Republik Serbien, eigene Darstellung<sup>137</sup>

Der endgültige Zerfall wurde durch die Unterzeichnung des Dayton-Friedensabkommens am 21. November 1995 besiegelt. Dieses Abkommen sollte den vier jährigen Bürgerkrieg zwischen Serbien-Kroatien-Bosnien endlich ein Ende setzen und Frieden in die Region bringen. Das Dayton-Abkommen richtete sich auf die Aufteilung Bosniens in die Föderation von Bosnien und Herzegowina und die Republika Srpska. Weiter wurde, wegen der schon anhaltenden Problematik des Kosovos, dieser de jure als Bestandteil Serbiens festgehalten, de facto wurde es zum Protektoratsgebiet der Vereinten Nationen.<sup>138</sup>

Während dieser Jahre belegten die EU und die UNO Serbien mit Wirtschaftssanktionen und Embargos. Diese Wirtschaftssanktionen gegen Serbien sollten schrittweise aufgehoben werden. Doch solange das Milosevic-Regime in Serbien herrschte, war dies nicht der Fall. Die Präsidentschaftswahlen im

<sup>136</sup> Vgl. Regierung Republik Serbien 1997-2001 online unter:

<http://www.srbija-info.yu/cinjenice/srednjivek.html> [14.01.2009]

<sup>137</sup> Vgl. <http://www.srbija-info.yu/cinjenice/srednjivek.html> [14.01.2009]

<sup>138</sup> Vgl. Dayton-Friedensabkommen online unter: <http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abreueung/KonfRueKontrolle/Dayton.html> [14.01.2009]

September 2000 waren eine klare Bekennung der Bevölkerung gegen Milosevic. Die Nichtanerkennung des Wahlergebnisses brachte schließlich, mit der Oktober Revolution am 5. Oktober 2000, Milosevic zu Fall. Das Parteienbündnis DOS (Demokratische Opposition Serbiens, bestehend aus 18 Parteien), mit dem Spitzenkandidat Vojislav Kostunica, konnte mit 50,24 % der Wählerstimmen, die Wahlen für sich entscheiden.<sup>139</sup>

**Tabelle 6: Resultate der Präsidentschaftswahlen September 2000 in Serbien**

Ergebnis der Präsidentschaftswahl SIK: 26.10.2000 (Endergebnis)		
<b>Kostunica</b>	<b>2.470.304</b>	<b>50,24%</b>
<b>Milosevic</b>	<b>1.826.799</b>	<b>37,15%</b>
<b>Nikolic</b>	<b>289.013</b>	<b>5,88%</b>
<b>Mihailovic</b>	<b>145.019</b>	<b>2,95%</b>
<b>Vidojkovic</b>	<b>45.964</b>	<b>0,93%</b>

Quelle: B92<sup>140</sup>

Die Wiederaufbereitungsmaßnahmen zur Herstellung eines Rechtsstaates konnte nun beginnen. Vorrangig war die Wiederaufnahme in den internationalen Institutionen wie der UNO, der OSZE, dem Weltwährungsfond, der Weltbank, dessen Ausschluss die Folgen der Bürgerkriege und des Milosevics Regimes waren. Ein bedeutsamer Schritt in diesem Zusammenhang war die Auslieferung des ehemaligen Präsidenten Slobodan Milosevic an den Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), dem Kriegsverbrechertribunal in Den Haag, im Jahre 2001.

Zu einer weiteren kriegerischen Auseinandersetzung kam es in der Provinz Kosovo und Metohija im Jahre 1999. Schließlich wurde diese, wie schon erwähnt 1995 unter das Protektorat der UN gestellt. Der Plan der Vereinten Nationen war es, dem Kosovo eine Grundlage für wirtschaftliche, politische und rechtsstaatliche Stabilität zu ermöglichen.

Der Kosovo ist heute ein Staat, dessen rechtliche Grundlage noch immer nicht zur Gänze geregelt ist. Nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovos, am 17.

<sup>139</sup> Vgl. B92 online unter: <http://www.b92.net/izbori2000/index.phtml> [25.12.2008]

<sup>140</sup> <http://www.b92.net/izbori2000/index.phtml> [25.12.2008]

Februar 2008, brachte Serbien die Angelegenheit vor den UN-Sicherheitsrat und bestreitet noch heute die Legalität dieser Unabhängigkeitserklärung und dessen Anerkennung. Serbien bezieht sich dabei auf den UN-Sicherheitsratsbeschluss 1244 (Resolution 1244), laut welches Kosovo völkerrechtlich weiterhin zu Serbien gehört.<sup>141</sup> Im UN-Sicherheitsrat fehlte es an einer einstimmigen Entscheidung bezüglich der Anerkennung der Unabhängigkeitserklärung, es wurde jedem Mitgliedsland überlassen eine Entscheidung dazu treffen. Die Anerkennung Kosovos zieht folgende Probleme mit sich: die Gefährdung der Einheit der EU; das Prinzip der internationalen Legitimität und damit die Autorität der Vereinten Nationen; die territoriale Integrität von diversen Staaten wie z.B. Zypern, Türkei, Spanien, Georgien, Irak, Rumänien, Bosnien und Herzegowina, welche auch das Problem der Minderheiten haben.<sup>142</sup> Kosovo feierte am 17.02.2009 den ersten Jahrestag ihrer Unabhängigkeit, Serbien dementiert die rechtliche Grundlage weiterhin.

### 6.1.1 Die serbische Regierung 2008

Die heutige Regierung Serbiens wurde am 07. Juli 2008 vom bis dato amtierenden Finanzminister, Dr. Mirko Cvetkovic, formierte. Diese besteht aus der Koalition der Wahlallianz ***Für ein europäisches Serbien*** der Wahlallianz aus Sozialistische Partei Serbien (SPS), Partei der Pensionäre Serbiens (PUPS) und der Partei Einheitliches Serbien (JS) und weiteren Minderheitsparteien. *Für ein europäisches Serbien* mit einem Wahlergebnis von ca. 39% besteht aus der Allianz der der Demokratischen Partei (DS), G17 Plus, Serbische Erneuerungsbewegung, Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina, Demokratischer Bund der Kroaten der Vojvodina und der Demokratischen Partei des Sandzak.<sup>143</sup>

Schon der Name der Allianz ***Für ein europäisches Serbien***, unter der Führung des Staatsoberhauptes Boris Tadic, besagt die eindeutige Gesinnung der Partei. Der Weg in die EU muss geebnet werden. Die Verhandlungen diesbezüglich mit

---

<sup>141</sup> Vgl. Paper der Vereinigten Nationen - Resolution 1244 online unter:  
<http://www.kosova.de/archiv/news/uno-1244-deutsch.html> [02.02.2009]

<sup>142</sup> Vgl. Pöll, "Eu schafft keine gemeinsame Linie zum Kosovo", Die Presse, Printausgabe vom 19.02.2008 online unter <http://diepresse.com/home/politik/eu/363852/index.do?from=simarchiv> und o.V., "Kosovos Unabhängigkeit spaltet die Welt – Serbien fordert die Annexion", DiePresse, vom 18.09.2008 online unter: <http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/363773/index.do?from=simarchiv> [14.02.2009]

<sup>143</sup> Vgl. CeSID online unter: [http://www.cesid.org/rezultati/sr\\_maj\\_2008/index.jsp](http://www.cesid.org/rezultati/sr_maj_2008/index.jsp) [10.01.2009]

der EU über die Unterzeichnung des Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen<sup>144</sup> (SAA) wurden schon im Jahre 2005 aufgenommen. Allerdings wurden die Verhandlungen im Mai 2006 abgebrochen, da Serbien den Kriegsverbrecher Ratko Mladic nicht an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag auslieferte. Erst ein Jahr später erfolgten die Wiederaufnahme der Verhandlungen und die Annäherung Serbien an die EU. Dies wurde von Erfüllung der internationalen Verpflichtung, zur uneingeschränkten Zusammenarbeit mit dem ICTY abhängig gemacht. Die erfolgreiche Unterzeichnung des SAA zwischen Serbien und der EU gelang erst am 28. April 2008 in Luxemburg.<sup>145</sup>

## 6.2 Wirtschaftliche Situation

### 6.2.1 Bruttoinlandsprodukt (BIP)

Nach der politischen Wende ging es um den wirtschaftlichen Wiederaufbau des desolaten Landes. Die Probleme, die es zu lösen galt, waren die Hyperinflation, hohe Arbeitslosigkeit, geringe Produktivität und nicht ausgenutzte Produktionskapazitäten, unzureichende Standard, die hohe Staatsverschuldung, insolvente Banken und Unternehmen. Die Neuausrichtung der Staatsfinanzen, eine Steuerreform, eine Privatisierungsreform, die Umstrukturierung des Bankensektors und Umschuldungsverhandlungen sollen das Wirtschaftspotential Serbiens wieder ankurbeln und ausländische Investoren ins Land holen.<sup>146</sup> Mit einer Inflation von über 100 % im Jahre 2000 wurden hohe Anforderungen an die Revitalisierung der Wirtschaft gesetzt.<sup>147</sup>

Aus Abbildung 12 und Abbildung 13 ist ersichtlich, dass nach einem kurzfristigen Aufschwung im Jahre 2000 bis 2002, welcher hauptsächlich aus dem Einsatz internationale Hilfsgelder resultierte, ein Jahr des Rückgangs folgte. Im Jahre 2003 wurde er Ministerpräsident Zoran Djindjic ermordet. Djindjic eröffnete für Serbien

---

<sup>144</sup> Das SA-Abkommen ist eine vertragliche Verpflichtung, die der EU und dem jeweiligen Land bestimmte Rechte und Pflichten einräumt. Das Stabilisierungsprogramm ist ein mit dem IMF vereinbartes Maßnahmenpaket zur Verringerung von Ungleichgewichten in der Zahlungsbilanz eines verschuldeten Entwicklungslandes. Siehe dazu Büschgen, 2006, Beg.: Stabilisierungsprogramm, S. 849

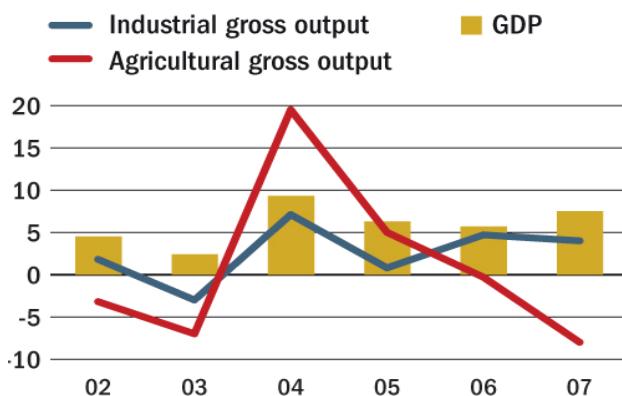
<sup>145</sup> Vgl. Europäische Kommission online unter: [http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidate-countries/serbia/eu\\_serbia\\_relations\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidate-countries/serbia/eu_serbia_relations_en.htm) [10.01.2009]

<sup>146</sup> Vgl. Investitionsleitfaden Serbien, 2005, S 10

<sup>147</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 102

eine schnellere Möglichkeit in die EU und revitalisierte das Land in seiner kurzen Amtszeit als Ministerpräsident von 2001 bis 2003. Die Bevölkerung glaubte wieder an ein offenes Serbien und schöpfte wieder Vertrauen in die Grundsätze der Demokratie. Politisch und wirtschaftlich gesehen, war die Ermordung des Ministerpräsidenten ein herber Rückschlag. Dadurch wurde der Privatisierungsprozess verlangsamt und politische Unruhen erschütterten erneut das Land. Im Jahre 2004 wurde die bedeutsamste Steigerung des BIP von 7,5 Prozent erreicht, wie aus Abbildung 12 ersichtlich. Die höchste Entwicklung seit der Wende, war das positive Resultat der Privatisierungsreform, guten landwirtschaftlichen Entwicklungen und einer hohen Industriedynamik.<sup>148</sup>

**Abbildung 12: Wirtschaftswachstum in % in Serbien 2002-2007**



Quelle: EBRD<sup>149</sup>

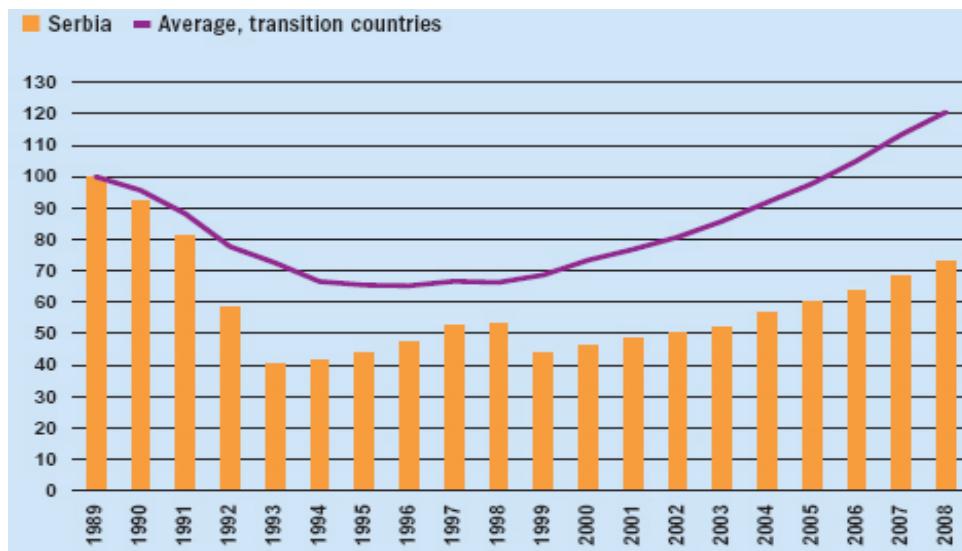
Aus Abbildung 13 sind die wirtschaftlichen Folgen des Zerfalls der SFRJ für Serbien als Nachfolgestaat erkennbar. Die Jahre der Embargos und Wirtschaftssanktionen im Lande, haben die Wirtschaftsleistung seit dem Jahr 1989 rapide sinken lassen. 1993 betrug diese nur noch 40% des Niveaus aus dem Jahre 1989. Dies war der Tiefstand der letzten 20 Jahre. Diesen Rückgang konnte Serbien bis heute, 20 Jahre später, nicht ausgleichen. Ab dem Jahre 2000 ist ein konstanter Aufschwung ersichtlich, durchschnittlich um fünf Prozent im Jahr. In den Jahren 2000 bis 2008 wurde jedoch im Jahr 2003, aus den schon genannten Gründen, die geringste Wachstumsrate von knapp 2,5 Prozent verzeichnet. Ab 2004 konnte wieder eine Steigerung der Wirtschaftsleistung erreicht werden. Diese

<sup>148</sup> Vgl. Investitionsleitfaden Serbien, 2005, S. 10

<sup>149</sup> Serbia Country Factsheet of EBRD, 4. Quartal 2008

Entwicklung wird in Serbien laut EBRD und dem Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW) gemäß der Veröffentlichung vom 04.07.2008 (siehe Abbildung 14) auch anhalten.<sup>150</sup>

**Abbildung 13: Entwicklung BIP in Serbien 1989-2008 (1989 = 100)**



Quelle: EBRD<sup>151</sup>

Bis zum Ende des Jahres 2008 konnte die Wirtschaftsleistung auf 50 Prozent des Niveaus aus dem Jahre 1989 angehoben werden. Das reale BIP-Wachstum im Jahre 2007 betrug 7,5 Prozent und 2008 wurde mit über zehn Prozent gerechnet. Für das Jahr 2009 ist unter Anbetracht der globalen Finanzkrise eine Verlangsamung des Wirtschaftswachstums anzusehen. Nichts desto trotz wird Serbien von der EBRD auch weiterhin als große Chancenmarkt für ausländische Investoren bezeichnet.<sup>152</sup>

Die Prognose des WIIW verheißt insbesondere für die Länder Zentral-, und Südosteuropa ein besseres Wirtschaftswachstum für die kommenden Jahre, als für die EU-Mitgliedsländer. Dies lässt sich durch den Transformationsprozess an sich erklären. Länder, die Veränderung in der jüngsten Vergangenheit durchmachen mussten, sind dynamischer und werden die jetzige Krise schneller überwinden und besser überstehen.

<sup>150</sup> Vgl. EBRD – Serbia economic overview online unter:

<http://www.ebrd.com/country/country/serbia/econo.htm> [12.02.2009]

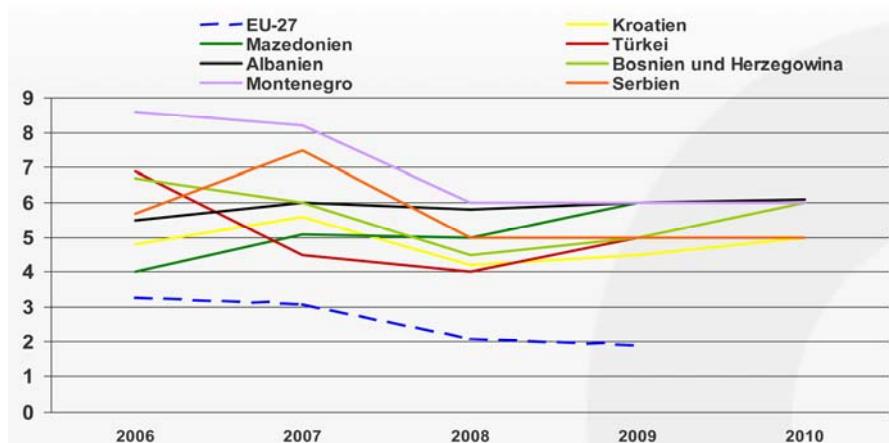
<sup>151</sup> <http://www.ebrd.com/country/country/serbia/econo.htm> [12.02.2009]

<sup>152</sup> Vgl. EBRD – Serbia economic overview online unter :

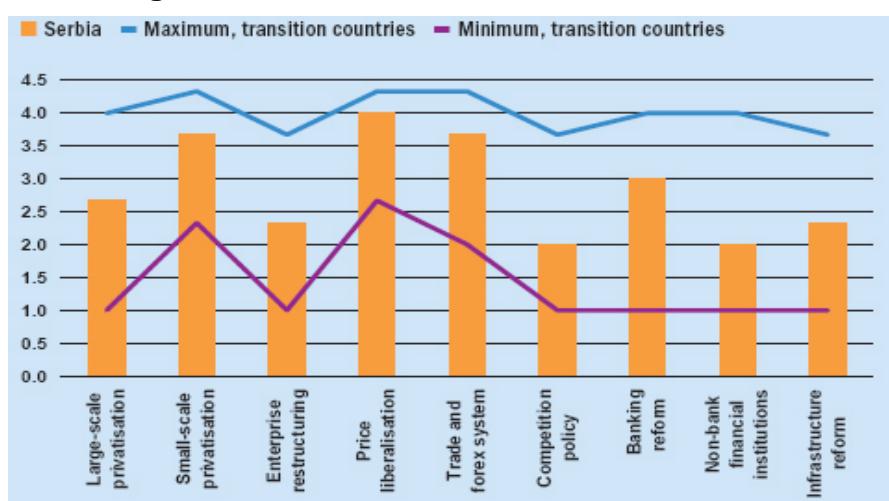
<http://www.ebrd.com/country/country/serbia/econo.htm> [12.02.2009]

**Abbildung 14: BIP-Wachstum der SOE, 2006-2010**

Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

Quelle: wiiw-Jahresdatenbank, Eurostat<sup>153</sup>

Die Entwicklung Serbiens erreichte im Jahre 2008 im Transformationsprozess hinsichtlich der Preisliberalisierung und der Privatisierung ein sehr hohes Niveau im Vergleich zu anderen Transformationsländer. Abbildung 15 zeigt dabei auch, den Fortschritt, den Serbien im Bereich Bankenreform erlangt hat. Es ist ein beachtliches Wachstumspotenzial vorhanden, besonders im Kreditwesen. Der Prozess der Anpassung an den EU-Durchschnitt kann daher als erfolgreich angesehen werden.<sup>154</sup>

**Abbildung 15: Transformationsindikatoren Serbiens 2008**Quelle: EBRD<sup>155</sup><sup>153</sup> [http://www.wiiw.ac.at/pdf/outlook\\_july08\\_presentation.pdf](http://www.wiiw.ac.at/pdf/outlook_july08_presentation.pdf) [15.02.2009]<sup>154</sup> Vgl. EBRD – Serbia economic overview online unter:<http://www.ebrd.com/country/country-serbia/econo.html> [12.02.2009]<sup>155</sup> <http://www.ebrd.com/country/country-serbia/econo.html> [12.02.2009]

## 6.2.2 Die Inflation und die Staatsverschuldung

Die Inflationsrate betrug laut NBS in den Jahren 2000 116,5 % und konnte auf 16,5 % im Jahre 2001 reduziert werden und betrug ein Jahr später nur noch 6,2 Prozent. Diese Leistung war das Ergebnis einer strikten Budgetpolitik und einer vorsichtigen Geldpolitik.<sup>156</sup> Ab dem Jahre 2004 wurde wieder eine zweistellige Inflation verzeichnet. 2005 betrug diese 14,5 Prozent und 2008 10,1%, wie die NBS in ihrem Bericht über die Inflation vom Februar 2008 bekannt gab. Das Ziel der NBS war es die Inflationsrate für 2008 zwischen sechs und zehn Prozent zu halten.<sup>157</sup> Aufgrund der Wirtschaftskrise geht man von einem Anstieg der Inflation für das Jahr 2009 aus. Die ausländischen Direktinvestitionen konnten von US-\$ 50 Mio. in Jahre 2000 auf US-\$ 475 Mio. im Jahre 2002 gesteigert werden.<sup>158</sup> 2005 erhöhte sich dieser Wert auf US-\$ 1.550 Mio. im Vergleich zu US-\$ 966 Mio. aus 2004.<sup>159</sup> Die Staatsverschuldung stieg ab dem Jahr 2000 von US-\$ 11,418 Mrd. bis zum Dezember 2007 auf US-\$ 26,2 Mrd. Der durchschnittliche jährliche Anstieg war 13,5 Prozent gemessen in US-\$ oder 6,2 % in Euro.<sup>160</sup>

**Tabelle 7: Makroökonomische Daten und Prognosen zu Serbien**

	2006	2007	2008	2009p	2010p
<b>BIP, Mrd. €</b>	24,3	29,1	33,8	40,5	46,0
<b>BIP pro Kopf, €</b>	3.270	3.940	4.597	5.500	6.250
<b>Reales BIP-Wachstum, %</b>	5,7	7,5	6,0	6,2	6,2
<b>Industrieproduktion, %</b>	3,5	3,3	5,8	5,3	
<b>Inflation, % am Jahresende</b>	6,6	10,1	10,1	7,7	5,6
<b>Inflation, % Jahresdurchschnitt</b>	12,7	6,8	9,0	8,7	6,6
<b>Leitzinsen, % am Jahresende</b>	14,0	10,0	17,75		
<b>Einführen, Mrd. €</b>	10,5	13,4	14,4		
<b>Ausföhren, Mrd. €</b>	5,1	6,4	6,9		
<b>Handelsbilanz, % des BIP</b>	-9,8	-13,2	-16,3	-13,8	-11,5
<b>Ausl. Direktinvestitionen, Mrd.</b>	3,4	1,6	1,7		
<b>Ausl. Direktinvestitionen, % des BIP</b>	14,0	5,5	5,0	7,4	7,4
<b>Öffentliche Verschuldung, % des BIP</b>	34,1	28,4	19,2	22,0	21,0
<b>Auslandsverschuldung, % des BIP</b>	61,3	61,0	64,2	58,5	55,6
<b>Arbeitslosenquote, %</b>	20,9	18,1	18,0	17,5	17,0

Quelle: NBS, Statistikamt der Republik Serbien, UniCredit Group CEE Research Network, The Economist Intelligence Unit, Institut für Marktstudien in Belgrad, geänderte Darstellung<sup>161</sup>

<sup>156</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2002, S. 13

<sup>157</sup> Vgl. NBS Inflationsbericht 2009, S. 7

<sup>158</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2004, S. 32

<sup>159</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2005, S. 29

<sup>160</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2007, S 40

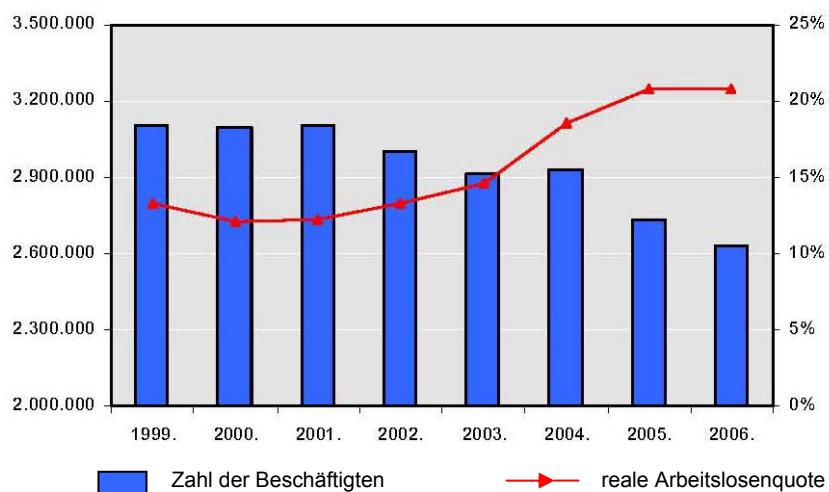
<sup>161</sup> [http://serbien.ahk.de/fileadmin/user\\_upload/DWB\\_Market\\_Briefing\\_Serbien\\_01-2009.pdf](http://serbien.ahk.de/fileadmin/user_upload/DWB_Market_Briefing_Serbien_01-2009.pdf) [16.02.2009]

### 6.2.3 Die Arbeitslosenrate

Die Zahl der Beschäftigten in Serbien ist, wie aus Abbildung 16 ersichtlich, seit der Jahrtausendwende am sinken. Im Gegenzug erhöhte sich die Arbeitslosenrate im Laufe der Jahre auf ca. 22 Prozent. Offizielle Zahlen der Beschäftigungslosen betrugen jedoch von 25,5 % im Jahre 2005 auf 26,8 % im Jahre 2006 gestiegen. Da weit mehr Beschäftigte nicht als solche registriert waren, ergeben sich höhere offizielle Zahlen über die Arbeitslosenquote, als aus den statistischen Daten hervorgeht. Seit 2006 ist wieder ein leichter Rückgang zu bemerken.<sup>162</sup>

Die Zahl der Arbeitslosen in Serbien erreichte im Jahre 2008 18 %. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Senkung um 0,1 Prozent, wobei in den letzten drei Jahren keine Anhebung der Beschäftigungszahl erfolgt ist und diese 2,5 Mio. beträgt.<sup>163</sup>

**Abbildung 16: Beschäftigung in Serbien 1999-2006**



Quelle: NBS<sup>164</sup>

<sup>162</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2006, S. 24 f

<sup>163</sup> Vgl. Deutsche Wirtschaftsvereinigung online unter:

[http://serbien.ahk.de/fileadmin/user\\_upload/DWB\\_Market\\_Briefing\\_Serbien\\_01-2009.pdf](http://serbien.ahk.de/fileadmin/user_upload/DWB_Market_Briefing_Serbien_01-2009.pdf) [16.02.2009]

<sup>164</sup> NBS Jahresbericht 2006, S. 25

## 7 Der Bankensektor in Serbien

Der Bankensektor Serbiens besteht schon seit den 60igern aus dem zweistufigen Bankensystem: der Zentralbank (die Nationalbank Serbien) und den Geschäftsbanken. Diese Geschäftsbanken führen ihre Tätigkeiten unabhängig und profitorientiert aus, unter Einhaltung und Sicherung der Solvabilität, Rentabilität und Liquidität.<sup>165</sup>

Die Rolle der NBS ist in der Verfassung Serbiens geregelt und unterliegt dem Gesetz der Nationalbank Serbien (NBS). Als Emissionsbank und Aufsichtsorgan des Bankensektors ist die NBS unter anderem mit folgenden Aufgaben betraut:<sup>166</sup>

- Festsetzung und Durchführung der Währungs- und Finanzpolitik
- Verwaltungs- und Kontrollfunktion der Staatsreserven
- Funktionalität und Sicherung des Zahlungs- und Finanzsystems
- Erteilung und Abberufung von Bankkonzessionen
- Bonitätsprüfung und Sicherstellung der rechtmäßigen Ausübung der Geschäftstätigkeiten von Banken und anderen Finanzinstituten

1989 und die darauf folgenden Jahre waren sehr einschneidend für das gesamte Bankenwesen im ehemaligen Jugoslawien. Der Versuch der Liberalisierung und der Privatisierung der Banken in Serbien, wurde von dem damaligen Präsidenten Milosevic erschwert. Die Banken waren als Aktiengesellschaften in der Ausübung der Tätigkeiten als Finanzinstitutionen grundlegend an die Interessen ihrer Eigentümer gebunden, so auch die Kapitalbereitstellung für deren unrentablen Unternehmen. Die Refinanzierung erfolgt durch die Nationalbank, was sich auch inflationstreibend auswirkte und den wirtschaftlichen und politischen Zerfall der BRJ förderte.<sup>167</sup> Staatliche Regulative waren nicht mehr gegeben, so dass Anlegerschutz, Wertbeständigkeit und Sicherung des Finanzwesens nicht gewährleistet waren. Unter der Regierung Milosevics wurde der Devisenbestand

---

<sup>165</sup> Vgl. NBS online unter: <http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/index.html> [02.02.2009]

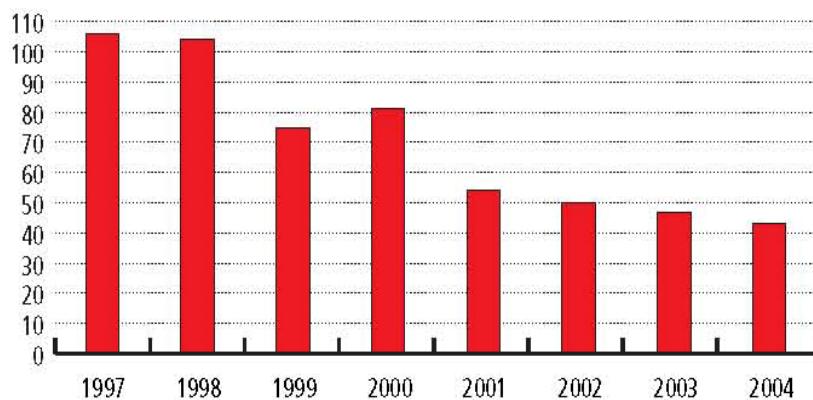
<sup>166</sup> Vgl. Gesetz der Nationalbank Serbien § 4

<sup>167</sup> Vgl. Embs/Lemnitzer, 2001, S. 61

der jugoslawischen Banken an die National Bank of Yugoslavia abgeführt, um die Kroatien und Bosnien Kriege zu finanzieren. Dabei wurden sämtliche Bankkonten (ein Großteil davon, stammte von im Ausland arbeitenden Serben) „eingefroren“ und sämtliche Guthaben beschlagnahmt. Die Auszahlung dieser Guthaben erfolgte rund zehn Jahre später, nach einer grundlegenden Bankenreform.<sup>168</sup>

Innerhalb von vier Jahren schrumpfte die Bilanzsumme aller Banken in Serbien von rund DEM 30 Mrd. (ca. € 1,9 Mrd.)<sup>169</sup> im Jahre 1996 auf RSD 704,3495 Mio. (ca. € 12 Mio.<sup>170</sup>) im Dezember 2000 bei 81 registrierten Banken<sup>171</sup>.

**Abbildung 17: Bankenanzahl in Serbien 1997-2004**



Quelle: Source: NBS, Bank Austria Creditanstalt Economics Department<sup>172</sup>

Diese Reduktion lässt sich einerseits dadurch erklären, dass nur ca. 10% aller finanziellen Transaktionen über das Bankensystem abgewickelt wurden und andererseits Banken so gut wie keine (Spar-)Einlagen mehr verzeichneten wurden, € 2,05 pro Kopf. Die Bevölkerung hatte durch die Geldenteignung aus früheren Jahren und durch die Hyperinflation das Vertrauen in das Bankensystem verloren und ging wieder zum altertümlichen Sparverhalten zurück; dem Sparen im Sparstrumpf.<sup>173</sup>

<sup>168</sup> Vgl. Klein, 2003, S. 238

<sup>169</sup> Vgl. Embs/Lemnitzer, 2001, S. 62

<sup>170</sup> Vgl. NBS Jahresberichts 2001, S.37 betrug der durchschnittliche Jahrskurs 2000: 1 EURO=58,67 YUM.

<sup>171</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2001, S. 85

<sup>172</sup> Gardo, 2005, S.5

<sup>173</sup> Vgl. Embs/Lemnitzer, 2001, S. 63

**Abbildung 18: Overview of Serbia's Banking Sector (1997 – 2004)<sup>1</sup>**

	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Number of banks	106	104	75	81	54	50	47	43
Number of bank employees	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	22,804	18,914	n.a.	n.a.
Return on Assets (ROA) <sup>2</sup>	n.a.	n.a.	n.a.	-6.2	-3.6	-8.7	-0.3	n.a.
Return on Equity (ROE) <sup>3</sup>	n.a.	n.a.	n.a.	-78.5	-26.0	-34.5	-1.2	n.a.
Capital adequacy ratio (%)	n.a.	n.a.	n.a.	0.7	21.9	30.6	31.3	n.a.
Non-performing assets (in % of total classified assets)	n.a.	n.a.	n.a.	13.7	12.6	24.3	21.8	n.a.
Spread (difference between lending and deposit rates)	52.7	44.2	42.1	71.6	28.4	16.5	12.1	11.0
Private sector deposits (in % of GDP) <sup>4, 5</sup>	9.2	10.4	9.7	14.7	13.4	15.5	17.7	20.7
Private sector FX deposits (in % of private sector deposits)	34.8	42.5	35.7	61.6	60.1	56.9	62.1	67.4
Private sector short-term deposits (in % of private sector deposits)	98.1	96.1	90.2	94.4	96.7	98.4	97.4	94.4
Corporate loans (in % of GDP)	27.9	31.0	28.3	54.5	29.7	15.2	13.2	16.2
Private sector loans (in % of GDP)	29.7	32.5	29.6	56.6	31.7	17.2	16.0	21.5
Private sector FX loans (in % of private sector loans)	56.9	58.7	55.0	81.2	75.2	41.7	29.8	23.2
Private sector short-term loans (in % of private sector loans)	42.5	43.6	45.6	27.5	28.2	49.8	52.9	47.1
Private sector loans to private sector deposits (in %)	323.0	313.6	305.6	385.0	237.3	111.4	90.3	104.1
Degree of financial intermediation (total assets/GDP, in %)	95.6	91.2	79.8	185.2	126.7	36.4	31.5	38.8
Concentration ratio (C5 – total assets, in %)	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	46.6	39.5	47.3
Market share of state-owned banks (total assets, in %) <sup>6</sup>	89.8	90.0	89.0	90.9	65.5	49.4	34.1	n.a.
Market share of foreign-owned banks (total assets, in %)	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	13.2	27.0	38.4	n.a.
Market share of foreign-owned banks (capital, in %)	n.a.	n.a.	n.a.	n.a.	15.7	19.4	26.3	n.a.

<sup>1</sup>) Not including banks in Kosovo and Montenegro; <sup>2</sup>) Estimate – ratio of net profit or loss to total assets; <sup>3</sup>) Estimate – ratio of net profit or loss to equity capital; <sup>4</sup>) GDP data are estimates for Serbia not including Montenegro; <sup>5</sup>) Private sector includes corporates and households; <sup>6</sup>) Including socially-owned enterprises

Quelle: NBS, EBRD, IMF, BA-CA Economics Department<sup>174</sup>

Nach dem drastischen Rückgang von 81 Banken im Jahre 2000, wie aus obiger Abbildung ersichtlich, gingen im Jahre 2001 nur noch 54 Banken in Serbien ihren Geschäftstätigkeiten nach. Der Hauptgrund für diese Reduktion im Bankensektor war die Schließung von 23 Banken und den bereits erwähnten 4 Großbanken zu Zeiten Milosevics.<sup>175</sup> Ein Zuwachs im Bereich der Bankenanzahl wurde nicht mehr verzeichnet. Im Dezember 2007 waren schließlich nur noch 35 Banken in Serbien zugelassen und hatten in eine Bilanzsumme von RSD 1.561.822 Mrd.<sup>176</sup> (ca. € 19,5 Mio.<sup>177</sup>). Im Bezug auf die Bilanzsumme war das ein Zuwachs von 33,6 % im Vergleich zum Vorjahr. Die 35 Banken gliedern sich in 21 Banken, die im mehrheitlichen Besitz ausländischer Aktionäre sind, sechs Privatbanken und acht Banken, die im mehrheitlichen Besitz der Republik Serbien stehen.<sup>178</sup>

<sup>174</sup> Gardo, 2005, S.8

<sup>175</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2002, S. 88

<sup>176</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2007, S. 55

<sup>177</sup> Vgl. Statistical Yearbook Serbia 2008: durchschnittlicher Jahreskurs 2007: 1 EURO= 79,98 RSD

<sup>178</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2007, S. 56

**Tabelle 8: Bankenaufteilung in Serbien****Gliederung nach der Bilanzsumme 2006-2007 (in Mio.)**

Gliederung Bilanzsumme In RSD	31. Dezember 2006		31. Dezember 2007			
	Anzahl der Banken	Bilanz- summe in RSD	Bilanz- summe in EURO*	Anzahl der Banken	Bilanz- summe in RSD	Bilanz- summe in EURO*
ab 100.000	4	483,575	5.744	4	632,560	7.909
50.000 – 100.000	3	183,698	2.182	8	525,822	6.575
10.000 – 50.000	15	405,223	4.813	15	357,301	4.467
bis 10.000	15	96,775	1.149	8	46,139	0,577
<b>Summe</b>	<b>37</b>	<b>1.169,271</b>	<b>13,888</b>	<b>35</b>	<b>1.561,822</b>	<b>19,528</b>

\* It. Statistical Yearbook of Republic of Serbia 2008 offizieller Umrechnungskurs des Jahres

2006: 1 Euro = 84,19 RSD; 2007: 1 Euro = 79,98 RSD

Quelle: NBS, eigene Darstellung<sup>179</sup>

Heute ist eine Dominanz der ausländischen Banken am serbischen Bankenmarkt erkennbar, 75,5 % der Bilanzsumme erwirtschaften ausländische Banken, wogegen nur 24,5 % auf die heimischen Bankinstitute fallen. Dies war bis zum Jahre 2002 noch umgekehrt. Da erreichten die heimischen Banken eine Bilanzsumme von RSD 231,128 Mio. im Gegensatz zu den ausländischen Banken mit einer Bilanzsumme von RSD 85,450 Mio. – damit hatten die serbischen Banken einen 73% Marktanteil gemessen an der Bilanzsumme.<sup>180</sup>

Wie aus der Tabelle 9 ersichtlich ist, sind alleine unter den zehn führenden Banken in Serbien sechs ausländische Banken. Mit der **Raiffeisen banka a.d.** und der **UniCredit Bank Srbija** sind damit auch zwei österreichische Banken in Serbien unter den Top Ten vertreten. Unter den Bilanzstärksten Kreditinstituten erreicht die heimische Komercijalna banka a.d. den dritten Platz. Erst an sechster Stelle und mit knapp der Hälfte der Bilanzsumme steht die zweite serbische Bank unter den zehn führenden Banken. Die **Erste Bank a.d. Novi Sad** kommt mit einer Bilanzsumme von **RSD 50.630.250** (Euro 660.994,14) auf den dreizehnten Platz der Reihung.<sup>181</sup>

<sup>179</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2007, S. 56

<sup>180</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2002, S. 89 f

<sup>181</sup> Vgl. NBS online unter: [http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50\\_5.html](http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50_5.html) [08.01.2009]

**Tabelle 9: Die zehn führenden Banken in Serbien (Stand 30.09.2008)****Rang nach Bilanzsumme**

Rang	Banken in Serbien	Bilanzsumme in RSD	Bilanzsumme in EURO*
1	Banca Intesa a.d. Beograd	228.846.600,00	2.987.662,71
2	<b>Raiffeisen banka a.d. Beograd</b>	<b>163.678.433,00</b>	<b>2.136.871,85</b>
3	Komercijalna banka a.d. Beograd	157.999.559,00	2.062.733,40
4	Hypo Alpe-Adria-Bank a.d. Beograd	121.646.609,00	1.588.133,77
5	Eurobank EFG štedionica a.d. Beograd	102.510.471,00	1.338.306,10
6	Agroindustrijska komercijalna banka AIK banka a.d. Niš	93.741.110,00	1.223.818,90
7	Vojvođanska banka a.d. Novi Sad	86.763.497,00	1.132.724,18
8	<b>UniCredit Bank Srbija a.d. Beograd</b>	<b>85.325.758,00</b>	<b>1.113.954,55</b>
9	Société Générale banka Srbija a.d. Beograd	68.723.258,00	897.203,80
10	Alpha Bank Srbija a.d. Beograd	68.412.754,00	814.818,30

\* NBS offizielle Kursliste vom 30.09.2008: 1 Euro = 76,5972 RSD

Quelle: NBS, eigene Darstellung<sup>182</sup>

Es ist zu beachten, dass der serbische Bankensektor heute von ausländischen Banken dominiert wird, diese Entwicklung ist seit dem Jahre 2005 zu erkennen. Da erreichten die heimischen Banken nur noch einen Anteil von 34% und die ausländischen Banken in Serbien 66 %. Die Beteiligung ausländischer Banken am serbischen Bankenmarkt ist weiter am steigen. <sup>183</sup>

## 7.1 Veränderungen im Bankenwesen

Zur Neuorientierung des Bankensystems in Serbien war es nötig die Banken zu entschulden und zu rekapitalisieren. Dabei war es nötig einen Forderungsverzicht von westlicher Gläubiger zu erreichen, d.h. sich mit dem Pariser und Londoner Club zu einigen. Weiters war die Durchführung einer grundlegenden Reformierung des Bankenwesens, neue Rechnungslegungsvorschriften, vor allem eine effektive Bankenaufsicht und die monetäre Stabilisierung nötig. Die Veränderungen hatten schon im Jahre 2001 dazu geführt, dass 12 Banken aus dem EU-Raum ihre Tätigkeiten in Serbien aufnahmen. Die Raiffeisen Zentralbank Österreich (RZB)

<sup>182</sup> Vgl. NBS online unter: [http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50\\_5.html](http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50_5.html) [08.01.2009]

<sup>183</sup> Vgl. NBS Jahresbericht 2005, S. 112

hatte bereits 2001 eine Geschäftslizenz der NBS bekommen und gehört zu den Pionieren auf diesem Gebiet.<sup>184</sup>

### 7.1.1 Der Pariser und Londoner Club

Die Verhandlungen mit dem Pariser Club<sup>185</sup> nahm die damalige BRJ im Jahre 2001 auf. Dabei ging es um den Erlass bzw. die Umschichtung der Schulden in der Höhe von US-\$ 2,3 Mrd.<sup>186</sup> Bei einer Kreditsumme von US-\$ 4,56 Mrd. war das Ziel die Verringerung von zwei dritteln oder 66 Prozent der Schulden. Der genehmigte Erlass betrug zunächst 50,1 Prozent und ging als der höchste Schuldenerlass des Pariser Club seitens eines Landes seit seinem Bestehen ein. Die Bedingung dafür war die Kooperation mit dem IMF. Eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit dem IMF führt nochmals zu einem Schuldenerlass und zu einer Schuldenumschichtung, bis hin zu einem verbleibenden Schuldenstatus von US-\$ 1,8 Mrd. Damit war der Abschreibung von 66 % der Schulden unterzeichnet. Für die Begleichung dieser Höhe wurde Jugoslawien eine Frist von 22 Jahren eingeräumt, unter Einbeziehung einer sechsjährigen Stundung. Im Zuge der überaus guten Verhandlungsergebnisse mit dem Pariser Club, muss der Privatisierungsprozess im Lande vorangetrieben werden, wie der damalige Finanzminister Bozidar Djelic nach den Verhandlungen vom 16.November 2001 in einer Pressekonferenz verlautbarte. Weitere Verhandlungen wurden in dieser Periode mit dem Londoner Club<sup>187</sup> geführt, dabei ging es um US-\$ 2,2 Mrd. Diese positive Entwicklung Jugoslawiens signalisiert die Durchsetzung von Reformen im Land und die Öffnung des Marktes für ausländische Investoren.<sup>188</sup>

---

<sup>184</sup> Vgl. Embs/Lemnitzer, 2001, S. 64 f

<sup>185</sup> Der Pariser Club ist ein seit 1956 zusammenkommendes informelles Gremium. Seit 1974, durch Schaffung eines Sekretariats in Paris, agiert der Pariser Club als fest institutionalisierte Einrichtung im Zusammenhang mit der internationalen Schuldenkrise. Er dient als Umschuldungsausschuss für öffentliche garantierte Kredite der staatlichen Gläubiger und Garanten. Schuldner- und Gläubigerländer, treffen mehrfach pro Jahr zu Verhandlungen zusammen. Dabei werden Umschuldungen zwischen dem Schuldnerland und seinen Gläubigerländern multilateral vereinbart. Siehe dazu Büschgen, 2006, Beg.: Pariser Club, S 721

<sup>186</sup> Vgl. NBS online unter:

<http://www.nbs.rs/internet/latinica/scripts/showContent.html?id=560&konverzija=yes> [10.01.2009]

<sup>187</sup> Der Londoner Club ist eine Vereinigung von Gläubigerländern, die im Rahmen der internationalen Verschuldungskrise über Umschuldungen von Krediten der internationalen Geschäftsbanken an Entwicklungsländer beraten und befinden. Siehe dazu Büschgen, 2006, Beg.: Londoner Club, S. 634

<sup>188</sup> Vgl. Regierung der Republik Serbien (Nachrichtenarchiv): „Pariski klub otpisao 66 odsto duga Jugoslavije“ (aus dem serbischen übersetzt: Pariser Club hat Jugoslawien 66 % der Schulden erlassen) <http://www.arhiva.srbija.sr.gov.yu/vesti/2001-11/16/321424.html> [12.01.2009]

Die nötigen Schritte zu einem zukunftsorientiertem Land, raus aus der Isolation, waren die Einführung mehrere Gesetze.

Im Jahre 2004 erzielte infolge des Schuldenerlasses und der Umschichtung Serbien ein Rating seitens S&P von B+, wurde allerdings im Juni 2005 auf BB- geändert. Das Rating von Fitch war zu dieser Zeit BB+, wobei kein Rating von Moody's bekannt gegeben wurde.<sup>189</sup> Mit Dezember 2007 hatte Serbien ein Rating laut Fitch und S&P-Rating von BB-, aufgrund der Preisindexsteigerung und der Steigerung des politischen Risikos im Lande.<sup>190</sup>

### 7.1.2 Novellierung des Bankengesetzes

Im Jahre 2001 wurde in Serbien die Novellierung des Bankengesetzes durchgeführt. Die Reformierung des Bankensektors oblag der Jugoslawischen Bankenrehabilitierungs-Agentur. Diese Agentur veranlasste im Jahre 2001 die Schließung von 19 überschuldeten kleineren Banken und im Jahre 2002 den Ausschluss der vier größten Banken – der Jugobanka, Beobanka, Beogadska banka und der Investbanka – während des Milosevics-Regime. Diesen vier Banken wird eine direkte Verbindung zu seinen politischen Machenschaften nachgesagt.<sup>191</sup> Das noch aus den 70igern Jahren bestimmte Prinzip des Sozialkapitals, prägte die Eigentümerstruktur auch im Bankensektor. Durch die Enteignung und Schließung der Banken in Serbien, gelangen Mehrheitsanteile in die Hände des Staates, welche schließlich zur Privatisierung vorbereitet und ausgeschrieben wurde.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen bildeten, die Einführung der Bilanzierungsregelung für Unternehmen nach den IRFS, was wiederum ein Anreizsignal für Investoren darstellte, die Harmonisierung des Bankenwesens mit den EU-Richtlinien, um die SA-Voraussetzung für einen EU-Beitritt zu erfüllen.

Eine wichtige rechtliche Änderung im Bankenwesen war zunächst die Anhebung des Mindeststartkapitals auf € 5 Mio. (Gesetzesänderung des Bankengesetz 2001) und schließlich auf € 10 Mio. (lt. Bankengesetz § 12, gilt ab dem Jahr 2005) Weiters wurde eine Mindestkapitalreserve von acht Prozent eingeführt.<sup>192</sup>

---

<sup>189</sup> Vgl. Michal, Salcik, 2006, S. 111

<sup>190</sup> Vgl. NBS Jahresbericht, 2007, S 40

<sup>191</sup> Vgl. Klein, 2003, S. 239

<sup>192</sup> Vgl. Bankengesetz Serbien 2005, § 12

## 7.2 Expansion österreichischer Banken

Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Europa im Jahre 1989 wurde der CEE-Markt auch für österreichische Banken als interessanter und gewinnbringender Finanzmarkt registriert. Dabei konnte die Raiffeisenzentralbank einmal mehr ihre Pionierrolle unter Beweis stellen. Der Transformationsprozess Serbiens und der Mangel an Finanzdienstleistungsprodukten am dortigen Markt, erwies sich als potentieller Expansionsmarkt für Global Player. Wenn man sich die Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawiens betrachte, so kann man folgende Vorreiter österreichischer Banken als Beispiele nennen: Raiffeisenbank Austria d.d. (Markteintritt in Kroatien 1994)<sup>193</sup>, Bank Austria Creditanstalt a.d. Ljubljana (erste westliche Bank nach dem Zerfall der SFRJ 1990) und der Bank Austria Creditanstalt Croatia d.d. (1994)<sup>194</sup>. Die Erste Bank positionierte sich im Jahre 1999 durch die Akquisition der Cakovecka banka, Bjelovarska banka und der Trgovacka banka in Kroatien, welche später zur Ersten&Steiermärkische banka fusionierten.<sup>195</sup> Aufgrund der staatenrechtlichen Veränderung des ehemaligen Jugoslawiens erfolgten, abhängig vom Eintrittszeitpunkt, die notwenigen Umbenennungen des Firmennamens der expandieren Kreditinstitute.

### 7.2.1 Raiffeisen banka a.d. Beograd

Im Jänner 2001 wurde der Startschuss für die Gründung einer Tochtergesellschaft im damaligen Jugoslawien gesetzt. Wenige Monate später, im Oktober des Jahres, nahm die Raiffeisenbank Jugoslavija a.d. Belgrad ihre Geschäftstätigkeiten auf.<sup>196</sup>

#### 7.2.1.1 Markteintritt Juli 2001

Als erste, zu 100 % ausländische, Bank festigte sich die Raiffeisenbank ihre Pionierstellung auch auf dem serbischen Markt schon im Jahre 2001. Gleich nach der Beendigung der Revolution im damaligen Jugoslawien, erhielt die Raiffeisenbank die Lizenz und gründete somit die erste ausländische Bank in

<sup>193</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2001, S. 31

<sup>194</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 1999, S. 70 f

<sup>195</sup> Vgl. Media Fact Sheet der Erste Group, November 2008

<sup>196</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2001, S. 8

Serbien mit einem Eigenkapital in der Höhe von € 10. Mio. Als ein wichtiges Ereignis im Hinblick auf die Projektfinanzierungsarbeit in Serbien gilt die Zusammenarbeit und Kreditgewährung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBR), welches zur weiteren Kapitalaufstockung auf € 35 Mio. führte.<sup>197</sup> Die Raiffeisenbank Jugoslavija a.d. konnte im Gründungsjahr, nach nur einem Quartal Geschäftstätigkeit, eine Bilanzsumme von € 139 Mio. und bei 127 Angestellten einen Ausbau von 4 Filialen in Serbien verzeichnen.<sup>198</sup>

Am 31.12.2002 wurde eine Bilanzsummehöhe von € 278 Mio. erzielt, dies entspricht einer Steigerung von 100,8 %. Auch das Filialnetz in Serbien wurde ausgebaut, so wurden Ende 2002 11 Filialen gezählt. Die Bilanzsumme des Konzerns zum 31.12.2000 belief sich auf € 36,468 Mrd. und stieg um 22,3 Prozent innerhalb eines Jahres. Der Jahresüberschuss vor Steuern war mit Ende 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 28,4 % gestiegen und erreichte eine Höhe von € 231,7 Mio.<sup>199</sup> Der erfolgreiche Einstieg in diesem Markt brachte Serbien im Bankennetzwerk der Raiffeisen Zentralbank, vergleicht man die Bilanzsummen der einzelnen Netzwerkbanken im CEE-Raum, einen fünften Platz im Ranking.<sup>200</sup>

Diesen Erfolgskurs behielt die Raiffeisenbank weiter. Besonderes Augenmerk wurde auf den Bereichen Retail Banking, das heißt Privatkunden und kleine und mittlere Unternehmen, sowie Fond und Investment Banking gelegt. Im Jahre 2005 konnte das Segment Retail Banking schon 20,7 Prozent zum Vorsteuerergebnis beitragen.<sup>201</sup>

---

<sup>197</sup> Vgl. Raiffeisenbank Jugoslavija, Annual Report 2002, S. 4 f

<sup>198</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2001, S. 19

<sup>199</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2002, S. 3

<sup>200</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2002, S. 28

<sup>201</sup> Vgl. Raiffeisen International Geschäftsbericht 2005, S. 36

**Abbildung 19: Marktpositionen der RZB-Netzwerkbanken in CEE****gereiht nach Bilanzsumme zum 31. September 2002**

<i>Rang</i>	<i>Land</i>
1	<i>Bosnien und Herzegowina</i>
2	<i>Kosovo</i>
3	<i>Slowakei</i>
3	<i>Kroatien</i>
3	<i>Belarus</i>
5	<i>Serbien und Montenegro*</i>
5	<i>Ungarn</i>
6	<i>Rumänien</i>
7	<i>Ukraine</i>
8	<i>Tschechien</i>
8	<i>Bulgarien</i>
9	<i>Slowenien</i>
11	<i>Polen</i>
13	<i>Russland</i>

\* Schätzung, da keine Vergleichsdaten verfügbar.

Quelle: RZB<sup>202</sup>

### 7.2.1.2 *Expansionsziele*

Um neue Märkte und Marktanteile zu erlangen, verfolgt die Raiffeisen Bankengruppe hauptsächlich das Ziel der Eigengründung von Tochtergesellschaften.<sup>203</sup> Dies wurde auch im Fall von Serbien erfolgreich durchgeführt. Mit der Expansion in den serbischen Markt wurden folgende Ziele verfolgt: Das enorme Wachstumspotential, welches der CEE-Raum bietet, soll vor allem im Retail Banking abgeschöpft werden. Der Umstand, dass die bisherige Bankenlandschaft, aufgrund der wirtschaftlichen und politischen Vergangenheit des Landes, desolat ist und die Bevölkerung in dieser Region kein Vertrauen zu Bankdienstleistungen und -produkten mehr hat, verstärkt das erwartete Entwicklungspotential in diesem Bereich.<sup>204</sup>

Der steigende Marktanteil gemessen an der Bilanzsumme des serbischen Bankenmarktes, bestätigt die Erreichung ihrer gesetzten Ziele zum heutigen Zeitpunkt. Sie rangiert wie bereits erwähnt auf Platz 2 (vgl. Tabelle 8).

<sup>202</sup> Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2002, S. 31

<sup>203</sup> Vgl. Raiffeisen International Geschäftsbericht 2004, S. 52

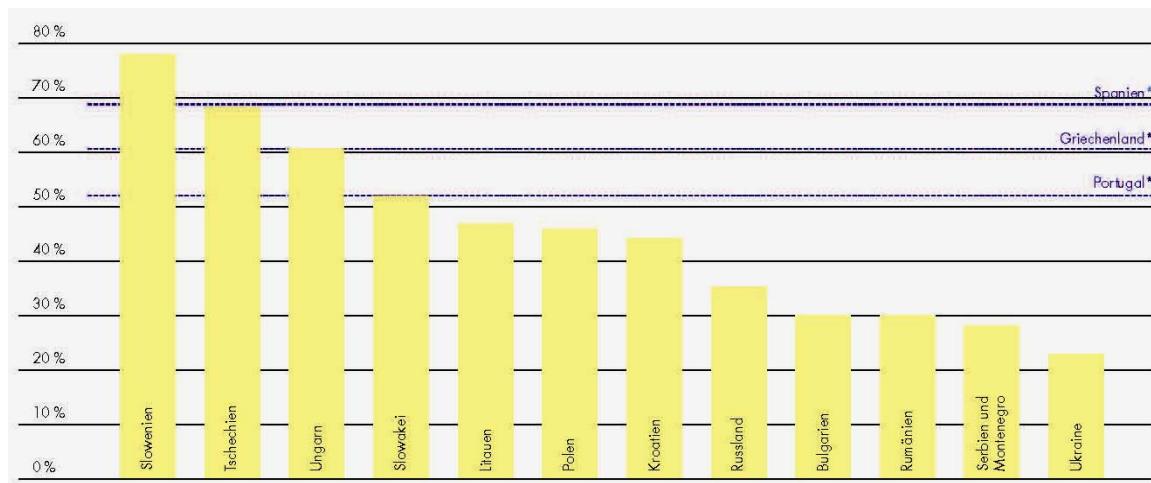
<sup>204</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2001, S. 68

### 7.2.1.3 Entwicklung bis 2009

Die Entwicklungen der Raiffeisenbank a.d. führten den Starterfolg weiter. Es kamen zahlreiche Auszeichnungen von nationalen und internationalen Fachmagazinen für ihre Geschäftstätigkeiten in dieser Region hinzu. Als Beste Bank in Serbien und Montenegro 2004 wurde die Raiffeisenbank a.d. von Euromoney ausgezeichnet.<sup>205</sup> Weiter Anerkennungen erhielt die RZB im Laufe der Jahre von The Banker, Euromoney, International Financing Review und dem Globe Finances. Im Jahre 2007 wurde die Raiffeisenbank Serbia als Beste Bank in Serbien (von Global Finance und Euromoney) und Bank of the Year 2007 (von The Banker) aufgezeichnet.<sup>206</sup>

Vergleicht man einzelne CEE-Länder anhand des wirtschaftlichen Entwicklungsgrades, so war Serbien im Jahre 2004 noch im letzten Drittel angesiedelt. Aus nachfolgender Abbildung ist ersichtlich, dass Länder wie Slowenien, Tschechien und Ungarn, infolge ihres bereits erfolgreichen Transformationsprozesses, anderen EU-Mitgliedsländer deutlich näher waren gekommen sind bzw. diesen bereits überschritten haben.<sup>207</sup>

**Abbildung 20: Wirtschaftlicher Entwicklungsgrad der CEE-Länder  
(BIP/Kopf in Prozent des EU-Durchschnitts)**



\* zum Zeitpunkt des EU-Beitritts

**Quelle: Lokale Zentralbanken, Raiffeisen Research; Stand: 31.12.2004<sup>208</sup>**

<sup>205</sup> Vgl. Raiffeisen International Geschäftsbericht 2004, S. 51

<sup>206</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2007, S. 69

<sup>207</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2004, S. 67

<sup>208</sup> Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2004, S. 67

Bis zum Jahre 2007 steigerte Serbien seinen wirtschaftlichen Entwicklungsgrad im Vergleich zu den durchschnittlichen EU-Mitgliedsländern im Jahre ihres Eintritts zur EU auf 38 %.<sup>209</sup>

Es lässt sich ohne weiteres sagen, dass die Expansionen gewinnbringend durchgeführt wurden und das wirtschaftliche Entwicklungspotential, durch den frühen Eintrittszeitpunkt in den jeweiligen Transformationsländern, seine Früchte getragen hat. Um das wirtschaftliche Entwicklungspotential der CEE-Länder voll auszuschöpfen zahlten sich die Investitionskosten und das Einsteigerrisiko eindeutig für die RZB aus. Bis zum 31.09.2008 stieg die Bilanzsumme der CEE-Netzwerkbanken auf € 85.937 Mio. was einem Wachstum von 20,9 Prozent im Vergleich zum 31.12.2007 entspricht. Der Konzernjahresüberschuss vor Steuern wurde trotz der globalen Finanzkrise mit € 861,5 Mio ausgewiesen. Die Raiffeisen banka Serbien erzielte eine Bilanzsumme von € 3.266 Mio. und erlangte damit eine Steigerung um 12,1 Prozent. Das Filialennetz in Serbien konnte vom Gründungsjahr bis zum 30.09.2008 auf 94 Filialen erweitert werden.<sup>210</sup>

### 7.2.2 Unicredit Bank Srbija a.d. Beograd

Der Weg, in das durch die Milosevic-Ära geprägte ehemalige Jugoslawien, wurde für die Bank Austria schon im Jahre 2001 geebnet. In der Reihe der Expansion in den CEE-Raum gilt die BRJ trotz ihrer wirtschaftlichen und politischen Instabilität als Wachstumsmarkt. *“Nur eine Bank, die rechtzeitig die Zeichen der Zeit erkannt hat und ausreichend lange vor Ort tätig ist („Early Mover Advantage“) sowie über eine lokale Kundenbasis verfügt, kann das Potenzial des letzten europäischen Wachstumsmarktes ausnützen.“*<sup>211</sup>

Unter anbetracht der staatenrechtlichen Veränderung des ehemaligen Jugoslawiens, ergab sich die Namensänderung von HVB Banka Jugoslavija a.d. hinzu HVB Banka Serbien und Montenegro und schließlich zu HVB Banka Serbien. Um die Leistungskraft und das Standing einer führenden internationalen Bankengruppe zu signalisieren, erfolgte ein Rebranding von der HVB Bank in UniCredit Bank im CEE-Raum. Das Rebranding der Töchtergesellschaften wurde

<sup>209</sup> Vgl. Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2007, S. 83

<sup>210</sup> Vgl. Raiffeisen International Zwischenbericht 1. – 3. Quartal 2008

<sup>211</sup> Vgl. Bank Austria Creditanstalt Geschäftsbericht 2002, S. 87

bis zum Ende 2007 abgeschlossen. Die UniCredit Bank Serbien operiert seit 01.01.2007 unter diesem Namen.<sup>212</sup>

#### 7.2.2.1 Markteintritt März 2001

Der erste Schritt in dieses Land wurde mit der Eröffnung einer Repräsentanz im März 2001 getan. Diese sollte vor allem die Möglichkeit zur Gründung einer Tochtergesellschaft liefern. Am 2. Juli 2001 erhielt die Bank Austria die Vollbanklizenz für Jugoslawien und nahm mit November ihre Geschäftstätigkeit in Serbien auf. Die Tochtergesellschaft, mit dem Namen HVB Bank Yugoslavia a.d., agiert als Universalbank im Bereich Privat- und Firmenkunden. Vor allem multinationale und exportorientierte Unternehmen sind der Fokus der HVB Bank Yugoslavia. In Bereich der Privatkunden, wurde auch schon im Rumpfjahr ein beträchtliches Volumen an Einlagen erwirtschaftet.<sup>213</sup>

Die zusammengefasste Bilanzsumme der CEE-Länder<sup>214</sup> ergab zu diesem Zeitpunkt € 21 Mrd. und der Marktanteil in dieser Region betrug zwischen 4 Prozent und 10 Prozent.<sup>215</sup>

**Tabelle 10: HVB Bank Yugoslavia a.d. im Gründungsjahr**

In Mio €	Jahr 2001
Bilanzsumme	33
Ergebnis v. St.	– 0,1
ROE vor Steuern	–2%
Cost/Income-Ratio	142%
Mitarbeiter	40
Geschäftsstellen	1

Quelle: Bank Austria<sup>216</sup>

Aller Anfang ist schwer und mühsam, so war im Jahre 2002 das Ergebnis gering negativ ausgefallen, jedoch erhöhte sich die Bilanzsumme auf € 101 Mio., ein Plus von € 68 Mio. Die erfolgreiche Produkteinführung der VISA-Karten und der

<sup>212</sup> Vgl. Bank Austria Creditanstalt Geschäftsbericht 2006, S. 62

<sup>213</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 103

<sup>214</sup> Laut des Bank Austria Geschäftsbericht 2001 war die Bank Austria zu dieser Zeit in folgenden CEE-Ländern tätig: Bulgarien, Jugoslawien, Kroatien, Polen, Rumänien, Slowenien, Slowakei, Tschechien, Ungarn und Bosnien und Herzegowina.

<sup>215</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 90

<sup>216</sup> Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 103

Hypothekarkrediten war ebenfalls ein großer Schritt in Richtung Zielerreichung. Weiters wurden Erfolge beim Kundenstock verzeichnet, 3.200 Kunden im Privatkundengeschäft brachte auch ein beträchtliches Einlagenvolumen mit sich. Im Bereich des Firmenkundengeschäfts wurden 445 Kundenverbindungen mit internationalen Top-Unternehmen geschlossen.<sup>217</sup>

Die CEE-Länder steigerten ihr Ergebnis schon im Jahre 2002. Mehr als die Hälfte des BA-CA-Gesamtergebnisses vor Steuern wurde in den CEE-Ländern erwirtschaftet, dabei betrug die Ergebnissesteigerung der CEE-Töchter € 238 Mio., rund 34,4 % im Vergleich zum Vorjahr.<sup>218</sup>

#### *7.2.2.2 Expansionsziele*

Folgende Ziele werden seitens des Konzern durch ihre Expansion verfolgt: Die Sicherung und der Ausbau von Marktanteilen, dabei soll ein Mindestanteil in der gesamten Region von 10 Prozent erreicht werden.<sup>219</sup> Der Ausbau von Produktarrangement im Bereich Privatkunden. Dies soll durch die erfolgreiche Einführung der Visa Karte und Telefon-Banking und die Situierung eines flächendeckenden Filialnetzes in Serbien. Erreicht werden.<sup>220</sup> Im Bereich Firmenkundengeschäft erfolgt einen Konzentration auf große Unternehmen. Dadurch soll die Kundenanzahl und auch das Kreditvolumen, wie schon in früheren Expansionsländer, um 15 % gesteigert werden. Dieses Ziel sollte bis einschließlich 2003 erreicht werden. Weites sollen gehobenen Bankprodukte, wie Wohnraumfinanzierung und Fondprodukte auf die Kunden abgestimmt und etabliert werden.<sup>221</sup>

#### *7.2.2.3 Entwicklung bis 2009*

Ein wichtiger Schritt in Richtung Marktpositionierung in Serbien war die Akquisition der serbischen Eksimabank im Jahre 2004. Die Bank Austria Creditanstalt unterschrieb den Kaufvertrag der zwölften größten Bank Serbiens am 19. November 2004. Damit übernahm sie 58,6 % der Anteile, welche von der EBRD gehalten wurde. Die Übernahme der restlichen Aktien erfolgte nach einer rechtlich

---

<sup>217</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2002, S. 97

<sup>218</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2002, S. 82

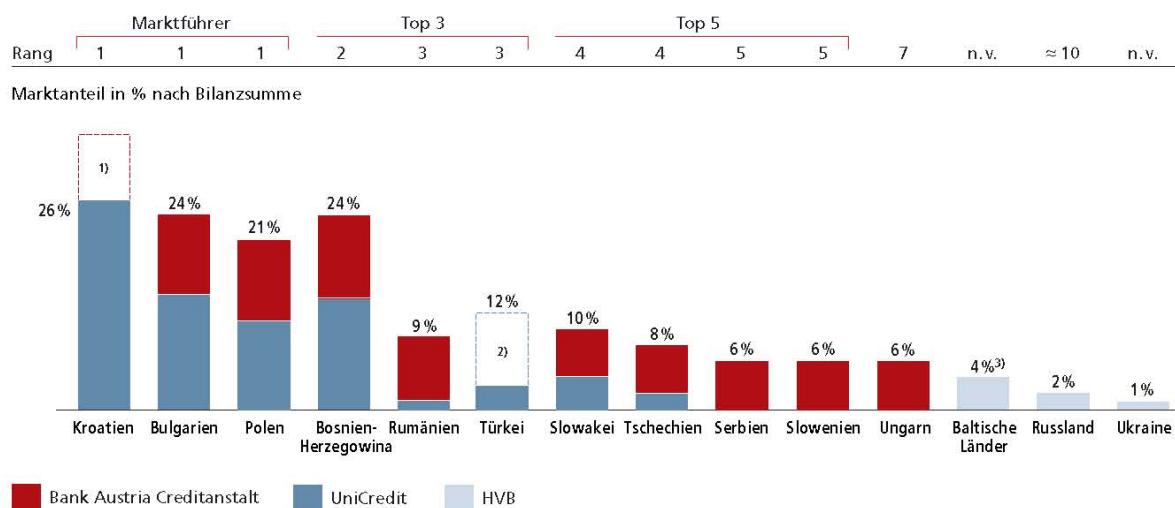
<sup>219</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 103

<sup>220</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2001, S. 90

<sup>221</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2002, S. 86 f

verpflichtenden Übernahmefrist, welche von über 99 % der Aktionäre in Anspruch genommen wurde. Somit war die Eksimabank zu 100 % im Besitz der Bank Austria Creditanstalt. Dieser Schritt sichert der damaligen HVB Serbien und Montenegro und Eksimabank eine Kundensaufstockung auf 70.000 Kunden und 39 Filialen. Zusammen belief die sich Bilanzsumme auf € 365 Mio. und einen Marktanteil von 5,3 %. Sie erreichte einen fünften Rang gemessen an den Bilanzsummen der Banken im Lande. Die HVB Serbien und Montenegro erzielte in diesem Jahr einen Gewinn vor Steuern von € 4,8 Mio., eine Steigerung um € 89 Mio., und eine Bilanzsumme von € 202 Mio. Die ROE vor Steuern betrug im Jahre 2004 22,8 % und weist eine gute Performanz aus, obwohl diese im Vergleich zum Vorjahr um 4,8 % gesunken ist. Jedoch stieg diese seit dem Gründungsjahr 2001 von -2 % um 22,6 Prozent.<sup>222</sup> Das Ziel über den erwarteten Marktanteil von über 5 Prozent in den einzelnen CEE-Ländern wurde damit erreicht.

**Abbildung 21: Marktanteil der Bank Austria im CEE-Raum zum 31.12.2005**



Quelle: Bank Austria Geschäftsbericht 2005<sup>223</sup>

Im Jahre 2006 überschritt die HVB Serbien und Montenegro erstmals diesen Wert. Zum Stichtag des 31.12.2006 zählten 110.000 zum Klientel des Privat und Geschäftskundenbereich und lies dabei erneut das Einlagevolumen um 30 % ansteigen, bei einer Einlagensumme von € 702 Mio. und einer Bilanzsumme von € 864 Mio. Weiters wurde das Kreditgeschäft um rund 40 Prozent gesteigert. Dies

<sup>222</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2004, S. 83

<sup>223</sup> Bank Austria Geschäftsbericht 2005, S. 17

führte zu einem Marktanteil von 7 %. Die Anzahl der Firmenkunden konnte im Jahre 2006 um 24 % gesteigert werden, was vor allem auf die Eksimabank zurück zu führen war.<sup>224</sup> Mit 31.12.2007 erzielte die UniCredit Bank Srbija a.d. ein Ergebnis vor Steuern von € 26,0 Mio., was eine Steigerung von 76 Prozent im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. bei einer Cost/Income Ratio von 48,5 %.<sup>225</sup>

### 7.2.3 Erste Bank a.d. Novi Sad

Im aufstrebenden Bankenmarkt Serbien, zeigte sich für die Erste Bank im Jahre 2005 die Möglichkeit der Expansion in ein fortgeschrittenes Transformationsland. Die Übernahme einer der ältesten Finanzinstitute Serbiens konnte durch die Akquisition der Novosadska stedeonica, einer Sparkasse in Vojvodina, im August 2005 erfolgreich abgeschlossen werden.

#### 7.2.3.1 Markteintritt August 2005:

Im Juli 2005 unterzeichnete die Republik Serbien den Kaufvertrag zur Überlassung von 83,3 % der Aktien der Novosadska Banka an die Erste Bank. Der Restanteil verblieb im Streubesitz und nach einer Übergangszeit, bis November 2005, erwarb die Erste Bank weitere 12,3 %. Insgesamt wurden die 95,6 % um einen Kaufpreis von umgerechnet € 87,2 Mio. erworben. Der Firmenwert der Novosadska Banka belief sich auf umgerechnet € 69,9 Mio. zum Zeitpunkt des Erwerbes.<sup>226</sup>

Dies war der erste Schritt in den serbischen Bankenmarkt. Schließlich erwarb die Erste Bank noch 4,41 % der noch immer in Streubesitz verbliebenen Aktien und konnte mit 03.05.2006 die Nachricht verlautbaren, dass sie im Besitz von 99,99 % des Aktienkapitals an der Erste Bank a.d. Novi Sad sind.<sup>227</sup> Mit der Übernahme der Novosadska Banka a.d., welche unter dem Namen "Erste Bank a.d. Novi Sad"

---

<sup>224</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2006, S. 71

<sup>225</sup> Vgl. Bank Austria Geschäftsbericht 2007, S.

<sup>226</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 100

<sup>227</sup> Vgl. „Erste Bank hält 99,99 % der Aktien an der Erste Bank a.d. Novi Sad in Serbien“, (03.05.2006) online unter:

[https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?\\_nfpb=true&\\_windowLabel=LABEL\\_MAIN&\\_urlType=action&LABEL\\_MAIN\\_sh=cd843cb8935ece503841bcb75e82e0cd&LABEL\\_MAIN\\_action=content.main&LABEL\\_MAIN\\_OVERRIDEREFRESHBACK=true&LABEL\\_MAIN\\_event=changeMain&LABEL\\_MAIN\\_chronicleId=%2Febcom\\_de\\_0198%2FChannels%2FPresse%2F2006%2F2.\\_Quartal%2Feb\\_pi\\_de\\_20060503\\_main\\_Text.akp&LABEL\\_MAIN\\_zz=101389.90291734326&LABEL\\_MAIN\\_pc=8&\\_pageLabel=GRID02&cci=09002ee280073deb&desk=ebcom\\_de\\_0198&navigationId=021374748951052190000146& \[02.02.2009\]](https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?_nfpb=true&_windowLabel=LABEL_MAIN&_urlType=action&LABEL_MAIN_sh=cd843cb8935ece503841bcb75e82e0cd&LABEL_MAIN_action=content.main&LABEL_MAIN_OVERRIDEREFRESHBACK=true&LABEL_MAIN_event=changeMain&LABEL_MAIN_chronicleId=%2Febcom_de_0198%2FChannels%2FPresse%2F2006%2F2._Quartal%2Feb_pi_de_20060503_main_Text.akp&LABEL_MAIN_zz=101389.90291734326&LABEL_MAIN_pc=8&_pageLabel=GRID02&cci=09002ee280073deb&desk=ebcom_de_0198&navigationId=021374748951052190000146&)

tätig ist, erreichte die Erste Bank, durch Kundenübernahme und der Weiterführung der Filialen, zwei Prozent am Marktanteil. Im Vordergrund war die Etablierung im Retailbanking und Geschäftstätigkeiten mit Klein- und Mittelbetrieben in Serbien.<sup>228</sup>

Begonnen hat die Erste Bank Serbien mit 260.000 Kunden, 66 Filialen und ca. 900 Mitarbeiter und dem Expansionszielen der Steigerung dieser Zahlen. Das serbische Wachstumspotential, mit einem BIP/Kopf von unter € 2.500 und einer an den Bankenaktiva gemessenen Marktdurchdringung von 50 %, zeigten, dass der serbische Bankenmarkt als ein aufstrebender Markt anzusehen ist und implizierte einen erfolgreichen Transformationsprozess.<sup>229</sup>

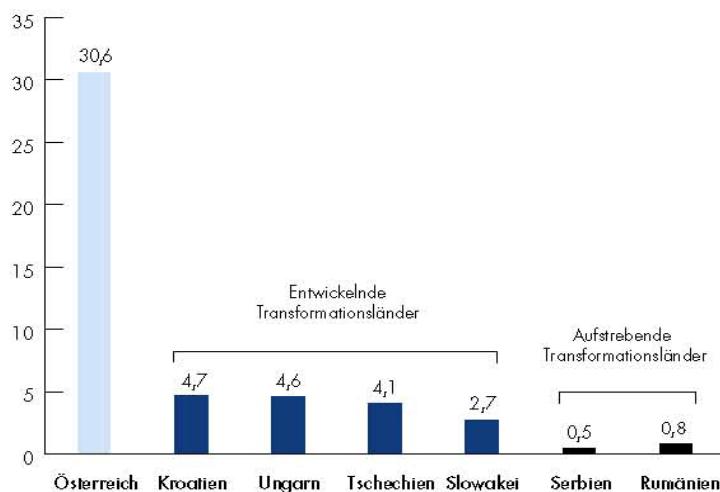
Die geschätzte Transformationsdauer zu einem reifen Bankenmarkt, wie etwa Österreich, wurde auf fünf bis 20 Jahren geschätzt. Die Ausdehnung des flachen Produktangebots im Bereich Girokonten, Bankkarten und den Sparanlagen sollte zuerst in Angriff genommen werden, um eine Steigerung der Personen mit Bankverbindungen zu erzielen. Der Sektor der privaten Kreditvergabe war zum damaligen Zeitpunkt, aufgrund der noch niedrigen Einkommensverhältnisse der serbischen Bevölkerung eher zu vernachlässigen. Erst mit steigendem Wohlstands niveau stieg auch die Nachfrage an spezifischen Bankenprodukten wie z.B. Verbraucherkredite, Hypothekardarlehen, Lebensversicherungen, Fondmanagement. Wie aus nachfolgenden Abbildung ersichtlich, ist der serbische Bankenmarkt ein Wachstumsmarkt mit enormem Potential, vor allem im Bereich der Kreditvergabe. Am Ausbau dieses Segmentes wird gearbeitet.<sup>230</sup>

---

<sup>228</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 3

<sup>229</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 72

<sup>230</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 19 f

**Abbildung 22: Kundenkredite/Kopf in CEE (2005) in EUR Tds.**

Quelle: Lokale Zentralbank, Eurostat.<sup>231</sup>

### 7.2.3.2 *Expansionsziele*

Um eine erfolgreiche Expansion vorzuweisen, verfolgt die Erste Bank folgenden Zielsetzungen bei Akquisitionen: Der gemessene Marktanteil von zwei Prozent im Jahre 2005 soll, innerhalb der nächsten fünf Jahre, auf zehn Prozent gesteigert werden. Weiters wurde das Ziel der Gründung von weiteren 20 Niederlassungen bis zum Jahre 2008 angesetzt. Im dritten Jahr der Akquisition soll eine Eigenkapitalverzinsung nach Steuern von über 20 % und eine Kapitalrendite in der Höhe von zehn Prozent erreicht werden.<sup>232</sup>

### 7.2.3.3 *Entwicklung bis 2009*

Das Jahr 2006 trug intensive Investitionskosten für die Modernisierung mit sich. Dies bedeutete die Einführung von verbesserten kundenorientierten Organisationen und neuen leistungsorientierten Vergütungssysteme. Hohe Kosten ergaben sich im Bereich der Implementierung eines neuen IT-Systems, eines neuen freiwilligen Kündigungsplans und der nötigen Bildung von Rückstellungen nach IFRS 19. 2006 ergab sich durch die Kostenintensität ein negatives Ergebnis nach Steuern und Minderheiten von € -21,2 Mio. Im Bereich der Einlagen von Kunden war eine positive Entwicklung im Vergleich zum Jahr 2005 zu erkennen.

<sup>231</sup> Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 21

<sup>232</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2005, S. 23

Diese stiegen um 58,3 % und die Ausleihungen an Kunden verzeichneten einen Anstieg um 14,6 %.<sup>233</sup>

2007 konnte das Ergebnis nach Steuern und Minderheiten um 82,7 % verbessert werden, oder anders ausgedrückt auf € -2,7 Mio. reduziert werden. Dies konnte vor allem, im Vergleich zum Jahre 2006, durch einen deutlichen Anstieg des Nettozinsertrages, von € 9,2 Mio. auf € 16,2 Mio., und durch die Senkung der Risikovorsorge gemessen am Gesamtobligo, von 13,7 % auf sieben Prozent, erzielt werden.<sup>234</sup>

Zum Stand Januar 2009 führt die Erste Bank a.d. Novi Sad einen Kundenstock von 200.000, 1.014 Angestellten und 68 Filialen in Serbien.<sup>235</sup> Damit wurde das Ziel hinsichtlich der 20 zusätzlichen Niederlassungen bis zum Jahre 2008 eindeutig nicht erreicht. Die Eigenkapitalverzinsung erreicht zum dritten Quartal einen Wert von 16,6 % und lässt somit eine positive Aussage der Zielerreichung zu. Weiters konnte zu diesem Zeitpunkt ein positives Ergebnis nach Steuern und Minderheiten von € 5,4 Mio. bekannt gegeben werden.<sup>236</sup>

---

<sup>233</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2006, S. 72 f

<sup>234</sup> Vgl. Erste Bank Geschäftsbericht 2007, S. 77

<sup>235</sup> Vgl. Media Fact Serbia Erste Bank 2009

<sup>236</sup> Vgl. Erste Group Zwischenbericht 3. Quartal 2008, S. 31

## 8 Schlusswort

Der Bankensektor spielt für die Volkswirtschaft, im Bezug auf das Wirtschaftswachstum und die Kapitalansammlung, eine wichtige Rolle. Der Zerfall von ehemaligen kommunistischen Ländern, seit dem Fall des Eisernen Vorhangs, führte zu neuen Expansionsmöglichkeiten in diese krisengeschüttelten Regionen Europas. Wirtschaftlich gesehen waren die Länder ausgehungert und dementsprechend "leicht zu haben". Für den Wiederaufbau ist Kapital nötig, was nach den Kriegsjahren nicht mehr vorhanden war, dafür stieg die Staatsverschuldung. Der Einzug von Banken und neuen Investoren musste gefördert werden. Recht und Ordnung musste wieder aufgebaut werden, d.h. politische und rechtliche Stabilität geschaffen werden. Ein schwieriges aber wichtiges Vorhaben in diesem Zusammenhang ist die Reformierung des Bankenwesens. Im Falle von Serbien war der Beginn mit einer Privatisierungsreform gegeben, welches auch für den Bankensektor galt. Durch den Einzug von internationalen Banken, Global Player, kam das nötige Investitionskapital, welches das Land für den Wiederaufbau brauchte, nach Serbien. Das Einkommensniveau wird durch die internationale Konkurrenz gesteigert, es wird die Kaufkraft gestärkt und damit die Steuereinnahmen im Lande vermehrt. Ausländische Banken erfrischen den Markt durch ihr weites Leistungssektor und ihre unterschiedlichen Produktarrangements. Gegenüber den inländischen Banken signalisieren diese mehr Stabilität, Sicherheit und bauen leichter eine Vertrauensbeziehung zum Kunden auf. Die serbische Bevölkerung hatte aufgrund des Bankenbankrott und der Hyperinflation das Vertrauen in die Sicherstellung des Geldwertes und ihrer Spareinlagen verloren. Daher kommt es auch zu einer Bevorzugung von ausländischen Banken

Es gibt verschiedene Möglichkeiten einen Domizilmarkt zu betreten. International tätige Kreditinstitute müssen schnell handeln um ihren Marktanteil zu steigern und in vielen Ländern repräsentativ zu sein. Meist entscheidet der Early-Mover-Vorteil über den entscheidenden Erfolg bei der Expansion. Dabei sind Märkte, in welche andere internationale Kreditinstitute noch nicht so stark vorhanden ist, besonders verlockend für die Expansion. Einen weiteren Grund für das Eintreten in neue

Märkte ist dass, expandierenden Banken das Potenzial des Heimatmarktes zu genüge ausgeschöpft haben und keine so hohe Gewinne im Heimatmarkt mehr zu erzielen sind.

Neben der Möglichkeit der Eigengründung ist die Übernahme von heimischen Bank (Merger & Akquisition) eine bevorzugte Methode. Die Wahl der Expansionsmethode wird in der Regel vom einzusetzenden Kapital bestimmt bzw. von der Risikobereitschaft des Kreditinstitutes. Die Pionierbank in Sachen Expansion im CEE, die Raiffeisen Zentralbank, geht prinzipiell der Eigengründung von Tochtergesellschaften nach. Diese kostenintensive und risikoreiche Variante ermöglicht einen frühen Markteintritt, birgt aber den Nachteil der mühsamen Kundenakquirierung im Domizilland mit sich. Generell gesehen haben österreichische Banken am serbischen Markt schon vor Eintritt einen hohen Bekanntheitsgrad. Dieser ergibt sich durch den großen Anteil der ehemaligen jugoslawischen Bevölkerung, welcher in Österreich lebt.

Die UniCredit hat zuerst mit einer Repräsentanz in Serbien, die Vorarbeit für eine Eigengründung geleistet. Dies hat ihr den Vorteil der Markterforschung und der Kundenakquirierung vor Ort geboten, ohne die vorab nötigen hohen Kosten. Im gleichen Gründungsjahr wie die serbische Raiffeisenbank, profitierten beide von der politischen Wende Serbiens und der Reformierung des Gesetzes. Das politische und wirtschaftliche Risiko war dennoch hoch, aber das Wachstumspotenzial des Landes stellte einen wichtigen positiven Anreiz zur Expansion. Ein weiterer wichtiger Punkt diesbezüglich war die noch geringe Präsenz von ausländischen Banken in Serbien. Heute ist es ein von ausländischen Banken dominierter Markt.

Die Erste Bank konnte ihrem Namen hinsichtlich einer Expansion nach Serbien nicht ganz gerecht werden. Als dritte der drei Bilanzstärksten Kreditinstitute Österreichs, hat sie ihren Einzug verspätet erst im Jahre 2005 durchgeführt. Den Vorsprung der Raiffeisen Zentralbank, die führende österreichische Bank in Serbien, und der UniCredit als zweite, konnte die Erste Bank nicht mehr aufholen. Angesichts der Finanzkrise sieht die Lage der serbischen Töchter für alle österreichischen Kreditinstitute schlecht aus. Trotz der vor allem im 4. Quartal 2008 rückläufigen Erträge aller Banken, werden dennoch hohe Gewinne ausgewiesen.

Die notwendigen Kosteneinsparungen sind nicht zu leugnen, genau so wenig wie die Annahme von staatlichen Bankenhilfspaketen. Dazu hat sich die Erste als erste entschlossen.

Fakt ist, dass die Turbolenze am Finanzmarkt überschwappen, so gibt es keine Branche mehr, die nicht davon betroffen ist. Die Folge ist Kurzarbeit und Produktionsrückgang in der Industrie, Beschränkungen der Kreditgewährung, Refinanzierungskosten steigen, Aktienkurse fallen, der Geldwertverlust, Vertrauensverlust in das Bankenwesen, Firmenwertabschreibungen usw.

## 9 Literaturverzeichnis

Bank Austria Creditanstalt – 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2005 als Herausgeber von:

Die Wiener Großbanken und der Aufbau einer zukunftsweisenden Finanzarchitektur (1855 – 1914), S. 11

Büschgen, Hans E.: Internationales Finanzmanagement, 3. Auflage, Verlag Fritz Knapp, Frankfurt am Main 1997

Büschgen, Hans E.: Bankbetriebslehre, 5. Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden 1998

Büschgen, Hans E.: Grundlagen des Bankenmanagements, 2. Auflage, Verlag Fritz Knapp Frankfurt am Main 1999

Büschgen, Hans E., Börner, Christoph J.: Bankenbetriebslehre, 4. Auflage, Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart 2003

Büschgen, Hans E.: Das kleine Bank-Lexikon, 3. aktualisiert und erweiterte Auflage, Verlag Wirtschaft und Finanzen im Schäffer-Poeschl Verlag, Düsseldorf 2006

Diefenbach, Heiner: Controlling-Informationssystem für den Auslandsbereich einer internationalen Bankunternehmung, Land Verlag, Frankfurt am Main 1990

Eilenberger, Guido.: Bankenbetriebswirtschaftslehre, 6. Auflage, R. Oldenbourg Verlag, München Wien 1996

Embs, Klaus J./Lemnitzer Karl-Heinz: Das Bankenwesen in Zentral- und Osteuropa, Bank-Verlag, Köln 2001 Autor: Werner Neuhaus: Jugoslawien (Serbien, Montenegro und Kosovo)

Erste Bank Spar-Casse: Denkschrift zum 130 jährigen Bestehen der ERSTEN österreichischen Spar-Casse 1819-1949, Wien Okt. 1949

Gardo, Sandor: Banking in Serbia and Montenegro, Extra-Report Xplicit, Bank Austria Creditanstalt Economics Department, Wien May 2005

Hofinger, Hans: Beschäftigungspolitische Akzente von Genossenschaften im Österreichischen Genossenschaftsverband (Schulze-Delitzsch) – ÖGV.H. (Hg) Brazda, Johann: Beschäftigungspolitische Akzente der Genossenschaften, FOG, Wien 1998

Klein, Dietmar: Die Bankensysteme in Mittel- und Osteuropa, 1. Auflage, Verlag Fritz Knapp GmbH, Frankfurt am Main 2003

Kodex des österreichischen Rechts: Börsen- und Bankenrecht, 14. Auflage, Stand 01.10.2008, Linde Verlag, Wien 2008

Krumnow, J./Gramlich, L./Lange, T./Dewner, T.: Bank-Lexikon, 13. vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Gabler Verlag, Wiesbaden 2002

Michel, B.: Von der k.k. privilegierten Österreichischen Länderbank zur Banque des Payes de l'Europe Centrale 1880 – 1938, S. 73-89. (Hg) Bank Austria Creditanstalt – 150 Jahre österreichische Bankengeschichte im Zentrum Europas, Paul Zsolnay Verlag, Wien 2005

Michal, K./Slacik, T.: Focus on European Economic Integration 2/2006, Serbia: Country profil and recent economic developments, OeNB, Wien 2006; S. 109-133

Putlitz, Julian zu.: Internationalisierung europäischer Banken – Motive, Determinanten, Entwicklungsmuster und Erfolg, 1. Auflage, Universitätsverlag, Wiesbaden 2001

Schuh, N./Steindl, P.: Rekordwachstum der Bilanzsumme bei geringen Erträgen, in OENB Statistiken Q4/08, (Hg) OeNB 2008

Statistical Yearbook of Serbia 2008, (Hg) Statistical Office of the Republik of Serbia, Belgrad 2008

### **Berichte von Banken:**

Erste Bank Geschäftsbericht 2001

Erste Bank Geschäftsbericht 2005

Erste Bank Geschäftsbericht 2007

Erste Group Zwischenbericht 3. Quartal 2008

Media Fact Serbia Erste Bank 2009

Bank Austria Geschäftsbericht 1999

Bank Austria Geschäftsbericht 2001

Bank Austria Creditanstalt Geschäftsbericht 2006

Bank Austria Creditanstalt Geschäftsbericht 2007

Bank Austria Creditanstalt Zwischenbericht 3. Quartal 2008

Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2001

Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2003

Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2005

Raiffeisen Zentralbank Geschäftsbericht 2007

Raiffeisen Zentralbank Zwischenbericht 3. Quartal 2008

Raiffeisenbank Jugoslavija, Annual Report 2001

Raiffeisenbank Jugoslavija, Annual Report 2002

Raiffeisen International Geschäftsbericht 2005

Raiffeisen International Geschäftsbericht 2004

**Berichte der Nationalbank Serbien**

NBS Jahresbericht 2001  
NBS Jahresbericht 2002  
NBS Jahresbericht 2003  
NBS Jahresbericht 2005  
NBS Jahresbericht 2006  
NBS Jahresbericht 2007

**Sonderhefte der OeNB:**

Bankenstatistisches Jahresbuch 2007; Sonderheft „Statistiken – Daten & Analysen“ Sonderheft Juni 2008, (Hg) OeNB, Wien 2008

Bankenstatistisches Jahresbuch 2003; Sonderheft „Statistiken – Daten & Analysen“ Sonderheft September 2004, (Hg) OeNB, Wien 2004

Das österreichische Finanzwesen – Sonderheft Geld und Währung, 5. aktualisierte Auflage, (Hg) OeNB, Wien April 2007

Das Geld – Sonderheft Geld und Währung, 5. aktualisierte Auflage, (Hg) OeNB, Wien April 2007

Leitfaden Management des operationellen Risikos, (Hg) OeNB, Wien Nov 2005

**EU-Richtlinien und nationale Gesetze:**

Gesetz der Nationalbank Serbien erschienen in „Slzbeni Glasnik RS Br. 72/2003“

Richtlinie 2006/48/EG vom 14. Juli 2006, ehem. RL 2000/12/EG vom 20.02.2000 über die Aufnahme und Ausübung der Tätigkeiten der Kreditinstitute

Richtlinie 89/299/EWG vom 18.12.1989 über die Eigenmittel von Kreditinstituten

Richtlinie 89/647/EWG vom 18.12.1989 über den Solvabilitätskoeffizienten für Kreditinstitute

Richtlinie 2006/46/EG vom 14.06.2006 mit Änderung betreffend auch der RL 85/635/EWG über den Jahresabschluss und den konsolidierten Abschluss von Banken und anderen Finanzinstituten

Richtlinie 206/49/EG vom 14.06.2006 über die angemessene Eigenkapitalausstattung von Wertpapierfirmen und Kreditinstituten

Richtlinie 93/22/EWG vom 10.05.1993 über Wertpapierdienstleistungen

**Internet:**

B92: Veröffentlichung der Wahlergebnisse in Serbien im Jahre 2000  
<http://www.b92.net/izbori2000/index.phtml> [25.12.2008]

CESID – Ergebnisse der Parlamentswahlen in Serbien vom Mai 2008  
[http://www.cesid.org/rezultati/sr\\_maj\\_2008/index.jsp](http://www.cesid.org/rezultati/sr_maj_2008/index.jsp) [10.01.2009]

Daytoner Friedensabkommen  
<http://www.auswaertiges-amt.de/diplo/de/Aussenpolitik/Themen/Abruestung/KonvRueKontrolle/Dayton.html>  
[14.01.2009]

Deutsche Wirtschaftsvereinigung – Market Briefing Serbien; Nr. 3, Januar 2009  
[http://serbien.ahk.de/fileadmin/user\\_upload/DWB\\_Market\\_Briefing\\_Serbien\\_01-2009.pdf](http://serbien.ahk.de/fileadmin/user_upload/DWB_Market_Briefing_Serbien_01-2009.pdf) [16.02.2009]

Die Presse  
o.V. "Kosovos-Unabhängigkeit spaltet die Welt – Serbien fordert die Annulierung“, vom 18.09.2008 online unter:  
<http://diepresse.com/home/politik/aussenpolitik/363773/index.do?from=simarchiv>  
[14.02.2009]

Die Presse, Printausgabe vom 19.02.2008  
Pöll, "Eu schafft keine gemeinsame Linie zum Kosovo"  
<http://diepresse.com/home/politik/eu/363852/index.do?from=simarchiv>  
[14.02.2009]

EBRD – Serbia economic overview:  
<http://www.ebrd.com/country/country/serbia/econo.htm> [12.02.2009]

EBRD Serbia Country Factsheet  
<http://www.ebrd.com/pubs/factsh/country/serbia.pdf> [12.02.2009]

Erste Bank – Milestones – Geschichte Erste Group  
[https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?\\_nfpb=true&\\_urlType=action&LABEL\\_MAIN\\_sh=c3839a997f0c5c69d2abe472e5fb0906&LABEL\\_MAIN\\_zz=17030.290183184923&LABEL\\_MAIN\\_pc=1&cci=09002ee2806202a9&desk=sparkasseat\\_de\\_0198&navigationId=021349718996612190000146&&popup\\_w\\_webc\\_url=Channels/Wir\\_ueber\\_uns/Geschichte/geschichte\\_milestones\\_pg.akp&popup\\_desk=sparkasseat\\_de\\_0198&otherPopup=1&\\_windowLabel=LABEL\\_POPUP\\_1](https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?_nfpb=true&_urlType=action&LABEL_MAIN_sh=c3839a997f0c5c69d2abe472e5fb0906&LABEL_MAIN_zz=17030.290183184923&LABEL_MAIN_pc=1&cci=09002ee2806202a9&desk=sparkasseat_de_0198&navigationId=021349718996612190000146&&popup_w_webc_url=Channels/Wir_ueber_uns/Geschichte/geschichte_milestones_pg.akp&popup_desk=sparkasseat_de_0198&otherPopup=1&_windowLabel=LABEL_POPUP_1)  
[28.10.2008]

Erste Bank und Sparkasse (Presseaussendung): *Erste Bank hält 99,99 % der Aktien an der Erste Bank a.d. Novi Sad in Serbien*  
[https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?\\_nfpb=true&\\_windowLabel=LABEL\\_MAIN&\\_urlType=action&LABEL\\_MAIN\\_sh=cd843cb8935ece503841bcb75e82e0cd&LABEL\\_MAIN\\_action=content.main&LABEL\\_MAIN\\_OVERRIDEREFRESHBAck=true&LABEL\\_MAIN\\_event=changeMain&LABEL\\_MAIN\\_chronicleId=%2Febcom\\_de\\_0198%2FChannels%2FPresse%2F2006%2F2.\\_Quartal%2Feb\\_pi\\_de\\_20060503\\_main\\_Text.akp&LABEL\\_MAIN\\_zz=101389.90291734326&LABEL\\_MAIN\\_pc](https://www.sparkasse.at/sPortal/sportal.portal?_nfpb=true&_windowLabel=LABEL_MAIN&_urlType=action&LABEL_MAIN_sh=cd843cb8935ece503841bcb75e82e0cd&LABEL_MAIN_action=content.main&LABEL_MAIN_OVERRIDEREFRESHBAck=true&LABEL_MAIN_event=changeMain&LABEL_MAIN_chronicleId=%2Febcom_de_0198%2FChannels%2FPresse%2F2006%2F2._Quartal%2Feb_pi_de_20060503_main_Text.akp&LABEL_MAIN_zz=101389.90291734326&LABEL_MAIN_pc)

=8&\_pageLabel=GRID02&cci=09002ee280073deb&desk=ebcom\_de\_0198&navig  
ationId=021374748951052190000146& [02.02.2009]

Erste Group Historie

[http://www.erstegroup.com/sPortal/ebgroup\\_de\\_0196\\_ACTIVE/Downloads/About\\_us/Erste\\_Group\\_History.pdf](http://www.erstegroup.com/sPortal/ebgroup_de_0196_ACTIVE/Downloads/About_us/Erste_Group_History.pdf) [14.08.2008]

Europäische Kommission – Enlargement – Serbia

[http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidate-countries/serbia/eu\\_serbia\\_relations\\_en.htm](http://ec.europa.eu/enlargement/potential-candidate-countries/serbia/eu_serbia_relations_en.htm) [10.01.2009]

Fact Sheet der österreichischen Sparkassengruppe per 30.06.2008

[https://www.sparkasse.at/sPortal/sparkasseat\\_de\\_0008\\_ACTIVE/Downloads/sVerband/mediafactsheet\\_spk.pdf](https://www.sparkasse.at/sPortal/sparkasseat_de_0008_ACTIVE/Downloads/sVerband/mediafactsheet_spk.pdf) [26.11.2008]

FMA: Aufgaben der FMA

<http://www.fma.gv.at/cms/site/DE/einzel.html?channel=CH0036> [13.10.2008]

FMA: Basel I - Grundlagen

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0267> [23.08.2008]

FMA: Basel II – Grundlagen

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0269> [23.08.2008]

FMA: Basel II – Säule 1

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0273> [25.08.2008]

FMA: Basel II – die drei Säulen

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0272> [25.08.2008]

FMA: Basel II – Säule 2

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0262> [25.08.2008]

FMA: Basel II – Säule 3

<http://www.fma.gv.at/cms/basel2/DE/einzel.html?channel=CH0263> [23.08.2008]

Media Fact Sheet der Erste Group

[http://www.erstegroup.com/sPortal/ebgroup\\_de\\_0196\\_ACTIVE/Downloads/About\\_us/Fact\\_sheets/EG\\_Fact\\_Sheet\\_081030\\_Q308de.pdf](http://www.erstegroup.com/sPortal/ebgroup_de_0196_ACTIVE/Downloads/About_us/Fact_sheets/EG_Fact_Sheet_081030_Q308de.pdf) [18.02.2009]

Nationalbank Serbien: Das Bankensystem

[http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50\\_5.html](http://www.nbs.rs/export/internet/latinica/50/50_5.html) [08.01.2009]

Nationalbank Serbien: Schuldenerlass bzw. Umschuldung Serbien

<http://www.nbs.rs/internet/latinica/scripts/showContent.html?id=560&konverzija=yes> [10.01.2009]

OeNB: Anzahl der Kreditinstitute nach Sektoren

<http://www.oenb.at/isaweb/report.do?report=3.1.1> und

<http://www.oenb.at/isaweb/report.do?report=3.1.2> [27.08.2008]

Regierung der Republik Serbien (1997-2001): Fakten und Daten  
<http://www.srbija-info.yu/cinjenice/srednjivek.html> [14.01.2009]

Regierung der Republik Serbien (Nachrichtenarchiv): „Pariski klub otpisao 66 odsto duga Jugoslavije“  
<http://www.arhiva.srbija.sr.gov.yu/vesti/2001-11/16/321424.html> [12.01.2009]

Sparkassengruppe Historie

[https://www.sparkasse.at/Über\\_uns/Sparkassengruppe/Sparkassengruppe\\_International/sPortal.portal?\\_nfpb=true&\\_windowLabel=LABEL\\_MENU&\\_urlType=action&LABEL\\_MENU\\_sh=7671631c04ad9df981a98c995db211c6&LABEL\\_MENU\\_zz=16149.782710143696&LABEL\\_MENU\\_pc=2&cci=09002ee2800160b2&desk=sparkasseat\\_de\\_0009&&navigationLink=TRUE&menu\\_isContentInMaster=TRUEtrue&menu\\_navigationId=021285735701452190000146&menu\\_chronicleId=09002ee28001808b&navigationId=021285735701452190000146](https://www.sparkasse.at/Über_uns/Sparkassengruppe/Sparkassengruppe_International/sPortal.portal?_nfpb=true&_windowLabel=LABEL_MENU&_urlType=action&LABEL_MENU_sh=7671631c04ad9df981a98c995db211c6&LABEL_MENU_zz=16149.782710143696&LABEL_MENU_pc=2&cci=09002ee2800160b2&desk=sparkasseat_de_0009&&navigationLink=TRUE&menu_isContentInMaster=TRUEtrue&menu_navigationId=021285735701452190000146&menu_chronicleId=09002ee28001808b&navigationId=021285735701452190000146) [10.09.2008]

Wiener Institute für Internationale Wirtschaftsvergleiche (WIIW): Länderkarte Serbien

<http://www.wiiw.ac.at/e/serbia.html> [07.01.2009]

Wiener Institute für Internationale Wirtschaftsvergleiche: Aktuelle WIIW Prognose für die Länder Zentral-, Ost- und Südosteuropa , 2008  
[www.wiiw.ac.at/pdf/outlook\\_july08\\_presentation.pdf](http://www.wiiw.ac.at/pdf/outlook_july08_presentation.pdf) [15.02.2009]

Vereinigten Nationen - Resolution 1244: <http://www.kosova.de/archiv/news/uno-1244-deutsch.html> [02.02.2009]

## Abstract

Die Internationalisierung von Banken hat durch den Fall des Eisernen Vorgangs weitere Märkte für die Verbreitung von Bankenprodukten und Dienstleistungen gefunden. Wichtigen Entscheidungskriterien wie der Standort, das politische und wirtschaftliche Risken sowie die Art des Eintritts in den neuen Markt, muss vorher abgestimmt werden. Kosteneffizienz, Gewinnmaximierung und die Erhöhung des Marktanteils stehen im Vordergrund bei der Internationalisierung. Um das Potenzial auszuschöpfen ist der möglichst frühe Eintritt sehr wichtig. Das Domizilland soll eine möglichst geringe Konkurrenz habe, so auch im Falle von Serbien. Als die politische Wende, mit dem Sturz des damaligen Präsidenten Milosevic, eine Reihe gesetzlicher Veränderungen und damit auch die Öffnung des Marktes mit sich brachte, kamen die ausländischen Investoren darunter viele internationale Banken ins Land. Der wirtschaftliche Aufschwung wurde damit eingeleitet und es folgte die Annäherung an die EU. Die wesentlichen Veränderungen für Serbien waren hinsichtlich der Bankenkonzentration zu erkennen, innerhalb von kürzester Zeit wurde es zu einem ausländisch dominierten Bankenmarkt.

The internationalization of banks achieved by the fall of the Iron Curtain further markets to spread banking products and services. Important decision criteria such as location, the political and economic risks and the nature of entering the new market must be coordinated in advance. Cost efficiency, profit maximization and the increase in market share are at the forefront of the internationalization. It is very important to exploit the potential of the entrance as early as possible. The country of domicile has to have a small amount of competition, so as it was in the case of Serbia. As the political landscape changed, caused by the fall of the former president Milosevic, a number of statutory changed and hence the opening of the market. This includes the entry of foreign investors into the country and of course many international banks followed. The economic recovery was launched and the harmonization to the European Union starts. The most significant change in Serbia's bank market was the terms of bank concentration. Within a short period it developed to a foreign-dominated banking market.

# Lebenslauf

## **Persönliche Angaben:**

Titel: Bakk.rer.soc.oec.  
Vor- und Zuname: Slavica Veljkovic  
Geburtsdaten: Geboren am 14. August 1979 in Wien, Österreich  
E-Mail: [veljkovic@chello.at](mailto:veljkovic@chello.at)

## **Ausbildungsweg:**

seit Oktober 2005	Magisterstudium Betriebswirtschaft mit Spezialisierung im Bereich Finanzdienstleistung und öffentliche Wirtschaft an der Universität Wien
Juni 2005	<b>Abschluss Bakkalaureatsstudium der Betriebswirtschaft</b> Vertiefung <b>Management</b> Bakkalaureatsarbeiten in den Bereichen: <b>Organisation- und Personalmanagement</b> mit dem Titel: Vertrauen und Opportunismus im Bereich B2B <b>Produktionsmanagement</b> mit dem Titel: Losgrößenplanung
Oktober 1999	Wechsel zum Studium der Betriebswirtschaft an der Universität Wien, Betriebswirtschaftliches Zentrum
Oktober 1998	Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Wien
1993 – 1998	Vienna-Business-School - Handelsakademie 1020 Wien
Juni 1998	Matura

## **Praktika und beruflicher Werdegang:**

seit 09.2008	Immorent AG (Mitglied der Erste Bank Group)
03.2007 – 08.2008	Santora Kaffee-Systeme GmbH (Teil des Sara Lee Konzerns)
01.2007 – 03.2007	SPL – Siemens Powerlines GmbH und AWD Gesellschaft für Wirtschaftsberatung Ges.m.b.H.
06.2000 – 10.2004	AC Nielsen Marktforschungsinstitut
03.1996 – 12.1997	Volkswirtschaftliche Gesellschaft Wien und NÖ

## **Sprachen:**

Deutsch, Englisch, Französisch, Serbisch